

Bitter: Ich möchte noch dringend darum bitten, daß die Herren untereinander absprechen, wer von den vier stellvertretenden Vorsitzenden den Bundesvorstand in Frankfurt vertritt, der nicht nur als Repräsentant etwas sagt, sondern vom Bunde aus grundsätzliche Ausführungen macht.

Adenauer: Wer käme in Frage? Am besten Herr Meyers. Oder wünschen Sie jemand anders? (*Bitter*: Herr Meyers ist kein stellvertretender Vorsitzender!) Dann machen wir ihn dazu für einen Tag. (*Altmeier*: Das muß Herr Arnold machen! – *Bitter*: Ja, er ist doch Stadtverordneter gewesen.) Wer soll mit ihm verhandeln? Herr Heck, würden Sie es übernehmen? (*Heck*: Ja!)

Damit sind wir am Ende unserer Sitzung. Ich danke Ihnen und darf die Sitzung schließen.¹⁰³

17

Bonn, 23. November 1956

Sprecher: Adenauer, [Adorno], Albers, Altmeier, Arnold, Bach, Blank, Dichtel, Fricke, Gurk, von Hassel, Heck, Hellwig, Frau Jochmus, Johnen, Kiesinger, Kraske, Krone, Kunze, Lemmer, Lensing, Lübke, Meyers, [Müllenbach], Gebhard Müller, Noltenius, Oberländer, Pettenberg, Scharnberg, Seidel, Stoltenberg, Stooß, [Storch], [Wacher], Frau Weber, Wuermeling, Zimmer.

*Bericht zur politischen Lage. Erscheinungsbild der Koalition: Verhältnis CDU/CSU, Uneinigkeit der Kabinettsmitglieder. Analyse der Kommunalwahlen in fünf Ländern. Einsetzung eines Ad-hoc-Ausschusses. Vorbereitung der Bundestagswahlen. Vorbereitung des Bundesparteitag*es 1957.

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 18.30 Uhr

Teildruck in SCHWARZ: Reden S. 335–343

Adenauer: Meine Damen und Herren! Es haben sich entschuldigt für die heutige Sitzung folgende Herren: Bundesminister Dr. Schröder, er kommt heute abend aus England zurück; Bundesminister Kaiser, er mußte heute nach Berlin wegen der Tagung des „Kuratoriums Unteilbares Deutschland“; Dr. Lenz, der sich in Bangkok aufhält; Dr. Sieveking, der im Bundesrat ist, ich hoffe, daß er noch kommen wird;

¹⁰³ Kommuniqué in UiD vom 26. September 1956.

Bauknecht mit der sehr dehnbaren Begründung: terminlich gebunden; Dr. Gradl, der beim „Kuratorium Unteilbares Deutschland“ in Berlin ist; Cillien, der krank ist; Bundesminister Dr. von Brentano, der heute nach Paris mußte; die Herren Ministerpräsidenten Altmeier, von Hassel, Dr. Müller und Bundesminister Storch kommen später, weil sie im Bundesrat sind.

Wir haben heute zum ersten Male unter uns als neugewählten Landesvorsitzenden von Württemberg-Hohenzollern Herrn Eduard Adorno¹. Ich heiße ihn herzlich willkommen und hoffe, daß er sich hier wohlfühlen wird. Ich hoffe weiter, daß er vor allem tätig mitarbeitet; denn tätige Mitarbeit ist die Hauptsache bei der CDU. In anderen Parteien ist diese Mitarbeit reichlich vorhanden, bei uns nicht so sehr. Dann möchte ich ein Wort des Willkommens sagen an Herrn Kollegen Seidel und Herrn Wachter, seinen Freund von der CSU. Ich begrüße es besonders, daß Herr Seidel persönlich gekommen ist, und zwar wegen der Verbundenheit mit uns, die er damit zum Ausdruck bringt, und weil die kommenden Monate mit Sorge und Arbeit so angefüllt sein werden, daß die CSU und die CDU Schulter an Schulter möglichst eng zusammenarbeiten müssen.

Nun einige Bemerkungen zur Ordnung der heutigen Tagung! Ich möchte Sie auf das dringendste bitten, von der üblichen Gewohnheit, nach dem Frühstück den Aufbruch einzuleiten, diesmal abzusehen. Die Welt, Deutschland und unsere Partei sind in einer so ernsten Situation, daß wir unsere Probleme wirklich gründlich besprechen müssen. Es ist unmöglich, daß sich der Tisch nach der Mittagspause immer mehr leert. Der eine hat dieses, der andere hat jenes. Ich möchte Ihnen deshalb vorschlagen, daß wir uns alle verpflichten, wenigstens bis 17 Uhr hierzubleiben. Ich halte das für besser, als wenn wir sagen, bis zum Ende der Tagung. Dann folgen nämlich nur wenige. Lassen wir also lieber eine feste Stunde nehmen. Lassen wir auch, so gut das der Stoff zuläßt, die Diskussion so fassen, daß wir die Zeit wirklich nutzen. Sind Sie damit einverstanden? – Ich darf das feststellen.

Ein Wort des Willkommens an Herrn Lensing, der nach langer Krankheit heute wieder unter uns erschienen ist. (*Beifall.*) Wir freuen uns außerordentlich darüber, daß er wieder mit dabei ist, und wir wünschen ihm baldigst volle Wiederherstellung der Gesundheit. (*Wuermeling*: Herr Lemmer ist neu!) Herr Wuermeling, seien Sie bitte mal still. Sie wissen gar nicht, was ich sagen werde. Ich wollte meinen Vortrag über die politische Lage beginnen mit der Mitteilung über die Änderung innerhalb des Bundeskabinetts. Nun sind wir etwas in Schwierigkeit durch die Sitzung des Bundesrates. Der Punkt „Kommunalwahlen“ ist sehr wichtig. Die Herren haben mich gebeten, wir möchten auf sie Rücksicht nehmen. Wir können auch tatsächlich nicht

¹ Eduard Adorno (geb. 1920), vom 28. Oktober 1956 bis 1977 Landes- bzw. Bezirksvorsitzender (ab 1972), 1961–1972 MdB, 1967–1969 Parlamentarischer Staatssekretär des Bundesministeriums für Verteidigung, 1972–1980 Minister für Bundesangelegenheiten des Landes Baden-Württemberg.

gut in Abwesenheit der Herren von Hassel, Altmeier und Müller die Kommunalwahlen behandeln. Daher bitte ich Sie, mir zu erlauben, eine kleine Variation in der Tagesordnung vorzunehmen, je nachdem, wie sich die Geschäfte des Bundesrates abwickeln.

Ich darf beginnen mit einem Bericht über die Lage.

BERICHT ZUR POLITISCHEN LAGE

Adenauer: Ich müßte, wenn ich Ihnen einen Bericht über die Lage geben sollte, wie es an sich notwendig wäre, mindestens zwei Stunden lang zu Ihnen sprechen, so gefährlich und schwierig ist die ganze Situation. Ich will aber versuchen, den Bericht auf eine Stunde zusammenzudrängen, weil ich davon ausgehe, daß Sie die Dinge mitverfolgen. Über die Lage innerhalb unserer Partei werden wir bei der Behandlung des Themas „Kommunalwahlen“ noch einige sehr ernste Worte sagen müssen.

Ich möchte Ihnen zunächst mitteilen, daß im Kabinett der Bundesregierung einige Änderungen vorgenommen worden sind.² Unsere Partei ist dadurch beteiligt, daß an Stelle des Herrn Blank jetzt Herr Strauß getreten ist, Herr Lemmer das Postministerium und Herr Balke das Ministerium für Atomfragen übernommen hat.

Lassen Sie mich zunächst einige Worte zu Herrn Lemmer sagen. Herr Lemmer kennt von der Post soviel wie wir alle. Er kennt ihre Mängel und ihre Vorzüge. Er ist ein Mann, der sich sehr schnell einarbeitet und der vor allem einen Blick hat für das, was wirklich wichtig und was nicht wichtig ist. Er wird das auch bei der Post sehr schnell erkennen. Er ist aber vor allem für uns im Kabinett ein sehr wertvoller Mann, weil er politische Erfahrungen und politisches Fingerspitzengefühl hat, eine Gabe, die im Bundeskabinett relativ selten ist. Ich muß das zu meinem großen Bedauern sagen, aber es ist in der Tat so. Wenn wir nach den Wahlen – wie ich bestimmt hoffe – wieder an die Bildung eines Kabinetts herangehen, müssen wir auf diese Frage, ob die Minister wirklich Politiker sind und ob sie politisches Fingerspitzengefühl haben, viel mehr Wert legen, als wir das bisher getan haben. Doch es ist verfrüht, schon jetzt darüber zu sprechen.

Ein Wort zu Herrn Kollegen Blank und seinem Nachfolger, dem Kollegen Strauß. Ich möchte das Wort vor allem an unsere Freunde aus Nordrhein-Westfalen richten, die zum Teil das Ausscheiden des Herrn Blank – wenigstens in Zurufen auf Versammlungen, die ich dort gehalten habe – nicht gerade hundertprozentig unfreundlich, aber doch zu 50 % unfreundlich beurteilt haben; namentlich in Dortmund war dies der Fall³, wo man verlangt hat, daß die CDU von Nordrhein-Westfalen genauso berücksichtigt werde wie Bayern. Das war vielleicht nicht ganz so gemeint, aber immerhin, ich

2 Am 16. Oktober 1956.

3 Am 21. Oktober 1956 bei Reden Adenauers an die Adresse der Jungen Union sowie vor westfälischen Wirtschaftlern (TERMINKALENDER); BULLETIN Nr. 201 vom 24. Oktober 1956 S. 1913f. (Auszüge).

muß den Herren von Nordrhein-Westfalen ganz kurz die Gründe sagen, warum es mir notwendig erschien, diese Änderungen vorzunehmen.

Herr Blank hat jahrelang eine ausgezeichnete Arbeit geleistet; namentlich bei den Verhandlungen über den Vertrag über die EVG hat er Hervorragendes geleistet. Wahrscheinlich wäre jeder über diese Geschäfte nervös geworden. Aber er war sehr nervös geworden – wahrscheinlich nervöser, als wir alle schon sind –, insbesondere, nachdem am 30. August 1954 plötzlich seine ganze Arbeit infolge der Haltung der Französischen Kammer sich im großen und ganzen als vergeblich erwiesen hatte. Es ging im Verteidigungsministerium nicht recht weiter. Ich komme darauf noch zurück, wenn ich über die NATO spreche. Ich will jetzt hier nicht im einzelnen untersuchen, wer daran schuld und wer nicht daran schuld ist, ob die richtigen militärischen Persönlichkeiten oder nicht die richtigen ausgesucht waren. Ich möchte nur als Ergebnis der Änderung feststellen, daß nunmehr im Verteidigungsministerium im großen und ganzen zur Hälfte Generalstabsleute und zur Hälfte Truppenoffiziere eingesetzt sind. Das ist eine große Verbesserung.

Ich möchte weiter doch hier zugunsten des Kollegen Blank sagen, daß die ungeheuren Schwierigkeiten, die ihm gerade vom Bundesfinanzministerium fortgesetzt bereit worden sind, nicht unerheblich dazu beigetragen haben, einfach seine Widerstandskraft ermüden zu lassen. Ich habe das oft persönlich mitgemacht. Ich will hier keine Interna sagen, aber ich bin es dem Kollegen Blank und der Gerechtigkeit schuldig zu sagen, daß er nicht die Förderung bekommen hat, auf die er als Inhaber eines so wichtigen Ministeriums unbedingt einen Anspruch hatte.

Ich will mich bei meinem Bericht auf das Allernötigste beschränken. Das Allernötigste ist die alsbaldige Verabschiedung des Rentengesetzes. Dabei stoßen wir auf unendliche Schwierigkeiten. Aber in unserer Fraktion – und das ist ein Beweis für das politische Verständnis unserer Fraktion – ist es gelungen, diese Schwierigkeiten zu überbrücken. Wir sind ein besonders herzliches Wort des Dankes dem Herrn Horn schuldig. Herr Horn hat sich in geradezu vorbildlicher Weise der Sache gewidmet und eine unendliche Geduld bewiesen. Ich habe mehreren internen Besprechungen beigewohnt und bin fast verrückt darüber geworden. Ich bin von dort immer in dem Gefühl weggegangen: hier sind zu viele Sachverständige; denn jeder Sachverständige auf diesem Gebiet hat eine eigene Meinung, und alle anderen Meinungen sind falsch. Davon geht er zunächst einmal aus. Die Schwierigkeiten wurden aber dann noch größer, als wir innerhalb unserer Fraktion zu einer einheitlichen Meinungsbildung gekommen waren und nun versuchten, auch zu einer einheitlichen Meinungsbildung innerhalb der Koalition zu kommen.⁴ Es wäre untragbar gewesen, wenn schließlich herausgekommen wäre, daß ein Teil unserer Fraktion zusammen mit den Sozialdemokraten das Rentengesetz gemacht hätte. Dann hätten wir uns einfach vor den Wahlen begraben lassen können.

4 Vgl. HOCKERTS S. 399–416, auch zum Folgenden.

Ich muß Ihnen in aller Offenheit sagen, daß uns alle, auch die Bundesregierung – und die Bundesregierung mit an erster Stelle – insofern eine Schuld trifft, als sie diese Gesetze viel zu spät dem Bundestag vorgelegt hat. Ich will hier nicht auf die politischen Gründe eingehen. Ich kann mich ein wenig dadurch exkulpieren, daß ich, als ich sah, es ging nicht weiter, und ich die Sache satt war im vergangenen Jahr, die vier Herren berufen habe, damit sie sich in Klausur setzten, um wenigstens einige Grundsätze zu erarbeiten.⁵ Seit der Zeit ist dann die Sache vorangegangen. Wir haben im Bundestag – das läßt sich gar nicht bestreiten – die Sache viel zu spät vorgelegt. Für meinen Geschmack ist die Rentengesetzgebung sozial und politisch wichtiger als eine Herabsetzung der Steuern. Daraus mache ich gar kein Hehl. Sie ist mindestens so wichtig, wie es der Grüne Plan gewesen ist; denn hier handelt es sich um Millionen von ganz armen Leuten, denen geholfen werden muß. Wir sind verpflichtet, ihnen zu helfen. Ich sage das so ausführlich, um unserer Fraktion, wenn sie heute zu einem Ergebnis kommt, schon im voraus den herzlichen Dank auszusprechen, daß sie das geschaffen hat. Insbesondere danke ich dem Vorstand, und ich nehme an, daß Sie mir zustimmen werden. Wir sollten Herrn Krone bitten, insbesondere Herrn Horn unseren herzlichen Dank auszusprechen. In zweiter Linie möchte ich Herrn Hellwig nennen; Herr Hellwig, der von einem ganz anderen Punkt die Situation ansieht, hat sich außerordentlich stark und mit Erfolg bemüht, einen Kompromiß zu finden, der beiden Richtungen gerecht wird.

Eine schwere Sache steht uns noch bevor mit der Fülle der Militärgesetze, die verabschiedet werden müssen. Ich will Sie damit jetzt nicht aufhalten. Es sind ungefähr noch ein Dutzend oder noch mehr, die verabschiedet werden müssen. Das wird eine außerordentlich große Zeitnot für den Bundestag mit sich bringen. Für sehr wichtig halte ich das Beamtenbesoldungsgesetz⁶, das erst am 1. April des kommenden Jahres in Kraft treten soll. Auch hier haben wir etwas gutzumachen. Es ist richtig, daß von gewissen Stufen an die Besoldung der Beamten und Angestellten ausreichend ist, aber ebenso richtig ist, daß in den untersten Stufen die Besoldung der Beamten nicht ausreicht. Gerade der Beamtenstand und der Stand der Angestellten sind doch diejenigen Volksschichten, die im besten Sinne des Wortes staatstragend sein müssen, deren Kinder ebenfalls in dem Geiste heranwachsen in ihrer Familie, daß der Staat etwas Notwendiges ist und daß der Staat auch etwas Gutes sein kann. Unsere Fraktion wird sich auch hier ein Verdienst erwerben, wenn sie gerade bei den untersten Stufen der Besoldung nachsieht, was hier noch geschehen kann. Die Sache ist auch politisch von Bedeutung.

Wir haben in Bonn, in Godesberg und in Mehlem ausgesprochene Bundesbeamten-siedlungen, wo fast nur Bundesbeamte wohnen. Dort hat sich bei den Kommunalwahlen herausgestellt, daß sie mit einer großen Mehrheit die SPD wählten. Ich habe aus dem Lande ebenfalls eine Reihe von Zuschriften bekommen, aus Niedersachsen

5 Vgl. Nr. 8 S. 512.

6 Gesetz vom 27. Juli 1957. – BGBl I S. 993.

und anderen Ländern – nicht aus Nordrhein-Westfalen –, in denen ich auf die gleiche Unzufriedenheit über diese untersten Stufen hingewiesen worden bin. Unterste Stufe heißt nicht nur die allerunterste Stufe, sondern auch die unterste Altersstufe bei den verschiedenen Beamten- und Angestelltengruppen, weil sie Gehälter haben, mit denen sie nicht auskommen können.

Ich möchte dann ganz allgemein ein Wort sagen zur Haltung der Opposition. Es ist zwar z.Z. etwas ruhig dort, weil unsere Parlamentarier gerne auf Reise gehen. Sie hörten eben von der Reise nach Bangkok. Ich muß auch hier sagen, daß die deutsche Abordnung die größte von allen Abordnungen ist. Abgesehen von dem vielen Geld, das das arme Deutschland dafür ausgeben muß, ist es nicht gut, wenn einfach die parlamentarischen Arbeiten dadurch ins Hintertreffen kommen. Wir haben doch so viel europäische Zusammenkünfte, Versammlungen und Kongresse, daß man da zunächst einmal seine Reiselust austoben kann, ohne vier oder fünf Wochen nach Bangkok zu reisen.⁷

Von den Persönlichkeiten, die namentlich auf außenpolitischem Gebiet etwas zu sagen haben, ist Herr Wehner von der SPD hiergeblieben. Herr Kiesinger war leider an einer Herzgeschichte erkrankt. Hoffentlich ist er jetzt wiederhergestellt. Obwohl die Außenpolitik in der letzten Zeit hohe Wogen schlägt, war es bei der einzigen Verhandlung, die wir im Bundestag darüber hatten⁸ – nach meiner Meinung hätten es mehrere sein müssen –, relativ ruhig, weil Herr Mellies für die SPD gesprochen hat. Aber diese verhältnismäßige Ruhe der SPD müssen Sie wohl verstehen. Sie ist nicht etwa dahin zu deuten, daß die SPD ihren Kurs geändert hat, im Gegenteil, denken Sie an die Reise nach Bangkok und an die triumphatorische Reise des Herrn Ollenhauer um die halbe Welt. Sie haben vielleicht die Bilder vom Lohausener Flughafen gesehen, wo er von jungen Leuten mit wehenden Fahnen an das Flugzeug gebracht worden ist. Das hätte mal der Vorsitzende irgendeiner anderen Partei tun sollen; der Mann wäre in der Presse, wenn sie es könnte, wegen dieser diktatorischen Gelüste – bildlich gesprochen – durch den Reißwolf gezogen worden.

Die Haltung der SPD ist doch sehr überheblich; sie präsentiert sich schon jetzt in der ganzen Welt als die Siegerin des Bundestagswahlkampfes im Jahre 1957; sie präsentiert sich als die Trägerin der künftigen Bundesregierung, und den Herrn Ollenhauer ehrt sie als den zukünftigen Bundeskanzler. Und die Deutschen – lassen Sie mich meinem Herzen etwas Luft machen – sind vielleicht eine noch sonderbarere Schöpfung Gottes, als die meisten Menschen überhaupt sind; denn die Deutschen sind von solchen Dingen sehr beeinflussbar. Sie sagen, die CDU wird ja doch verlieren, also lassen wir uns zur richtigen Zeit der gewinnenden Partei anschließen. Das ist bequemer. Ich kann nicht leugnen, daß die Haltung von manchen unserer Leute, die nicht weiter nachdenken, Grund zu der Annahme gegeben hat, als ob es wirklich dazu

⁷ Anspielung auf Ostasienreise Ollenhauers (vgl. AdG 1956 S. 6146).

⁸ Am 8. November 1956 (Sten.Ber. 2.WP Bd.32 S. 9259–9284).

kommen könnte, während doch unsere Aussichten absolut gut sind, wenn jeder seine Pflicht tut. Das ist natürlich bei jedem Wahlkampf die Voraussetzung.

Wenn ich von Herren, die sehr viel im Lande herumkommen und an vielen Parteiversammlungen teilnehmen, höre, daß die Mutlosesten und die Gleichgültigsten die Würdenträger unserer Partei sind, während die Zuhörer ganz anders sind, dann geht einem doch wirklich die Galle hoch. Das ist etwas, was gerade in unserer Partei nicht scharf genug gegeißelt werden kann, daß merkwürdigerweise gerade diejenigen, die in erster Linie für die Parteiarbeit verantwortlich sind, am lässigsten und gleichgültigsten sind und Gottes Wasser über Gottes Land laufen lassen.

In dasselbe Gebiet gehören die Redereien, die von unseren Leuten über eine Große Koalition gepflogen worden sind. Wer schon jetzt anfängt, über so etwas zu sprechen, das ist ein Mann, der von der Politik so viel Ahnung hat wie die Kuh vom Sonntag. Das wird sich schon alles finden nach der Wahl. Was mich von allen Berichten, die ich bekommen habe, geradezu mit einer inneren Empörung erfüllt hat, das ist doch die Trägheit, das Phlegma und die Gleichgültigkeit in der CDU. Das ist auch der Grund dafür, daß wir bei den Kommunalwahlen relativ schlecht abgeschnitten und die Sozialdemokraten diesen Vorsprung gegenüber den letzten Wahlen errungen haben.⁹

Wir müssen ein ganz anderes Tempo vorlegen! Wir müssen überall, von der Bundesgeschäftsstelle und dem Bundesvorstand angefangen, bis hinunter in die letzte Ortspartei hinein, diejenigen Männer und Frauen, die sich nicht mehr in der Lage fühlen, aktiv mitzuarbeiten, bitten, den Platz freizumachen für jüngere Leute, die bereit sind, wirklich mitzuarbeiten und es auch tun. Es gibt da die unglaublichsten Beispiele, z.B., daß man keine Vertriebenen aufnehmen will, weil sie zu aktiv sind, daß man überhaupt keine Leute mehr aufnehmen will in einer Ortspartei, weil der Vorstand bleiben will und dieser Vorstand befürchtet, wenn neue Leute kommen, daß er nicht wiedergewählt wird. Hier in der nächsten Nähe habe ich ein solches Beispiel erlebt, wo sich in einem Städtchen – ich will den Namen nicht nennen – aufgrund von Werbungen, die unternommen worden sind, mehr neue Mitglieder gemeldet haben, als bisher dort waren. Darüber ist dann der „heilige“ Vorstand sehr erschrocken und hat sich zur Wehr gesetzt, weil er fürchtet, jetzt würde er von seinem Postament heruntergefegt. Das sind doch Verhältnisse und Zustände, die unter keinen Umständen mehr geduldet werden können. Wir müssen über eine Erneuerung des Lebens innerhalb der Partei einmal ein sehr ernstes und sehr deutliches Wort sprechen.

Ich möchte nun übergehen zu den Fragen der Außenpolitik. Lassen Sie mich an die Spitze einige Ausführungen über Ungarn stellen.¹⁰ Die Ungarn haben sich, wie ich glaube, als das heldenmütigste Volk der neueren Geschichte gezeigt. (*Bravo-Rufe.*)

⁹ Vgl. Anm. 30.

¹⁰ Aufstand vom 21. Oktober bis 4. November 1956 (AdG 1956 S. 6063–6072; ausführliche Dokumentation der täglichen Ereignisse in UiD vom 9. November 1956; HACKER S. 551–567).

Sie haben gekämpft für die Freiheit und für nichts anderes. Sie waren ohne jede Hilfe von außen. Es ist von außen nicht das geringste geschehen – es konnte auch nichts geschehen –, um ihnen zu helfen, geschweige denn, daß sie von außen angestachelt worden wären, sich gegen ihre Unterdrücker zu erheben. Sie haben nur gekämpft um das primitivste Gut aller Menschen, um die Freiheit. Gerade die Jugendlichen haben sich dort hervorgetan und Gebrauch gemacht von den Methoden, die ihre Unterdrücker ihnen beigebracht hatten im Kampfe gegen – wie man damals glaubte – reaktionäre Kräfte, mit Molotow-Bomben und all dem Zeug.

Es ist ein tieftrauriges Kapitel für unsere ganze Situation in der Welt, daß diesem armen Volk keine Hilfe gebracht werden kann. Alle diejenigen, die sich in der UNO gegen irgendwelche Maßnahmen ausgesprochen haben, haben sich dadurch gekennzeichnet. Gleichzeitig ist aber auch dadurch die Schwäche der UNO gekennzeichnet. Als es sich um Ägypten und um das Öl handelte, da hat man eine ungeheure Aktivität entfaltet, aber hier, wo es sich um Menschen handelt, wo es sich darum handelt, die Deportationen nach Sibirien zu verhindern, wo es sich um ein hungerndes Volk handelt, das seine Freiheit haben will und sonst nichts, da hat es sich eben erwiesen, daß die UNO kein Gerichtshof ist, sondern daß die UNO nichts anderes ist als eine Vereinigung von Völkern, wo jedes Volk seine eigene Sache zu vertreten versucht. Die UNO hat auch gar keine Machtmittel, um ihre Beschlüsse durchzusetzen. Sie kann sie auch nicht haben, es sei denn, man müßte ein Netz von Luftstreitkräften zur Verfügung der UNO über die ganze Welt spannen. Wenn man das täte, dann wüßte man nicht, wie das Ende vom Lied wäre, je nachdem, wer in der UNO die Mehrheit hat.

Machen Sie sich immer klar, daß in der UNO die nicht-weißen Völker bei weitem in der Mehrheit sind und daß wir in einer Periode leben, in der die nicht-weißen Völker der Auffassung sind, sie seien von den weißen Völkern jahrhundertlang unterdrückt worden und könnten infolgedessen nicht an dem Aufstieg der übrigen Menschheit teilnehmen; daran seien sie durch die weißen Völker verhindert worden. Ich möchte Ihnen vorschlagen, zum Schluß der Sitzung eine Resolution wegen Ungarn zu fassen; denn das Volk der Ungarn, das so um seine Freiheit gekämpft hat, verdient die Anerkennung der gesamten zivilisierten freien Welt.

Wir dürfen auch hier – ich muß das sagen – merkwürdige Vorgänge im deutschen Volk feststellen. Es gibt Leute, die an dem ganzen Elend, das sich ein paar hundert Kilometer von hier abspielt, einfach ruhig vorbeigehen, wie überhaupt das deutsche Volk fast versunken zu sein scheint im Materialismus, nicht im Sinne des kommunistischen Materialismus, sondern im nackten Materialismus; es will möglichst viel verdienen, möglichst gut leben, und all das andere ist ihm gleichgültig.

Ich möchte zur Suezkanalfrage kommen.¹¹ Es war betrüblich, daß die deutsche öffentliche Meinung, soweit sie in der Presse zum Ausdruck gekommen ist, den

11 Zur Suezkrise vgl. Nr. 16 Anm. 19; AdG 1956 S. 6072–6078, 6083–6089, 6101–6103; ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 225–228.

Suezkanal und Ungarn eigentlich auf eine Stufe gestellt hat, daß z.B. einige Landtage – ich will sie nicht nennen – in einem Atemzug beschlossen haben, Sympathiekundgebungen an Ungarn und Ägypten zu veranstalten. Wenn es sich um zwei Dinge handelt, die sich in keiner Weise miteinander vergleichen lassen, dann sind es die Vorgänge im Vorderen Orient und die Vorgänge in Ungarn. Man sollte die historischen Vorgänge nicht von einem bestimmten Tage ab gut oder schlecht beurteilen, sondern man muß die ganze Kette der Ereignisse sehen. Wenn Sie das tun, dann haben Sie am Suez folgendes: Die Engländer hatten nach einem Vertrag mit Nasser das Recht, bis zum Jahre 1968 die Kanalzone mit ihren Truppen besetzt zu halten. Sie haben dann – für meinen Geschmack unbegreiflicherweise – im Jahre 1954 freiwillig die Suezkanalzone geräumt und ihre Truppen zurückgezogen, obgleich damals in Ägypten die Dinge noch drunter und drüber gingen. Aber sie haben es getan; ich wiederhole, für meinen Geschmack unverständlich. Sie haben sich dann kurze Zeit darauf mit dem Sudan geeinigt und den Sudan ebenfalls ohne irgendwelche Zwischenfälle geräumt.¹²

Ich führe diese beiden Tatsachen an, um Ihnen klarzulegen, daß es ganz falsch ist, wenn man jetzt behauptet, das seien bei den Engländern koloniale Instinkte gewesen, die sie dazu gebracht hätten, den Vorstoß in Ägypten zu machen. Denken Sie bitte an das Jahr 1954, an die freiwillige Räumung der Kanalzone. Denken Sie an die freiwillige Räumung des Sudans kurze Zeit danach. Dann ist es für jeden ganz klar, daß die Engländer nicht die Absicht gehabt haben, sich im Vorderen Orient eine Art koloniales Einflußgebiet zu verschaffen.

Was Frankreich angeht, so denken Sie bitte daran, daß der Aufstand in Algier, der für Frankreich tödlich werden kann, von Ägypten aus unterstützt wurde und daß die Aufständischen in Algier von Nasser mit Waffen versehen wurden.¹³ Jetzt ist aber der Herr Nasser anderweitig beschäftigt; hoffentlich geht der Aufstand in Algier seinem Ende entgegen. Hinzu kommt etwas, was berücksichtigt werden muß, wenn man sich ein Urteil erlauben will, nämlich die Ablehnung des Kredites durch die Vereinigten Staaten und durch Großbritannien für den Bau des Assuan-Dammes.¹⁴ Die Verhandlungen waren schon fast bis zum Ende gediehen. Nasser konnte mit Fug und Recht damit rechnen, daß ihm die erforderlichen Kredite durch die Weltbank gewährt werden würden. Die Weltbank kann natürlich – ich habe vor wenigen Tagen mit dem Präsidenten der Weltbank über dieses Thema in Bonn gesprochen¹⁵ –

12 Im Abkommen zwischen Großbritannien und Ägypten vom 12. Februar 1953 war für den Sudan eine Übergangsperiode vorgesehen, in der die Verwaltung schrittweise von den Sudanesen übernommen werden sollte. Dieser Zeitpunkt war im August 1955 erreicht (vgl. AdG 1953 S. 3867, 1955 S. 5310).

13 Am 17. Oktober 1956 wurde ein Schiff mit einer ägyptischen Waffenlieferung für die algerischen Aufständischen durch die Franzosen aufgebracht (AdG 1956 S. 6044f.). Die Verhaftung von fünf führenden algerischen Aufständischen durch die Franzosen auf einem Flug von Marokko nach Tunesien führte zu schweren Ausschreitungen in Marokko, bei denen 51 Franzosen getötet wurden (EBD.).

14 Am 27. Juli 1956 (AdG 1956 S. 5900–5903).

15 Eugène R. Black – am 20. November 1956 in Bonn (TERMINKALENDER).

nur Kredite nach kaufmännischen Gesichtspunkten geben. Aber dann hätten eben die Mächte, die ein Interesse daran haben, daß ein revolutionäres Volk und ein Diktator beschäftigt werden, in die Tasche greifen müssen, eventuell mit anderen freien Ländern zusammen, um es der Weltbank zu ermöglichen, die erforderlichen Kredite den Ägyptern zu den wirtschaftlichen Bedingungen zu geben, die nötig waren. Stellen Sie sich einmal dieses bettelarme und hungernde ägyptische Volk vor, das nicht genug Boden hat, um leben zu können. Es ist an sich ein aufgeregtes Volk, durch Revolutionen erschüttert; dazu kommt noch der Diktator Nasser, wenn auch ein kleiner, aber wir wissen doch, daß ein Diktator seinem Volk etwas aufweisen muß, sonst kann er sich nicht halten. Wenn Sie sich das alles vor Augen halten, werden Sie mit mir der Auffassung sein, daß diese plötzliche Ablehnung des Kredites für den Bau des Assuan-Dammes politisch einer der schwersten Fehler war, der überhaupt im Vorderen Orient gemacht werden konnte.

Und Nasser hat ja auch prompt reagiert. Genau eine Woche nach der ablehnenden Mitteilung des State Department hat er die Suezgeschichte gemacht. Man kann mit größter Wahrscheinlichkeit annehmen, wenn ihm die Möglichkeit gegeben worden wäre, den Assuan-Damm – der für Ägypten von geradezu ungeheurer Bedeutung gewesen wäre – zu bauen, dann hätte er seine Finger vom Suezkanal gelassen; denn in diesem Augenblick hätte er sich ja das Portemonnaie der Geldgeber verschlossen und seinem Lande den größten Schaden zugefügt. Wenn Sie sich weiter vorstellen, daß die Bauzeit für diesen Damm und alles das, was damit zusammenhängt, wie Bewässerung, Elektrizitätswerke usw., mindestens zehn Jahre gedauert hätte, dann kann man mit der größten Wahrscheinlichkeit annehmen, daß Nasser während dieser Zeit nichts gegen die freien Völker unternommen hätte. Man muß diese Dinge einmal in aller Ruhe im Hinblick auf die Vergangenheit und die Zukunft betrachten, und zwar hinsichtlich der Zukunft insofern, als wir uns alle darüber klar sein müssen, daß in solchen spannungsgeladenen Zeiten wie den unsrigen außenpolitische Entscheidungen unter Umständen etwas auslösen können, was für uns alle verderblich ist.

Man muß deswegen mit der größten Behutsamkeit und mit einem möglichst großen Überblick an eine solche Sache herangehen. Ich bin sicher nicht der Überzeugung, daß die Vereinigten Staaten das nun absichtlich gemacht haben, aber es hat sich doch gezeigt, daß eben die Vereinigten Staaten [sich] über die Verhältnisse im Vorderen Orient und über die Bedeutung des Suezkanals für Europa nicht im klaren gewesen sind. Das ist ein Vorwurf, den ich der amerikanischen Außenpolitik schon wiederholt gemacht habe: Sie ist nicht genügend unterrichtet und kennt zu wenig die anderen Völker. Das liegt zum Teil daran, daß bis zum Jahre 1914, als Amerika kaum eine Außenpolitik trieb, die Botschafter aus reichen Kaufmannshäusern, aus Bankiers- oder Gelehrtenkreisen oder sonstwoher genommen wurden, aber es waren keine Leute, die nun das betreffende Volk wirklich verstanden.

Glauben Sie mir, es läßt sich über Außenpolitik natürlich sehr schön reden mit allen möglichen Redensarten, aber zur Außenpolitik gehört eine intensive Arbeit, ein genaues Studium der Zusammenhänge und eine historische Kenntnis der Dinge, sonst

kann man keine gute Außenpolitik machen. Es trat zunächst ein Schwanken der Vereinigten Staaten nach der Londoner Konferenz ein.¹⁶ Dieses Schwanken der Vereinigten Staaten, das schließlich England und Frankreich zu diesem Schritt getrieben hat, ist wahrscheinlich auf die Präsidentenwahl in Amerika zurückzuführen¹⁷; denn man hatte keine Zeit, sich mit anderen Dingen zu beschäftigen; vielleicht wollte man sich auch nicht mit anderen Dingen beschäftigen. Wahrscheinlich hat auch die Erkrankung des Staatssekretärs Dulles dazu beigetragen¹⁸; denn daß diese Krebserkrankung schon vorher auf das Befinden von Dulles eingewirkt haben muß, wird Ihnen jeder Arzt bestätigen. Dann sind England und Frankreich zu dieser Selbsthilfe geschritten. Ich sage nicht, daß ich den Schritt der Engländer und Franzosen etwa als gerechtfertigt halte, aber ehe man ein Urteil darüber fällt, sollte man sich auch Klarheit darüber verschaffen, wie die ganzen Verhältnisse für diese beiden Länder waren. Da möchte ich sagen, daß die englische Wirtschaft, die englische Handelsflotte und die englische Kriegsflotte absolut abhängig sind von dem Öl aus dem Vorderen Orient. Nicht ganz so stark, aber doch zum großen Teil, gilt das auch von Frankreich. Außerdem kommt bei Frankreich die Geschichte in Nordafrika hinzu. Es ist nun einmal in der Welt so, wenn jemand nicht energisch handelt, wenn er etwas tut, dann sind sie alle hinter ihm her, und da ist den Franzosen und den Engländern – mal ganz objektiv gesprochen – der berechtigte Vorwurf nicht erspart geblieben, daß sie nicht schnell genug gehandelt haben.

Nach den Mitteilungen – und die scheinen wahr zu sein – hatte man einen Zeitplan aufgestellt, wonach man für die Niederkämpfung der ägyptischen Luftwaffe und der Flugplätze sechs Tage brauchen werde. Man war aber schon nach zwei Tagen damit fertig. Wenn man nun vier Tage zuwartet mit der Landung der Truppen, dann kann man sich vorstellen, daß das in der Welt natürlich nicht als eine Manifestation großer militärischer oder staatsmännischer Kraft angesehen wird. Und in unserer heutigen Welt – ich kann mir nicht helfen – wird Kraft einstweilen noch mehr respektiert als das Recht. So sind wir nun in diese schwierige Lage in Europa gekommen; denn die große Blamage, die Großbritannien und Frankreich erlitten haben, färbt ab auf alle europäischen Mächte.

Noch ein Wort über Israel! Wenn Israel einen Tag früher losmarschiert als die anderen¹⁹, dann liegt auf der Hand, daß irgendein zeitliches Zusammengehen verabredet worden ist. Ich darf Ihnen hier sagen, daß ich schon im vorigen Dezember dem Unterstaatssekretär Hoover²⁰, der bei mir war, gesagt habe: Sie werden sehen, die Israelis schlagen im Laufe des Jahres 1956 los. Sie werden losschlagen, sobald

16 Vom 16. bis 23. August 1956 (AdG 1956 S. 5940–5944, 5944–5946).

17 Am 6. November 1956 (AdG 1956 S. 6094).

18 Dulles war am 3. November 1956 an Darmkrebs operiert worden (FAZ vom 5. November 1956).

19 Britisch-französische Landung am 5. November 1956.

20 Herbert Hoover jr. (1903–1969), 1954–1957 Staatssekretär im Außenministerium (nach ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 215 fand der Besuch im Februar 1956 statt).

die Russen die ägyptische Luftwaffe so stark gemacht haben, daß die Israelis nicht mehr dagegen ankommen. Ich habe Monat für Monat in diesem Jahr erwartet, daß die Israelis losschlagen würden, und zwar aus dem reinen Selbsterhaltungstrieb heraus. Damals wurde mir von amerikanischer Seite gesagt: Wir haben die VI. Kriegsflotte in den dortigen Gewässern herumfahren, die werden für Ordnung sorgen. Die VI. Kriegsflotte hatte zwei Flugzeugträger mit soundso viel Flugzeugen. Aber diese VI. Kriegsflotte hat zum größten Teil bei Neapel und nachher bei Zypern gelegen. Wir haben nichts davon gemerkt, daß das Vorhandensein dieser Kriegsflotte irgendwie beruhigend dort gewirkt hätte.

In einer alle Mächte überraschenden Weise ist nun entdeckt worden, daß im Laufe der letzten Monate Sowjetrußland den Vorderen Orient in einer Weise mit Waffen versehen hat, daß die Fülle und die Art dieser Waffen weit über den Bedarf der dortigen Armeen hinausgeht. Ganz offenbar waren diese Waffenlieferungen geplant, um im geeigneten Augenblick in die Hände von russischen Soldaten zu kommen, wie überhaupt konstatiert werden kann, daß die Russen ihren Druck aus Europa nach dem Vorderen Orient verlagert haben, einmal wegen der dortigen Ölbasen, die für ganz Europa von der größten Bedeutung sind, und zweitens wegen des Mittelmeerbeckens. Die Beherrschung des Mittelmeerbeckens durch Sowjetrußland wäre für Europa einfach das Ende. Auf der einen Seite des Mittelmeerbeckens liegen die mohammedanischen Staaten, die sofort auf die Seite der Russen treten würden. Auf der anderen Seite liegen Frankreich und Italien mit starken kommunistischen Parteien. Wenn nun die kommunistische Kraft in das Mittelmeerbecken eingedrungen wäre, dann hätte das tatsächlich für Europa eine schreckliche Periode eröffnet.

Aber auch ein Gutes hat sich aus dem Vorstoß der Franzosen und Engländer im Vorderen Orient ergeben. Es scheint – wir können das nur sehr begrüßen –, als ob die Amerikaner aus ihrem Traum erwacht seien. Sie erinnern sich daran, daß ich im Juli dieses Jahres hier eine Botschafterkonferenz abgehalten habe, weil plötzlich in der „New York Times“ die Nachricht erschien, daß die Amerikaner beabsichtigen, ihre konventionellen Waffen um 800.000 Mann abzurüsten, dafür aber ihre nuklearen Waffen um so stärker aufzurüsten.²¹ Das wäre für uns verheerend gewesen. Sie wissen, daß ich mich damals mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen gewandt habe. Man hat das zunächst in den Vereinigten Staaten von Nordamerika nicht gern gesehen, aber ich kann Ihnen jetzt sagen, daß die Leitung der Vereinigten Staaten von ihren damaligen Plänen, deren tiefster Untergrund Isolationismus war, abgekommen ist. Sie werden die Erklärungen des Staatssekretärs im Verteidigungsministerium in Washington gelesen haben, daß kein Soldat abgebaut würde.²² Sie werden auch die sonstigen Erklärungen über diese Fragen, die beruhigend lauten, gelesen haben. Ich war im Sommer um so beunruhigter über diese ganze Entwicklung in den Vereinigten Staaten, weil die dortige Regierung schon seit geraumer Zeit der NATO keine

21 Gemeint: Radford-Plan (vgl. Nr. 16 Anm. 21).

22 ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 244; vgl. auch PÖTTERING S. 81f., auch zum Folgenden.

Bedeutung mehr schenkte. Der NATO-Botschafter – ich spreche sehr offen hier – war sehr häufig nicht in der Lage, im NATO-Rat zu irgendeiner Frage Stellung zu nehmen, weil er von seiner Regierung keine Anweisungen bekommen hatte. Wenn die führende Macht der freien Völker, die in der NATO vereinigt sind, zu wichtigen Fragen einfach keine Stellung nehmen kann, dann sinkt die ganze Geschichte ab und versandet schließlich.

Es war tatsächlich die NATO eine sehr wenig bewegliche Masse geworden, etwas ganz anderes, als sie früher gewesen ist. Aber auch hier kann ich zu meiner großen Genugtuung sagen, daß das in den letzten Wochen doch anders geworden ist. Amerika schenkt der NATO jetzt sehr große Aufmerksamkeit, und der Botschafter der NATO in Paris bekommt wieder seine Anweisungen. Amerika schickt sich also an, wieder seine führende Stellung einzunehmen. Ob der isolationistische Gedanke in den Vereinigten Staaten damit für längere Zeit erledigt ist, kann niemand prophezeien. Das hängt zum großen Teil davon ab, wie sich die anderen NATO-Mächte für den NATO-Gedanken einsetzen und betätigen. Wie groß die Gefahr aber war, muß Ihnen der Brief zeigen, den vor 14 Tagen Bulganin an Eisenhower gerichtet hat, in dem er nichts anderes vorschlägt als eine Teilung der Welt zwischen den Vereinigten Staaten und Sowjetrußland.²³ Der Brief ist ziemlich lang, aber wenn Sie ihn in Ruhe lesen, namentlich den Schlußteil, kommen Sie zu der Auffassung, daß das ein glatter Vorschlag ist: Wir beiden sind die nuklearen Mächte, wir wollen für Frieden und Ordnung in der Welt sorgen. Das würde in der Praxis bedeuten, der eine kriegt diese und der andere jene politische Einflußsphäre. Daß wir in die russische Einflußsphäre gekommen wären, versteht sich von selbst. Darüber ist kein Wort zu verlieren. Welche Konsequenzen sich daraus ergeben hätten, brauche ich Ihnen nicht weiter auszuführen.

Ich habe eben gesagt, ob die Vereinigten Staaten ihr Interesse für die NATO weiter verstärken, das hängt zum großen Teil von Europa ab. Dieses Europa hat sich nun jetzt, vom Standpunkt der Amerikaner, aber auch vom Standpunkt der Vernunft aus betrachtet, seit 1945 politisch so dumm benommen und eine Unklugheit nach der anderen begangen, daß man es verstehen mußte, wenn die Amerikaner sagten, mit den Europäern ist nichts zu machen. Denken Sie bitte daran, welche Haltung Großbritannien Jahre hindurch gegenüber den Bestrebungen zur Vereinigung Europas eingenommen hat. Denken wir bitte daran, daß es zwar gelungen ist, die Montanunion zu schaffen, daß aber dann Frankreich bei dem weiteren Schritt der Schaffung der EVG am 30. August 1954 in der schrecklichsten Weise versagt hat. Wir haben dann die Westeuropäische Union auf der Londoner Konferenz im Oktober 1954 geschaffen. Aber die Westeuropäische Union hat bisher geschlafen. Sie hat geschlafen, weil die Engländer wieder nicht mittun wollten. Die Amerikaner haben ungeheure Aufwendungen im Interesse der Freiheit der Welt gemacht. Sie sind es doch gewesen, die damals unter Truman in Korea eingegriffen haben. Wenn nun die Amerikaner dieses ganze Gezänke der Europäer dauernd sehen, dann kann man

23 Vom 5. November 1956 (AdG 1956 S. 6083f.).

schließlich verstehen, wenn sie sagen, wenn diesem Europa nicht zu helfen ist, wenn das ein Kontinent ist, der sterben will, dann können wir ihn auch nicht mehr am Leben erhalten.

Wir Deutschen der Bundesrepublik haben schwere Sünden gegenüber der NATO begangen. Wir haben vor allem auf dem Gebiete der Aufrüstung völlig versagt. Wenn wir einem Engländer, einem Franzosen, einem Italiener, einem Amerikaner sagen: Wir haben keine Kasernen, und infolgedessen können wir keine Leute einziehen, dann sagt uns jeder von denen: Fabriken der modernsten Art könnt ihr bauen, ihr könnt unendlich vieles andere tun auf dem Gebiet des Wohnungsbaues und der sonstigen öffentlichen Bauten, nur Kasernen wollt ihr nicht bauen können! Das glauben wir euch nicht, daß ihr das nicht könnt. Ich mache diese Äußerung, weil sie jedem ohne weiteres klar wird. Kein Ausländer, der durch Deutschland reist und sieht, was alles an neuen Bauten hier geschaffen worden ist, nimmt uns die Entschuldigung ab, wir hätten keine Kasernen bauen können und seien infolgedessen nicht in der Lage gewesen, Leute einzuziehen.

Ich habe eben auf die Schwierigkeiten innerhalb der Bundesregierung hingewiesen. Ich fühle mich aber verpflichtet, auch darauf hinzuweisen, daß im Bundestag und in den Ausschüssen des Bundestages der Aufrüstung die denkbar größten Schwierigkeiten gemacht worden sind und daß es für den armen Herrn Blank geradezu ein Kreuzesgang war, wenn er in diese Ausschüsse hineingehen mußte. Stellen Sie sich vor, daß wir nach den Vorschriften des Bundestages – die nach meiner Meinung übrigens verfassungswidrig sind – nicht einmal eine Teekanne kaufen können für die Leute, die wir eingezogen haben, ohne daß das ausgeschrieben und hierfür ein unendlich kompliziertes Verfahren angewendet wird. (*Zurufe: Hört! Hört!*) Ich nehme das nur als Beispiel. Das ist doch für ein Volk wie wir, das doch – ich übertreibe nicht – auf den guten Willen seiner Freunde vollkommen angewiesen ist, geradezu ein Irrsinn, so etwas zu machen. Wie wir da noch durchkommen, weiß ich nicht. Ich hoffe, daß es dem Herrn Strauß – der viel robuster ist, als es Herr Blank war, nachdem er sich verbraucht hatte – gelingen wird, durch diese Schallmauer des Widerstandes, die wir im Parlament und auch in der Öffentlichkeit haben, durchzustoßen. Wir müssen ihm jedenfalls helfen, wo wir helfen können, damit er da durchstoßen kann. Aber es bleibt bestehen, daß das Vertrauen in Deutschland zur NATO in den letzten zwei Jahren rapide gesunken ist. Ich habe gestern mit unserem NATO-Botschafter Blankenhorn, der aus Paris kam, über diese Dinge gesprochen, und zwar wegen des Verhaltens der jetzigen Regierung und der Regierungskoalition und auch der öffentlichen Meinung in Deutschland. Man fängt auch dort jetzt an zu zweifeln, ob es uns bei unserer Lethargie und unserem Phlegma gelingen wird, die Bundestagswahl 1957 zu gewinnen.

Die SPD wird unentwegt an ihrem neutralistischen Standpunkt festhalten. Sie haben die Rede des Herrn Mellies gehört²⁴, Sie haben auch von dem Beschluß gehört, den der DGB in Hamburg gefaßt hat, in dem er ausgeführt hat: Der DGB wird die

24 Am 8. November 1956 (Sten.Ber. 2.WP Bd.32 S. 9267–9269).

Kräfte unterstützen, die willens und fähig sind, mit demokratischen Mitteln die Wiederbewaffnung im gespaltenen Deutschland und die Wehrpflicht wieder rückgängig zu machen.²⁵ Bitte beachten Sie wohl, da steht nicht etwa drin, „die Wehrpflicht wieder rückgängig zu machen“, sondern es steht drin, „die Wiederbewaffnung im gespaltenen Deutschland rückgängig zu machen“. Vielleicht haben Sie überlesen, daß sich die Sozialdemokratische Partei offiziell zustimmend zu diesem Beschluß – der nie ohne die Zustimmung der Sozialdemokraten gefaßt worden wäre – geäußert hat. Daraus sehen Sie die ganze, mit keinem Wort scharf genug zu geißelnde Torheit der Sozialdemokraten. In einem Augenblick, wo die Geschichte in Polen und der Aufstand in Ungarn war, wo die amerikanische Luftwaffe mehrere Tage lang auf allerhöchster Alarmstufe gewesen ist, wo Nachrichten kommen über russische Truppenkonzentrationen auch nach dem Westen, zu sagen: Wir unterstützen jede Partei, die die Wiederbewaffnung verhindert, das ist nach meiner Meinung ...; ich unterdrücke das Wort, das mir auf der Zunge schwebt. Dann soll man doch lieber geradeaus nach dem Osten hinmarschieren; denn das ist genau dasselbe.

Erkennen Sie daraus bitte die Riesenbedeutung der Wahlen im nächsten Jahr. Wenn nämlich die Sozialdemokratie, die auf dieser Linie festliegt und sich jetzt erneut wieder festgelegt hat, nach der Bundestagswahl des Jahres 1957 einen irgendwie bestimmenden Einfluß auf die Politik der Bundesregierung bekommen sollte, dann ist es zu Ende mit der Freiheit des deutschen Volkes. (*Zustimmung und Zurufe: Sehr richtig!*) Das haben gerade die Erfahrungen der letzten Monate – wenn es überhaupt noch nötig war, das zu beweisen – mit einer solchen Klarheit und einer solchen Überzeugungskraft gezeigt, daß sich ihnen kein Mensch verschließen kann.

Nun werden Sie mich fragen: Wie denkst du dir denn überhaupt die Entwicklung? Darauf will ich Ihnen eine Antwort geben. Ich habe seit Jahr und Tag den Glauben gehabt, daß schließlich dieser Ostblock so viel innere Risse bekommen würde, daß sich daraus sein Ende ergäbe. Es war immer meine Überzeugung, daß man den Menschen ein so unwürdiges Leben, wie es die Menschen in Sowjetrußland und in den Satellitenstaaten führen, auf die Dauer einfach nicht zumuten könne, und es werde einmal der Augenblick kommen, wo man sich gegen diese Unterdrückung auflehnen würde. Die Risse in diesem Block haben sich zuerst gezeigt im Jahre 1948 in Jugoslawien; sie haben sich dann gezeigt in Polen und jetzt in Ungarn. Wir wissen auch nicht, was im Kreml vor sich geht. Wir können nur das eine wissen, daß dort Machtkämpfe stattfinden, ob zum Guten oder zum Schlechten, das wissen wir nicht. Wenn ich sage „zum Schlechten“, dann meine ich folgendes: Wenn in einem solchen diktatorisch regierten Staat Machtkämpfe stattfinden, dann ist es leicht möglich, daß schließlich die Leute zu einer Diversion nach außen übergehen, um das Augenmerk der eigenen Menschen von den inneren Auseinandersetzungen abzuleiten.

Das ist die große Gefahr, die vor uns steht und die noch eine geraume Zeit vor uns stehen wird. Es handelt sich jetzt – im Gegensatz zu den Diadochenkämpfen in

25 Entschließung zur Abrüstung und sozialen Aufrüstung in AdG 1956 S. 6015.

Sowjetrußland nach dem Tode Lenins – nicht darum, welche Personen die Macht in die Hand bekommen, sondern es handelt sich offenbar um zwei Richtungen. Aber aus der Tatsache, daß diese Kämpfe zwischen zwei Richtungen stattfinden und daß man sich in den Satellitenstaaten gegen die Sklaverei auflehnt, können und dürfen wir auch mit Recht Hoffnung schöpfen. Es ist die einzige Hoffnung, die wir haben können. Keiner von uns will einen Krieg. Ein Krieg mit Wasserstoffbomben wäre für die gesamte Menschheit der Untergang. Kein Mensch kann das vorher wissen, jedenfalls würde unser Land schwer in Mitleidenschaft gezogen werden. Da diese innere Zersetzung im Ostblock weitergeht, muß der Westen einig und stark sein; denn der Staat, der in der heutigen Zeit schwach ist, der läßt seinen Nachbarn geradezu ein, ihn in Besitz zu nehmen.

Der Westen muß einig sein. Darum wollen wir Europa aufbauen und die NATO mit neuem Leben erfüllen. Durch die NATO binden wir die Vereinigten Staaten an uns; ohne die Vereinigten Staaten sind alle europäischen Länder gegenüber der Sowjetunion verloren. Die NATO können wir nur dann aufbauen, wenn wir selber alles tun, was wir tun können, während jetzt – man schämt sich fast, es zu sagen – unsere finanzielle Leistung für die NATO gleich ist der finanziellen Leistung, die das bettelarme Griechenland pro Kopf der Bevölkerung aufbringt. Dieses reiche Deutschland, von dem gestern wieder gemeldet wurde, daß es einen neuen Geldzuwachs von 600 Millionen hätte, bringt nicht mehr pro Kopf der Bevölkerung auf wie das bettelarme Griechenland, das das ärmste Land in Europa ist. Wir müssen uns eigentlich schämen, daß wir das tun.

Wir müssen Europa aufbauen! Wir müssen die NATO festigen, weil kein europäischer Staat allein dem russischen Druck gewachsen sein wird. Wenn wir aber durch die NATO die Vereinigten Staaten an uns binden, dann haben wir doch gerade nach den Erscheinungen, die wir in den letzten zwei Monaten wahrgenommen haben, die begründete Hoffnung, daß dieser Prozeß in Sowjetrußland und in den Satelliten weitergehen wird und daß die Sowjetrussen auch eines Tages bereit sein werden – mögen sie eine Staatsform haben, welche sie wollen, das ist ihre Sache –, mit den anderen Mächten zu einer Abrüstung zu kommen, die der Welt endlich wieder den Frieden und die Ruhe gibt, die wir alle seit vielen Jahren so schmerzlich entbehren müssen. (*Lebhafte Beifall.*)

Darf ich nun um Wortmeldungen bitten! Das Wort hat Herr Blank.

Blank: Meine Damen und Herren! Einige Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers veranlassen mich, ganz kurz etwas zu sagen. Ich bedaure, heute hier in diesem Kreise das gehört zu haben, was Herr Seidel, als ich meinen Urlaub antrat, der deutschen Presse sagte, daß es sich nämlich bei mir um einen verdienten, aber leider verbrauchten Mann handele, wofür mir Herr Seidel noch immer eine – auch vom Menschlichen her – Entschuldigung zu geben verpflichtet wäre.²⁶ Etwas Ähnliches, Herr Bundeskanzler,

²⁶ Ausführungen Seidels auf einer Pressekonferenz in München am 2. August 1956. Vgl. dazu seine Richtigstellungen bzw. Erläuterungen im Schreiben an Adenauer vom 3. August 1956 (ACDP VII-002-AO 278).

haben Sie eben gesagt. Wer mich in den letzten Tagen und Wochen hat arbeiten sehen, auch in Siegen und in Hamburg²⁷, wird diesen Eindruck nicht haben. Das muß ich einmal klarstellen; denn das bin ich mir selber schuldig.

Nun zu den Fragen der Durchführung des deutschen Verteidigungsbeitrages einige Hinweise! Als ich mein Amt verließ – das ist jetzt sechs Wochen her –, waren 67.000 Mann einberufen. Heute sind es, also in weiteren sechs Wochen, 70.000 geworden. Wir haben Einberufungen bis zu 3.500 in der Woche vorgenommen. Sie können einmal ausrechnen, wieviel es in den letzten Wochen gewesen sind. Ich bin Ihnen zu meiner eigenen Rechtfertigung folgende Erklärung schuldig: Der Bundesverteidigungsminister, auch mein Nachfolger, der meiner vollen Unterstützung sicher sein darf, ist nicht in der Lage, auch nur eine einzige Kaserne zu bauen oder zu räumen. Sie wissen alle, daß das Räumen der mit Flüchtlingen belegten Kasernen Angelegenheit des Flüchtlingsministers ist im Zusammenwirken mit dem Finanzminister und den Landesregierungen. Ich mache den beteiligten Herren keinen Vorwurf und will nicht behaupten, daß sie mehr hätten erreichen können. Ich will nur feststellen, daß derjenige, der am wenigsten daran tun konnte und tun kann, der Bundesverteidigungsminister ist.

Meine Damen und Herren! Unsere Fraktion hat mir durch die Gesetzgebung erlaubt, bis zum 31. März dieses Jahres 6.000 Soldaten zu haben. Ab 1. April habe ich in den wenigen Wochen bis zu meinem Ausscheiden, d.h. praktisch bis zum Ende des Monats September, aus 6.000 Soldaten 60.000 gemacht. Ich halte das für eine große Leistung. Der Zugang von Freiwilligen bis zu 4.500 Mann in der Woche bewies, daß wir die Menschen hatten, als ich mein Amt verließ. 140.000 Bewerber waren überprüft und 98.000 als geeignet befunden worden, d.h. 2.000 mehr, als wir aufgrund unserer NATO-Verpflichtung im Jahre 1956 – nämlich 96.000 – aufstellen wollten.

Vergessen Sie nicht, als ich mein Amt verließ, gab es in der Bundesrepublik 1.000 Panzer. Ich will die anderen Waffen nicht aufzählen. Die Unterbringung hatte ich nur in einem sehr beschränkten oder, besser gesagt, in keinem Umfang in der Hand. Das ist genügend bekanntgewesen. Aber ich wußte genau wie der Herr Bundeskanzler seit dem Sommer dieses Jahres, wie sich die Dinge entwickeln würden. Als ich einen diesbezüglichen Wink bekam und in Amerika die erforderlichen Panzer kaufen wollte, nachdem auch der Herr Bundeskanzler nach einer langen Besprechung hier in seinem Zimmer gesagt hatte, die Sache ist hiermit entschieden, ist unsere eigene Fraktion nicht gefolgt, sondern hat bei den Verhandlungen im Bundestagsausschuß wesentliche Kürzungen von mir erzwungen. Als ich dem nachgegeben hatte, erhob in der letzten Minute der Verhandlung bei der Abstimmung noch einmal ein Vertreter der CSU die Hand und verlangte, völlig unmotiviert, eine weitere Kürzung der Panzer um 400 bis 600 Stück, so daß wir gerade noch mit 15 : 14 Stimmen diesen Nachtragshaushalt über

27 Stichworte des Redetextes von Hamburg (20. November 1956) in NL Blank ACDP I-098-001.

die Bühne brachten. Das muß einmal mit aller Klarheit gesagt werden. Ich werde auch in Zukunft bereit sein mitzuarbeiten, wo immer ich das kann. Ich bitte aber herzlich darum, Herr Bundeskanzler, mich nicht hören zu lassen, was einmal Herr Seidel gesagt hat. Herr Seidel ist mir noch immer seit Jahr und Tag eine Antwort auf einen außerordentlich höflich gehaltenen Brief schuldig. Er hat mir einmal vorgeworfen, auch in der Presse, daß die Planungen für die Wiederaufrüstung in den wirtschaftlichen und finanziellen Gegebenheiten an den Tatsachen vorübergingen. Ich muß aber darauf hinweisen, daß nicht der Verteidigungsminister diese Verteilungsplanung machte, sondern daß diese Koordinierung in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht erstens entstanden ist aus der Zusammenarbeit der entsprechenden Ministerien und zweitens, daß sie auf Kabinettsbeschlüssen beruht. Bei allem Willen, das Beste für meine Partei und unser Volk zu tun, bin ich nicht bereit, jetzt auch noch Vorwürfe entgegenzunehmen, die ungerechtfertigt sind.

Adenauer: Ich bin der Auffassung, daß wir unsere Zeit nicht jetzt mit dieser Frage ausfüllen sollen. Ich habe gesagt, Herr Kollege Blank – ich konnte Sie gar nicht sehen und wußte auch nicht, daß Sie dahinten saßen –, daß sich wahrscheinlich jeder abgenutzt hätte. Ich habe nicht gesagt, daß Sie ein verbrauchter Mann seien. (*Lebhafter Widerspruch von Blank:* Doch! Doch! Ich habe es genau gehört!) Ich möchte Herrn Kollegen Seidel bitten, nicht auf das zu antworten, was Herr Blank gesagt hat. (*Seidel:* Ich habe es auch nicht vor, Herr Bundeskanzler!) Herr Blank ist natürlich in der ganzen Sache – das kann ich verstehen – schwer getroffen. Ich muß aber Herrn Blank auch – ich bin ihm das schuldig – konzedieren, daß er bei seinem ersten Auftreten in der Fraktion eine außerordentlich gute und tapfere Haltung eingenommen und erklärt hat, er stehe der Partei nach wie vor und auch seinem Nachfolger mit ganzer Kraft zur Verfügung.

Ich möchte jetzt bitten, daß wir diese Angelegenheit verlassen; denn die Diskussion würde sich zu sehr in Einzelheiten auflösen und uns mehr auseinanderbringen, als daß sie uns den Blick öffnet für die Schwierigkeiten der Lage, wie sie nun einmal ist, die ich Ihnen darzulegen versucht habe. Sie geht dahin, daß die Situation in der Welt und besonders für Deutschland, für die Bundesrepublik, so entsetzlich geworden ist, daß wir das Äußerste hergeben müssen für die Ziele, die ich genannt habe. Diese Ziele können wir nur erreichen, wenn wir die Wahl des Jahres 1957 gewinnen. Und das sind wir dem deutschen Volke schuldig. Das sind wir auch schuldig – und damit möchte ich einen Eindruck verwischen, den eben die Erklärung des Herrn Blank hervorgerufen hat – der gesamten weltanschaulichen Grundlage, die uns alle trägt und die uns über alle persönlichen und sachlichen Schwierigkeiten hinweg zwingt, Hand in Hand miteinander zu arbeiten.

Krone: Ich halte es für meine Pflicht, von der Fraktion aus dem Kollegen Blank hier im Parteivorstand die Anerkennung dafür auszusprechen, daß er sich sehr schnell gefaßt und in der Fraktion erklärt hat: Ob der Minister Blank oder Strauß heißt, ist gleichgültig, es geht um die Sache, und der Sache diene ich nach wie vor in der gleichen verantwortlichen Weise wie bisher. Das als Fraktionsvorsitzender hier

im Parteivorstand zu sagen, ist meine Pflicht. Ich glaube auch, daß Herr Seidel das nicht so gesagt hat, wie es nachher in der Presse zu lesen stand. Ich würde es daher begrüßen, wenn ein persönliches Gespräch zwischen ihm und Herrn Blank stattfinden könnte. Dann käme der Punkt in Ordnung.

Zimmer: Die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers finden unsere volle Zustimmung sowohl in der Beurteilung der innenpolitischen wie auch der außenpolitischen Lage und auch hinsichtlich der Aufforderung, alles zu tun, um den Bundestagswahlkampf 1957 zu gewinnen. Das setzt voraus, daß die Fehler, die unsere Partei, von den obersten Gremien angefangen bis zur letzten Ortspartei, im letzten Jahr gemacht hat, im kommenden Jahr absolut vermieden werden. Dazu gehört vor allem, daß es die führenden Politiker der CDU in Bonn unter allen Umständen vermeiden, allzu großes Gewicht darauf zu legen, sich durch eigene Auffassungen ein profiliertes Gesicht zu geben. (*Adenauer:* Das ist noch sehr nett ausgedrückt!) Das wird von den Leuten draußen absolut nicht verstanden. Diese Angelegenheit wird vielfach mißdeutet, und man sagt, der und der will sich in der nächsten Bundesregierung einen Platz sichern. Das möchte ich nicht unterstellen. (*Adenauer:* Das können Sie ruhig machen!) Es gibt aber Ausführungen, die von dem letzten CDU-Mann draußen in dieser Weise gedeutet werden. Diese Fehler müssen unter allen Umständen vermieden werden. Es darf nicht mehr sein, daß unter dem neuen Bundeswehrminister – wie es anscheinend bisher gewesen ist – drei oder vier Exponenten der CSU nach außen den Eindruck erwecken, als ob sie ein besonderes Patent für die Wehrpolitik und für die Aufrüstung hätten. Es darf nur eine Wehrpolitik der CDU geben, und das ist die Politik, die Sie, Herr Bundeskanzler, eben gezeichnet haben. Das gleiche gilt auch für die Sozialreform. Auch hier wünschen wir, daß nur eine Politik der CDU und CSU nach draußen bekanntgegeben wird; denn nur dann können wir mit Mut der Zukunft entgegensehen.

Ein besonderes Kapitel ist die Presse und sind die Verlautbarungen der CDU. Ich hätte in den letzten Wochen gerne eine größere und bessere Ausnutzung der gebotenen propagandistischen Möglichkeiten gesehen. Wir hätten nämlich aus dieser Situation gegenüber der SPD propagandistisch viel mehr herausholen können. Die SPD geht z.Z. durch ein außenpolitisches Tief hindurch. Sie ist auch, wie Sie angedeutet haben, vielfach schweigsam geworden. Aber auch wir sind leider mehr als nötig schweigsam geblieben. Ich bin dafür, daß wir das Versäumte möglichst schnell nachholen. Wer die Schweizer Presse verfolgt, ist erstaunt über den Unterschied, der hier gegenüber unserer Presse zutage tritt. In der „Neuen Zürcher Zeitung“ z.B. steht auf den ersten drei Seiten nichts anderes als Ungarn, Ungarn und nochmals Ungarn. Die Zeitung befaßt sich nur mit diesen Vorgängen auf den ersten drei Seiten. In der Schweiz wurden vorgestern auch drei Minuten Pause eingelegt, und die Leute standen solange auf den öffentlichen Plätzen still.²⁸

²⁸ Diese Feststellungen Zimmers sind so pauschal nicht haltbar. In der Bundesrepublik war für den 6. November 1956 eine dreiminütige Verkehrsrufe vorgesehen gewesen (FAZ vom 6. November 1956).

Es fehlt hier bei uns sicher vieles an einer guten propagandistischen Ausnutzung im Interesse der CDU. Es ist auch viel besser, daß die CDU eine profilierte Politik der moralischen Stärke insgesamt zeigt, als daß einzelne Politiker sich zu sehr allein profilieren.

Adenauer: Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn der Parteivorstand der CDU einen sehr ernsten Appell in dem Sinne an die CDU-Mitglieder im Bundeskabinett richtete, wie Sie es eben angedeutet haben, Herr Zimmer. (*Gurk:* Auch an die CSU!) Wir können von hier aus an die CSU keine Aufforderung richten, aber wir können die Formulierung so fassen, daß die CSU-Mitglieder mit angesprochen werden. Ich wäre Herrn Kollegen Seidel sehr dankbar, wenn er bei der CSU zu Hause dafür sorgte, daß unsere CSU-Mitglieder nicht ihren eigenen Weg gehen. Wir müssen entweder miteinander leben oder miteinander sterben. Es gibt nichts Schlimmeres, als wenn ein Mitglied des Kabinetts – ich möchte mich des sanften und schönen Ausdrucks bedienen, den Herr Zimmer gebraucht hat – zu profiliert erscheint; denn das Profil allein nützt einem verdammt wenig, wenn man nicht die Mehrheit hat. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Ich bin mit Herrn Zimmer durchaus einer Meinung, wenn er gesagt hat, wir hätten die letzte Zeit propagandistisch viel mehr ausnutzen müssen. Es wird wohl noch einer Beratung im engsten Kreise bedürfen, wie wir dafür sorgen können, daß von der Bundesgeschäftsstelle aus in einer profilierten Form – um auch hier den Ausdruck zu gebrauchen, denn hier ist er am Platze – besser und wirksamer als bisher an die Öffentlichkeit herangetreten wird. Die Bundestagsfraktion will auf diesem Wege vorangehen. Die Bundesgeschäftsstelle muß sich dem unbedingt anschließen und das in der gleichen Weise tun. Wenn wir nachher unsere Beschlüsse fassen ... (*Meyers:* Wir müssen dafür einen Ausschuß einsetzen!) Dann müssen wir ihn jetzt bestimmen. Herr Meyers, wollen Sie es mit Herrn Krone übernehmen und etwas formulieren, erstens zu Ungarn und zweitens zu der Aufforderung an die Herren der Bundesregierung?

Oberländer: Wenn man offen über die Wahl spricht, glaube ich, daß bei den Kommunalwahlen ein nicht geringer Teil der Vertriebenen zur SPD abgewandert ist. (*Adenauer:* Sollen wir nicht die Kommunalwahlen zurückstellen?)

Dann möchte ich kurz auf die Frage der Finanzpolitik eingehen. Ich muß hier folgendes sagen: Wenn wir die Finanzpolitik nicht mit der Sozialpolitik abstimmen, können wir uns heute draußen im Lande nicht mehr sehen lassen. Die ganzen Schwierigkeiten, die Herr Blank gehabt hat, rühren daher. Ob es sich um Ungarn handelt oder was es auch sein mag, ich muß sagen, daß wir immer zu spät starten und deswegen um die Erfolge kommen, die wir eigentlich draußen im Lande durchaus hätten könnten.

Warum ist kein Lager frei, warum keine Kaserne? Auch in diesem Jahr haben wir wieder Mittel im Haushalt, die wir unbedingt benötigen, die aber postnumerando statt pränumerando gezahlt werden. Daher sind die Schwierigkeiten gekommen. Wir hatten beim Häftlingsgesetz den Wunsch, diese 25 Millionen auszuzahlen, aber es ist

nicht gelungen.²⁹ Ich kann es nicht anders sagen, als daß unsere Leute Dinge für die Opposition tun. Ich möchte nämlich offen aussprechen: Was wir heute hier auf diesem Gebiet versäumen, machen später die anderen für uns. Ich möchte daher dringend bitten, daß wir nach den Erfahrungen, die wir in den Wahlversammlungen gemacht haben, diese Dinge doch viel stärker als bisher beachten. Es wäre wirklich leicht möglich, ohne daß wir deswegen besondere Opfer bringen, heute die Finanzpolitik auf die Sozialpolitik abzustimmen.

Adenauer: Herr Oberländer hat vollkommen recht. Wenn unsere Finanzpolitik elastischer wäre und wenn wir 500 Millionen für verschiedene Dinge ausgäben, dann täten wir für die Wahlen Gott weiß was. Dadurch aber, daß wir es nicht tun – wir haben dann allerdings 500 Millionen im Sack, d.h. im Juliusturm –, wird allgemeines Ärgernis erregt, wodurch uns die Wahl außerordentlich erschwert wird. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Ich wiederhole: Herr Oberländer hat vollkommen recht.

Bach: Auch ich möchte das, was Herr Oberländer gesagt hat, unterstützen. Wer den Wahlkampf in den letzten Wochen mitgemacht hat, wird mit mir darin übereinstimmen, daß uns mit Recht der Vorwurf gemacht wird, wir hätten im letzten Jahre keine richtige Führung mehr gehabt; denn wir haben so viel Meinungen von unseren verantwortlichen Männern gehört, daß wir nicht mehr wußten, welche eigentlich zuständig ist. Und das haben wir draußen in den Wahlversammlungen vertreten müssen! Ein Beispiel: Wir haben ab 1. Oktober eine Steuervergünstigung mit 3,2 Milliarden. Hätten wir sie am 1. September bekommen, dann wären die Wahlen anders ausgefallen. Jetzt heißt es nämlich: Das hat die SPD gemacht, sie hat so lange gebohrt, bis die Regierung hat nachgeben müssen. Hätten wir es am 1. September gemacht, dann wäre es für uns ein ausgezeichnete Wahlerfolg geworden.

Ich möchte auch darum bitten, daß das Rentengesetz – wie es der Herr Bundeskanzler gesagt hat – nun wirklich am 1. Januar abgeschlossen wird. Wenn es nicht zum Zuge kommt, haben wir die Wahl verloren. Wir können auf das Rentengesetz bei der jetzigen Stimmung nicht verzichten. Früher haben mindesten 60 bis 70 % der Rentner die CDU gewählt, aber jetzt bei den Kommunalwahlen haben mindestens 60 % SPD gewählt. Sie haben gesagt, die CDU hat ihr Versprechen nicht eingelöst. Nun können wir mit Menschen- und mit Engelszungen reden; wenn wir kein vernünftiges Rentengesetz schaffen, hilft uns das alles nichts mehr.

Zur Wehrpolitik! Mein Freund Blank hat vor 14 Tagen in Siegen gesprochen und einen großen Beifall gehabt, weil er gesagt hat, das ist nötig und das nicht. Hätten wir von Anfang an diese klare Sprache geführt und nicht immer wieder versucht, der SPD Konzessionen zu machen, auch hinsichtlich der Kriegsdienstverweigerer usw., dann hätten wir ein ganz anderes Gesicht bekommen und den Wahlkampf besser überstanden. Gerade diese Wehrpolitik hat uns eine Menge Stimmen der Frauen und

²⁹ Das Gesetz vom 6. August 1955 (BGBl I S.498) sollte gemäß BT-Drs. 2092 vom 9. Februar 1956 (Einstellung von 25 Millionen DM für Beihilfemaßnahmen nach dem Häftlingshilfegesetz in den Bundeshaushaltsplan für 1956) geändert werden.

auch der Jugendlichen gekostet, weil wir nicht klar genug gesagt haben, daß sie nur die Wahl haben zwischen deutschen oder russischen Soldaten. So aber sind sie des naiven Glaubens: Die CDU will Soldaten machen, und die SPD befreit uns von diesen Soldaten. Sorgen Sie bitte dafür, Herr Bundeskanzler, daß die Bundestagsfraktion eine klare Auffassung in dieser Hinsicht hat und daß die Sozialreform möglichst schnell verabschiedet wird, sonst ist der Wahlkampf nicht zu gewinnen.

Seidel: Meine Damen und Herren! Es ist hier einige Kritik an der CSU geübt worden. Ich möchte dazu ein paar Bemerkungen mit der dem Gast gebotenen Zurückhaltung und Höflichkeit zu dieser Kritik machen. Zunächst eine grundsätzliche Bemerkung! Die CSU ist aus einer Reihe von sehr wichtigen Gründen eine selbständige Landespartei. Seien Sie davon überzeugt, diese Selbständigkeit ist notwendigerweise aus den bayerischen Verhältnissen heraus gegeben. Wer etwas anderes glaubt, kennt nicht die Situation in unserem Lande. Ich habe den Eindruck, daß die Politik des verehrten Herrn Bundeskanzlers und damit auch der Bundesregierung in keinem anderen Land so energisch und systematisch vertreten wird wie in Bayern. Ich darf Sie in aller Bescheidenheit daran erinnern, daß wir am 18. März dieses Jahres, und zwar im Tiefpunkt der Abwartungspolitik, die man z.Z. in Deutschland gegen unsere Politik betreibt, gewählt haben. Wir haben in Bayern genau das gegenteilige Ergebnis gegenüber den jetzigen Kommunalwahlen in den anderen Ländern erzielt. Wir haben eine Mehrung um 8 %, die SPD eine solche um 3 % erzielt, also genau das umgekehrte Ergebnis, wie es jetzt hier festzustellen ist.³⁰ Ich mache daraus keinen Vorwurf. Sie haben jetzt gerade Kommunalwahlen hinter sich. Ich spüre aber nicht, daß in der übrigen Bundesrepublik die Gelegenheit, die die Vorgänge in Ungarn bieten, entsprechend politisch ausgenutzt wird. Ich habe jeden einzelnen meiner Parteifreunde in der Fraktion verpflichtet, in seinem Wahlkreis jetzt Versammlung um Versammlung abzuhalten. Diese Versammlungen finden einen ungeheuren Widerhall bei der Bevölkerung. Sie finden einen solchen Widerhall, daß wir gelegentlich Säle auswechseln müssen, weil sie sich als zu klein erweisen. Ich spüre aber nicht, daß das in der übrigen Bundesrepublik in gleichem Maße der Fall ist.

Herr Blank hat eben eine Erklärung abgegeben, zu der ich nur zwei Sätze sagen möchte. Ich habe mich sehr lange Zeit Herrn Blank freundschaftlich verbunden gefühlt und an seiner Arbeit einen sehr starken und intensiven Anteil genommen. Ich habe sie bei allen Gelegenheiten unterstützt. Von einem gewissen Zeitpunkt an habe ich erkannt, daß die sachlichen Voraussetzungen in der Arbeit des Bundesverteidigungsministeriums geändert werden mußten. Es ist jetzt nicht der Ort, das im einzelnen auszubreiten. Verlassen Sie sich darauf, es war notwendig. Unser Freund

30 In NW gewann die CDU 2,3 %, die SPD 8 % gegenüber der Kommunalwahl von 1952; in Hessen CDU 3,4 %, SPD 8,9 %; in Niedersachsen CDU 8,1 %, SPD 6,4 % (jeweils am 28. Oktober); in Rheinland-Pfalz (am 11. November 1956) CDU 2,2 %, SPD 6,1 % (AdG 1956 S. 6059, 6095); in Baden-Württemberg (am 11. November 1956) CDU minus 1,1 %, SPD 7,2 % (EBD. S. 6118).

Blank konnte nicht mehr ansprechen draußen; er hat vor allen Dingen nicht mehr die Jugend angesprochen. Es war notwendig – das ist jedenfalls unsere Erfahrung, die wir in Bayern gemacht haben –, (*Zurufe*: Bei uns nicht!) daß etwas geschah. Ich rufe den Herrn Bundeskanzler zum Zeugen dafür auf, daß die CSU nicht verlangt hat, daß Herr Blank aus seinem Amt entfernt würde. Wir haben lediglich eine Aktivierung des Bundesverteidigungsrates verlangt. Ich will das hier in diesem Kreise ausdrücklich feststellen. Nicht wir sind es gewesen, die einen Wechsel in der Spitze des Bundesverteidigungsministeriums gefordert haben.

Herr Blank hat einen Brief erwähnt, den er mir wegen einer anderen Äußerung früher geschrieben hat. Wir haben uns hinterher persönlich getroffen, und ich habe ihm gesagt, er solle das nicht so tragisch nehmen, ich wäre der Meinung, der Fall sei erledigt. Er hat mir keinen zweiten Brief geschrieben. Ich gebe zu, daß ich auch keinen geschrieben habe; denn die Äußerung, die ich damals in einer Pressekonferenz gemacht habe, war in dem Zusammenhang, in dem sie fiel, durchaus legitimiert; es war keine lieblose Attacke gegen einen Menschen, dem ich eine sehr große Wertschätzung entgegengebracht habe und heute noch entgegenbringe.

Zur Sache! Der Herr Bundeskanzler hat vollkommen recht. Wir müssen die Rentenreform bis zum 1. Januar unter allen Umständen herausbringen! Wenn vorhin davon gesprochen worden ist, daß wir eine elastischere Finanzpolitik bräuchten, so richtet sich dieser Vorwurf gegen meinen Parteifreund Schäffer. Ich gebe Ihnen zu, daß die Finanzpolitik elastischer sein müßte, aber die Finanzminister sind in der ganzen Welt gleich, (*Adenauer*: Nein, das sind sie nicht!) auch wenn sie nicht von Bayern kommen. Zunächst einmal sagt ein Finanzminister nein, und es dauert sehr lange, bis man es zu einem Ja bringt. Und dann ist meistens die Chance vorbei und nunmehr die Möglichkeit gegeben, daß sich die Opposition des Erfolges rühmt. Also, wir werden die Finanzminister nicht ändern können, aber wir können durch eine entsprechende Koordinierung eine elastischere Finanzpolitik, Verteidigungspolitik und Wirtschaftspolitik herbeiführen. Und das ist das Anliegen, das die CSU dem Herrn Bundeskanzler sehr eindringlich vorgetragen hat. Ich bin der Meinung, daß diese Frage heute noch nicht genügend geklärt ist. Wir werden aber, wenn wir in den Wahlkampf mit vernünftigen Parolen hineingehen wollen, uns dazu durchringen müssen, daß innerhalb des Kabinetts eine Sprachregelung erfolgt und daß sie darüber hinaus auch in der Praxis des Kabinetts einheitlich zum Ausdruck kommt, damit uns nicht mehr draußen die Schwierigkeiten begegnen, die wir in der letzten Zeit erlebt haben, wenn wir diese Politik gegenüber der Bevölkerung vertreten haben. Mein Parteifreund Strauß hat gesagt: Wir haben eine sehr gute Politik gemacht, aber wir haben diese Politik schlecht verkauft. Sie haben in der übrigen Bundesrepublik sehr viel günstigere Presseverhältnisse als wir in Bayern. (*Widerspruch und Zuruf*: Na! Na!) Sie haben eine Reihe von Parteizeitungen. Immerhin konzentrieren sich die Bemühungen des Bundespresse- und Informationsamtes nicht etwa auf bayerische Zeitungen. Ich verlange das auch nicht, aber wir haben in Bayern, abgesehen von drei kleinen Provinzblättern, a priori eine feindselige Presse, (*von Hassel*: Wir auch!) mit

Ausnahme von Herrn Kur³¹, der allerdings die Außenpolitik in einer sehr energischen und glücklichen Weise vertritt. Es ist aber trotz allem möglich, diese gute Politik verhältnismäßig gut zu verkaufen. Dazu gehören aber keine platonischen Erklärungen, sondern da muß jeder einzelne von uns heraus in die Bevölkerung und Versammlungen abhalten. Es muß jede Möglichkeit genutzt werden, wo man die Öffentlichkeit ansprechen kann. Ich persönlich habe nicht den Eindruck, daß das überall geschieht.

Die Kritik an der CSU, sofern sie keine anderen Inhalte und Gestaltungen bekommen hat, wie ich es heute gehört habe, empfinde ich beinahe als überflüssig. Seien Sie davon überzeugt, so wie es versucht worden ist mit dem Freiwilligen-Gesetz, mit der ganzen Wehrpolitik – das war nicht der richtige Weg. Es mußte etwas anderes her, damit wir aus diesem Circulus vitiosus herauskamen und die Gesetze überhaupt einmal über die Bühne gebracht werden konnten. Wenn da einige meiner Parteifreunde aus dem Zwang der Verhältnisse heraus ein profiliertes Gesicht gezeigt haben, dann war das letztlich für die Sache doch günstig. Sie können ruhig die CSU kritisieren. Ich höre mir das gerne an, wenn es berechtigt ist. Wir sind entschlossen, mit aller Kraft, die uns zur Verfügung steht, in Bayern einen Wahlkampf zu führen, der uns auch das entsprechende Ergebnis bringen wird. Wenn das überall der Fall ist, bin ich nicht pessimistisch, sondern ich bin sicher, daß wir sehr gut abschneiden werden.

Adenauer: Herr Kollege Seidel ist unser Gast. Er hat verschiedene Punkte von größter Bedeutung angeschnitten. Deswegen erlauben Sie mir, ihm kurz zu antworten. Zunächst einmal glaube ich, daß bei den bayerischen Verhältnissen die CSU eine eigene Partei bilden muß. Aber wir sind doch Schwesterparteien und in einer Fraktion zusammen, in der Bundestagsfraktion. Ich meine, die berechtigte Selbständigkeit der CSU darf in der gemeinsamen Arbeit nicht zu sehr betont werden. Ich bin auch davon überzeugt, daß Herr Seidel das nicht will.

Herr Seidel hat davon gesprochen, daß die CSU nicht den Rücktritt des Herrn Blank verlangt habe. Das ist richtig, und ich halte mich – damit hier kein Mißverständnis entsteht – für verpflichtet, mit Ihrer Zustimmung, Herr Seidel, Ihnen Kenntnis zu geben von der Verhandlung, die wir Anfang Juli bei mir gehabt haben. Dort war eine Verhandlung mit den Herren Seidel, Strauß, Stücklen und Wacher. Dabei wurde allerdings lebhaft Kritik am Verteidigungsministerium geäußert, zum Teil sehr lebhaft Kritik. Meine Damen und Herren! Sie wissen, daß ich auch manchmal etwas heftig reagiere. Ich habe damals dem Herrn Seidel gesagt, es ist gut, dann bin ich bereit, den Herrn Blank zu bitten zu verzichten, und dann soll Herr Strauß – der anwesend war – Verteidigungsminister werden, dann wird er sehen, in welcher kurzen Zeit er abgewirtschaftet hat. Darauf hat Herr Seidel erklärt, bitte tun Sie das nicht. Also, das

31 Vermutlich gemeint Walter von Cube (1906–1984), nach 1947 „Neue Zeitung“, 1954–1972 stv. Intendant und 1960–1972 Programmdirektor des Bayerischen Rundfunks. – In der als „linksstehend“ charakterisierten „Frankenpost“ vertrat der Chefredakteur Fritz Poppenberger „besonders außenpolitisch die Linie der Koalition sehr betont und sehr geschickt“ (Wacher an Globke vom 14. Februar 1957 in ACDP VII-002-AO 280).

ist richtig, ich muß das Herrn Seidel bestätigen. Herr Seidel hat niemals, weder direkt noch indirekt, namens der CSU gewünscht, daß dieser Wechsel stattfindet. Ich bekenne hier, meine Damen und Herren, daß ich mich nach langen Kämpfen – weil ich mich sehr ungern von Herrn Blank getrennt habe – zu dem Entschluß durchgerungen habe, dem Bundespräsidenten diesen Wechsel vorzuschlagen.

Nun lassen Sie mich eins vorwegnehmen, weil jetzt die Herren vom Bundesrat hier sind. Es war eben die Rede von der Rentenreform. Der Herr Sieveking, der Vorsitzende des Bundesrates – er kann noch nicht hier sein –, hat vor einiger Zeit an die Bundesregierung einen Brief geschrieben³², der Bundesrat würde höchstwahrscheinlich den Vermittlungsausschuß wegen der Rentenreformgesetzgebung anrufen. Ich muß Ihnen sagen, wenn unsere Freunde im Bundesrat dafür stimmen, den Vermittlungsausschuß in dieser Sache anzurufen, dann sind es alles andere, aber keine Politiker. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Wir müssen in diesem Falle wirklich von den Herren verlangen, doch die gesamte innenpolitische Lage zu würdigen, vor allem an die ungeheure Schwierigkeit zu denken, die Koalition in dieser Sache unter ein Dach zu bringen. Wir müssen sie bitten, ihre Finger von diesem heißen Eisen zu lassen. Ich habe Herrn Krone gebeten, er möchte – unbeschadet dieses Schreibens – dafür sorgen, daß unsere Bundestagsfraktion die Sache verabschiedet, und dann hat der Bundesrat die Verantwortung vor dem gesamten deutschen Volk, wenn er in einer solchen Sache den Vermittlungsausschuß anruft.

Sie haben, Herr Seidel, erheblich weniger Möglichkeiten in Bayern, mit der Presse zu arbeiten, als wir. Schade, daß Herr Heck nicht da ist. Wir haben am Samstag vergangener Woche die Generalversammlung der Union-Presse gehabt, die sehr zahlreich besucht war.³³ Es waren nach meiner Schätzung mindestens 200 Herren da. Wir haben dort – wie mir scheint – berechnete Klagen in der Union-Presse gehört. Wir haben auch unsere Klagen vorgebracht. Ich spreche jetzt im Namen der Partei. Wir haben auch berechnete Klagen von der Union-Presse gehört, daß sie von der Parteileitung, insbesondere von der Bundesgeschäftsstelle, viel zu wenig mit Material versorgt werde. Ich werde das Herrn Heck noch besonders sagen. Die Klagen waren dort ganz allgemein; ich glaube, sie waren zum größten Teil berechnete.

Nun, verehrter Herr Seidel, komme ich auf die Seite Ihres Passivsaldo hier. Ich bitte Sie, das richtig zu verstehen. Die Klagen, die hier laut geworden sind, haben sich nicht gegen Ihre Partei, die CSU, gerichtet; hier hat sich kein Mensch gegen die CSU als solche oder auch nur gegen den größten Teil der CSU gewendet. Aber es läßt sich nicht verkennen, lieber Herr Seidel, daß gerade bei der Militärgesetzgebung Herren aus der CSU eine so überragende Rolle gespielt haben, daß der Gipfel des Perfektionismus immer höher und die Sorge, daß um Gottes willen dieses Militär nur ja nicht irgendeine Bedeutung gewinne, immer größer wurde, so daß dadurch die Sache ganz bestimmt Schaden gelitten hat. Ich hoffe, daß das jetzt vorüber ist.

32 Nicht ermittelt.

33 Am 17. November 1956 in Bad Godesberg. – Bericht in UiD vom 22. November 1956.

Sie sagen, alle Finanzminister seien gleich. Das ist nicht richtig. Das kann ich unter keinen Umständen zugeben, verehrter Herr Seidel. Ich möchte noch hinzufügen, daß derselbe Finanzminister im Jahre 1956 ein ganz anderer ist, als er im Jahre 1952 oder 1953 war. Die Menschen ändern sich auch im Laufe der Zeit, und ich muß Ihnen – es ist schade, daß Herr Schäffer nicht hier ist, ich würde es in seiner Gegenwart genauso sagen – erklären, daß sich der Herr Kollege Schäffer nicht als politischer Minister fühlt. Ich bin der Meinung, daß der Finanzminister zwar auf die Finanzen sehen muß, aber daß er auch gleichzeitig ein politischer Minister ist und auch politische Notwendigkeiten einsehen muß. Ich sprach gestern abend noch mit einigen Herren darüber und dachte an das Andersen-Märchen³⁴, wo ein großer Hund, mit Augen so groß wie ein Teller, auf einer Geldtruhe sitzt und das Geld bewacht und kein Mensch es wagt, an ihn heranzukommen. So etwas gibt es auch noch heutzutage. (*Heiterkeit.*) Wenn Sie, verehrter Herr Seidel, von Ihren Versammlungen wegen Ungarn gesprochen haben, so muß ich Ihnen gestehen, daß wir innerhalb des Gebietes der CDU bisher in dieser Richtung zu wenig getan haben. Herr Lemmer ist hier; er war gestern zum ersten Male in einer Kabinettsitzung. Wenn ich an das Trauerspiel denke, das wir gestern wieder mit dem Bundesfinanzminister gehabt haben, damit wir in die Lage versetzt werden, diese Ungarn aufzunehmen, dann muß ich Ihnen sagen, das verrät weder ein soziales Empfinden noch ein politisches Gefühl.³⁵ Und diese Art, die schlägt sich auch zum Nachteil des Bundes aus, verehrter Herr Seidel! Die Länder – unsere damaligen Ministerpräsidenten waren dabei – haben im vorletzten Sommer in meiner Gegenwart dem Herrn Bundesfinanzminister einen Prozentsatz an der Einkommensteuer angeboten, aber Herr Schäffer hat ihn abgelehnt. Er hat sich ein halbes Jahr später damit einverstanden erklärt, einen viel geringeren Prozentsatz anzunehmen. Hätte er das damals angenommen, dann hätten wir im vergangenen Jahr – ich spreche jetzt vom Bund aus – über 600 Millionen mehr Einnahmen gehabt! (*Zurufe: Hört! Hört!*) Und durch das Abkommen von damals, das für zwei Jahre gelten sollte, würden wir in diesem Jahre auch über 600 Millionen mehr Einnahmen haben, so daß also die Haltung des Herrn Bundesfinanzministers gegenüber den Ländern nicht nur bei den Ländern eine große Verstimmung ausgelöst hat, die sich erst nachträglich in Freude verwandelte, sondern sie hat den Bund über 1.200 Millionen gekostet. Hätten wir die 1.200 Millionen jetzt hier, was könnten wir damit im Interesse der Regierungskoalition leisten! (*Müller: Wir können sie auch richtig verwenden!*) Sie neigen auch dazu, etwas auf die hohe Kante zu legen! Sparsamkeit ist eine Tugend, das erkenne ich ohne weiteres an, und ein Finanzminister muß hart sein, aber ein Finanzminister muß auch ein politischer Mensch sein. Und in einem Wahljahr muß man daran denken, was mit den Finanzen passiert. Wenn wir

34 Hans Christian Andersen: Das Feuerzeug.

35 Allein nach Österreich waren über 60.000 Ungarn geflohen; in der Kabinettsitzung wurde die ursprüngliche Aufnahmebegrenzung auf 3.000 aufgehoben („Die Welt“ vom 23. November 1956).

die Wahlen verlieren, dann sind doch die ganzen Finanzen im Handumdrehen zum Teufel. Deswegen erfüllt man seine Aufgabe als Bundesfinanzminister nach meiner Meinung in einem solchen Jahr besser, wenn man etwas politisch bei der ganzen Sache denkt und handelt. Ich stimme Herrn Oberländer vollkommen zu, es gehören nur einige hundert Millionen dazu, um die ganze Mißstimmung, die sich wirklich gegen unsere Partei als die verantwortliche Regierungspartei angesammelt hat, zu beseitigen. (*Lebhafte Zurufe*: Sehr richtig!) Ich hätte gerne dieses Thema mit Ihnen allein besprochen, aber es ist eben zur Sprache gekommen, so daß ich jetzt dazu Stellung nehmen muß. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, Herr Seidel, wenn Sie den Herren in der CSU, insbesondere dem Herrn Bundesfinanzminister, das politische Denken empfehlen würden; denn so, wie es gestern gewesen ist – vielleicht wird Ihnen Herr Lemmer bei Tisch darüber eine Schilderung geben –, ist es einfach unerträglich. Das kann man nicht mehr mitmachen. Wenn z.B. vom Bundesfinanzminister verlangt wird, daß wir die ganzen Luftschutzmaßnahmen den Ländern übertragen sollen, dann habe ich dafür kein Verständnis. Man stelle sich das vor in einem Zeitalter wie dem unsrigen, wir müßten dann den Ländern Zuschüsse geben, während sonst umgekehrt die Länder zu unseren Kosten beitragen müssen. Der Luftschutz gehört ebenso wie die Verteidigung in die Hand des Bundes, weil er nach einheitlichen Gesichtspunkten geplant werden muß und nicht etwa Hamburg oder Rheinland-Pfalz oder sonst ein Land seine eigenen Luftschutzmaßnahmen treffen kann. Das alles hat mich gestern tief erschüttert. Das sage ich Ihnen offen. Andere Dinge will ich Ihnen gar nicht erzählen. Ich habe Herrn Lemmers Gesicht dann und wann beobachtet und Trost geschöpft aus seinem jeweiligen Gesichtsausdruck. Es hat mir wohlgetan, daß ich diese Kritik in seinem Gesicht gelesen habe.

Aber nun müssen wir zurückkommen zur Generaldebatte. In der Zwischenzeit sind die Herren vom Bundesrat eingetroffen. Wir sollten vor einer Pause die große Debatte über den Vortrag, den ich gehalten habe, abschließen. Sonst kommen wir nicht durch.

Weber: Ich begrüße es sehr, daß Sie von Europa gesprochen haben. Wir waren im Oktober im Europarat und in der Westeuropäischen Union in Straßburg und haben dort gesehen, wie lahm diese ganze Bewegung ist. Es müßte aus der Bundestagsfraktion irgendeine Aktivität erwachsen, d.h., irgendein Ansatz gegeben werden zu einer politischen Einigung Europas.

Man verweist auf die Pariser Verträge und sagt, ein solcher Ansatz sei nicht vorhanden. Ich bin aber der Meinung, wenn die Mitglieder der Staaten, die für Europa sind, sich von Zeit zu Zeit träfen und guten Willen hätten, müßte doch ein solcher Ansatzpunkt endlich gefunden werden. Es ist gleichgültig, wo die Grundlage für Europa geschaffen wird, aber jedenfalls muß eine Grundlage geschaffen werden.

Wir müssen in unserer Partei den Gedanken für Europa so verwurzeln, daß allmählich eine Volksbewegung daraus entsteht. Das Volk muß direkt danach verlangen, und dann werden auch die führenden Männer dazu getrieben. Wenn sich Europa nicht einigt, dann geraten wir alle in eine verhängnisvolle Situation.

Adenauer: Wir wollen dafür die Westeuropäische Union nehmen, Frau Weber, weil England Mitglied der Westeuropäischen Union ist und weil wir ohne Großbritannien kein Europa bekommen. Aber die größten Schwierigkeiten haben wir innerhalb unseres Kabinetts!³⁶ (*Weber:* Was ist das denn für ein Kabinett!) Das sage ich mir auch manchmal, und dann sehe ich den Herrn Lemmer an, dann weiß ich Bescheid. (*Heiterkeit.*)

Nehmen Sie die Frage des Gemeinsamen Marktes! Seit 16 Monaten wird darüber verhandelt. Nehmen Sie die Frage EURATOM, auch seit 16 Monaten Verhandlungen! Wenn dann ein maßgebender Minister – der Name tut nichts zur Sache – seine Zustimmung gegeben hat, und ich gehe nach Paris zu Herrn Mollet, und wir einigen uns, und dann derselbe Minister nachher vor der Presse erklärt, na, warten wir mal ab, so weit sind wir noch nicht, dann muß ich sagen, da fehlt es wirklich am politischen Gefühl. (*Weber:* Sie können doch den Minister zurechtweisen!) Frau Weber, es führt zu weit, darauf näher einzugehen, aber die Rechte des Bundeskanzlers sind viel geringer, als Sie wissen und glauben. (*Widerspruch.*) Nein, meine Damen und Herren, ich bin z.B. nicht in der Lage, einem Bundesminister zu sagen, bitte beurlaube den und den Herrn, weil er aus den und den Gründen ungeeignet ist. Dann sagt mir der Bundesminister: Nein. Und das ist mir auch geschehen.

Lemmer: Ein Gedanke, der wesentlich ist und der sich auf meine physiognomische Reaktion in der gestrigen Kabinettsitzung bezieht! Ich habe den Eindruck, wir sind uns in diesem Lande nicht ganz bewußt, was sich in diesen Tagen und Wochen in der Welt abspielt. Infolgedessen bekümmert es einen immer wieder – wozu wir Deutschen wohl neigen –, die partikuläre Enge zu beobachten, mit der diese oder jene Frage behandelt wird. Ich meine, daß unsere Partei in ihrer Haltung und Wirkung nach draußen viel mehr, als das in diesen Wochen geschehen ist, die Bevölkerung ansprechen muß, welche Schlüsse aus dem tragischen Geschehen in Ungarn zu ziehen sind. Gerade hier muß mehr geschehen; denn die SPD versucht, mit ihrer Falschmünzerei ein Gegengewicht zu schaffen. Wir bringen viel zuwenig zum Ausdruck, daß das Vorgehen in Ungarn eine erschütternde Bestätigung unserer Politik ist, (*Zurufe:* Sehr richtig!) wie wir sie nicht in diesem Ausmaß erwartet haben. Es hat sich wieder einmal herausgestellt, daß die Völker, die in einer gefährdeten geographischen Lage sind – und das sind wir Deutschen weiß Gott –, ihre primitive Sicherheit, die jedes souveräne Volk auf dieser Erde für sich in Anspruch nimmt, fundieren müssen. Unter diesem Gesichtspunkt haben wir unsere Wehrpolitik und was damit zusammenhängt viel zuwenig an unser Volk herangetragen.

Ich bin sicher, Herr Bundeskanzler – und Heinrich Krone wird mir das bestätigen –, wenn wir jetzt in Berlin Wahlen hätten, dann hätten wir aus einer Reihe von Gründen gute Chancen, gleich stark mit der SPD abzuschneiden. Es ist unwahrschein-

36 Vgl. ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 252–274; Hanns Jürgen KÜSTERS: Adenauers Europapolitik in der Gründungsphase der EWG. In: VfZ 31 (1983) S. 646–673, hier S. 665; KOERFER S. 128–146.

lich, aber es ist wahr. Wir würden mit der SPD gleichziehen, ja womöglich würde der Erdrutsch noch gewaltiger sein. Und warum? Weil die Berliner viel tiefer reagieren auf die Ereignisse in Ungarn als die Menschen am Rhein und an der Isar oder wo es sonst sein mag.

Wir haben diese dramatische Kundgebung am 5. November³⁷ gehabt, über die sich manches sagen ließe. Ich will mich nur auf eines beschränken: Bei dem Ausbruch der Massenerregung war nicht die Jugend tonangebend gewesen – wie hier und da behauptet wurde, um sie herabzusetzen –, sondern es waren die Arbeiter von Siemens und AEG; die waren erregt und riefen Neumann³⁸ zu. Mir tut Herr Neumann leid, weil man in der Berliner und Bonner SPD so tut, als ob es ein Fiasko von Neumann wäre. Es ist ein Fiasko der Bonner CDU gewesen, das man auf den unduldsamsten Mann in Berlin abzuwälzen versucht. Bei dieser Erregung kam zum Ausdruck: Was erzählt ihr uns hier? Warum haben wir keine Panzer und keine Düsenjäger? Das riefen die Leute in ihrer Erregung. Es war einer der schwersten politischen Augenblicke meines Lebens – das darf ich bemerken –, als ich diesem Sturm von annähernd 150.000 Menschen in dieser hektischen Erregung entgegentreten mußte, um sie in die Hand zu bekommen und um zu verhindern, daß an diesem Abend nicht alle Berliner so werden würden. Wir waren tatsächlich nahe an dieser akuten Gefahr. Ich erwähne das deshalb, weil in der westdeutschen Bevölkerung durch eine gegnerische Propaganda und Hypnose der Eindruck erweckt wird, unsere Politik bedeute Krieg, während wir dagegen viel zuwenig herausarbeiten, daß gerade nach den Vorgängen in Ungarn unsere Politik Sicherheit und Frieden bedeutet, die nur auf dem Boden unserer Grundsätze möglich sind.

Nur dies wollte ich hier ausgesprochen haben, weil ich glaube, daß diese Erschütterung, die von Ungarn ausgeht, in unserer Bevölkerung irgendwie etwas aufgelockert hat, das wir erfassen müssen, um es nicht dem Gegner und seiner Demagogie zu überlassen. (*Lebhafter Beifall.*)

Kiesinger: Es tut mir leid, daß ich etwas später gekommen bin, aber es war nicht die Folge einer Herzattacke, sondern ich bin gerüstet. (*Adenauer:* Es ist gesagt worden, aber ich freue mich darüber, daß Sie hier sind.) Ich möchte etwas über die Widerstände im Kabinett und über den Europarat sagen. Meine Arbeit leidet seit langem darunter, daß die europäischen Freunde, mit denen wir ehrlich zusammenarbeiten können, mir einfach nicht mehr abnehmen, daß auf unserer Seite ein klarer und einheitlicher Wille für Europa vorhanden sei. Wir dürfen dieses Problem nicht nur dem Herrn Bundeskanzler überlassen, sondern wir müssen uns von der Partei und der Fraktion viel entschiedener darum bemühen, diesen Willen herzustellen. Wir wissen, daß ein

37 Nach einer Massendemonstration in West-Berlin marschierte eine erregte Menge an die Sektorengrenze, wo es zu Auseinandersetzungen mit der West-Berliner Polizei kam (vgl. „Die Welt“ vom 6. November 1956).

38 In der Vorlage: Naumann. – Franz Neumann (1904–1974), 1946–1958 Vorsitzender der Berliner SPD, 1949–1969 MdB. – Schilderung der Ereignisse bei LEMMER S. 376f.

Teil der sogenannten deutschen Wirtschaft hinter diesem Willen steht. Das ist ein anonymen Begriff. Wenn man genau zusieht – und ich habe mich in der letzten Zeit mit einer Reihe von Persönlichkeiten darüber unterhalten –, löst sich dieser Begriff auf, und es erscheinen einige, ich hätte beinahe gesagt Funktionäre, vielleicht sogar nur ganz wenige. Ich will sagen, es erscheinen einige Persönlichkeiten, die sich festgefahren haben in einem unseligen partikularistischen Denken, wie es Freund Lemmer eben gegeißelt hat. Aber wir haben das nun seit Jahr und Tag gesehen. Wir haben auch einige Kabinettsmitglieder und vielleicht auch sonst einige Mitglieder der CDU gewähren lassen, in Sabotage dies anzustreben. (*Zurufe: Hört! Hört!*) Der Herr Bundeskanzler weiß, daß ich dagegen angegangen bin und versucht habe, insbesondere bei unseren Entscheidungen, die wir im Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa³⁹ trafen, auf den Ernst der Situation hinzuweisen. Und was passiert? Es passiert, daß Ollenhauer und Wehner in diesem Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa sitzen, das sich immerhin zusammensetzt aus den führenden Persönlichkeiten der europäischen Staaten; sehr häufig sind es die Parteiführer selbst, die immer erscheinen, und die Führer der Gewerkschaften. Die Sozialdemokraten übernehmen dort nun unsere europäische Tradition⁴⁰, sie sind, nachdem sie – wie es Erler im Bundestag einmal ausdrückte – gegen Europa geknausert haben und diese unangenehmen Militärfragen nicht mehr im Vordergrund stehen, plötzlich vorzügliche Europäer geworden! Und wenn wir noch ein wenig länger zusehen, werden wir es erleben, daß dieselbe Partei, die seit dem Petersberger Abkommen jede Anstrengung für Europa, die wir gemacht haben, mit den törichtesten und unverschämtesten Argumenten bekämpfte, nun mit der Parole „Für ein vereinigtes Europa“ in den Wahlkampf zieht. (*Bewegung.*) Es kommt hinzu auch der Fleiß – das muß ich anerkennen –, den eine ganze Reihe von Sozialdemokraten, die auf europäischem Felde tätig werden, in diese Angelegenheit hineinstecken. Sie haben auch ein gutes publizistisches Geschick, mit dem sie ihre Arbeit zu vertreten wissen. Und sie finden auch Unterstützung bei einem Teil der Presse.

Wir sollten in diesen letzten Monaten vor der Wahl alles das, was wir erfolgreich gemacht haben in den letzten Jahren, mit neuer Zuversicht und neuer Kraft aufnehmen. Darauf wartet das Volk, auf gar nichts anderes. Wir haben jetzt aber Fehler gemacht und sind zum Teil unsicher geworden. Wir haben – ich stimme Ihnen zu, Herr Bundeskanzler – einen falschen Perfektionismus getrieben und dabei gar nicht gesehen, daß die Sozialdemokratie das alles benutzt hat, um uns von der geraden Linie abzubringen und uns die Stoßkraft zu nehmen. Deshalb warne ich alle diejenigen, die heute draußen von Plänen einer Verbindung der CDU mit der SPD nach den Wahlen sprechen. Wir könnten wirklich nichts Dümmeres tun, als jetzt davon zu sprechen.

39 Von Jean Monnet 1955 gegründet, existierte bis 1975 (vgl. Jean MONNET: Erinnerungen eines Europäers. München 1978).

40 Ollenhauer trat 1955 bei (zur europapolitischen Schwenkung der SPD vgl. KLOTZBACH S. 366–368).

(Zustimmung.) Wir würden entscheidend geschwächt. Ob jemals eine solche Situation kommt, wo etwas Derartiges nötig sein wird, ist eine ganz andere Frage, aber jetzt davon zu sprechen, bedeutet doch: Die CDU hat ihre Position jetzt schon aufgegeben. Das deutsche Volk will Sicherheit und Frieden; es will zugleich das Gefühl haben, daß in diesem Staate eine starke Führung vorhanden ist, auf die man sich verlassen kann.

Es ist wirklich gefährlich zu sehen, wie die SPD die jetzige Situation auszunützen weiß. Herr Ollenhauer spielt uns bereits so etwas wie der kommende Bundeskanzler vor. Die SPD tritt vor die Massen hin und unterstellt es als absolut sicher, daß nur sie bei den Wahlen siegen könne. Gerade diesem Auftreten der SPD müssen wir mit noch größerer Entschiedenheit und Überzeugungskraft entgegentreten. Aber das fängt nicht mit Worten an, sondern mit Taten. Wir müssen jetzt endlich aus dieser zum Teil aus einer mangelnden politischen Begabung – ich kann es nicht anders ausdrücken – herrührenden Uneinigkeit von Leuten, die nicht sehen wollen, worum es eigentlich geht, heraus! Wir dürfen das auch nicht mehr allein dem Herrn Bundeskanzler überlassen, sondern wir müssen von der Partei und von der Fraktion her alles tun, damit in der Verfolgung unserer Ziele keine Schwächung mehr eintritt. Und wer uns daran zu hindern oder zu stören versucht, der soll uns verlassen! (Lebhafter Beifall.) Wir würden nämlich dann erleben – wenn uns das passieren sollte –, welche Schlagkraft wir aus einem solchen Vorgang für die CDU herausholen könnten. (Adenauer: Auch im Bundestag!) Ja, ich sagte es schon. (Lebhafter Beifall.)

Gurk: Es scheint notwendig zu sein, auf das, was der Herr Bundeskanzler gesagt hat, kurz hinzuweisen, nämlich die erforderliche Einheit im Kabinett und in den Kreisen um das Kabinett herum endlich zu schaffen. Heute sind die Kabinettsmitglieder nicht vollständig hier zur Stelle. Es wird notwendig sein, in dem zu fassenden Beschluß darauf hinzuweisen, daß das Kabinett nach außen hin einig auftreten muß. Ich würde es sehr bedauern, wenn Herr Seidel das, was gesagt worden ist, als gegen die CSU gerichtet auffaßte. Das war nicht so gemeint, sondern es waren Ausführungen aus echter Sorge heraus, die sich an die Mitglieder des Kabinetts richten, und zwar aus den Kreisen der CDU und der CSU. Es geht nicht an, daß Kabinettsmitglieder in einer echten oder vorgetäuschten Übersteigerung der Bedeutung ihres Ressorts diese ins Heroische steigern, wobei die Grenze zwischen Heroismus und Starrsinn fließend ist. (Lächeln und Schmunzeln.)

Das sind Dinge, die uns sehr berühren, und die wirken draußen, ob wir wollen oder nicht. Sie können örtliche Propaganda machen, sie können Versammlungen abhalten, soviel sie wollen, sie können eine Presse oder einen Rundfunk haben, es gibt trotzdem ein allgemeines Volksbewußtsein, das sich ausprägt und das genährt wird von der Weltlage und von den Äußerungen, die aus Bonn kommen. Es ist schlecht, daß sich unser Kabinett auflöst in einzeln gehende große Männer. Diese großen Männer sind nur groß in einem geschlossenen Team, andernfalls sind sie störend und schädigen die allgemeine Volksstimmung. Die drei Prozent, die wir an der Volksstimmung durch örtliche Versammlungen korrigieren können, bedeuten wirklich nur sehr wenig. Das

Entscheidende geschieht von oben her. Wenn jemand etwas ändern kann, dann sind es doch die Großen in Bonn. Nun möchte ich ganz eindringlich sagen – auch an die anderen Kabinettsmitglieder, die nicht hier sind –, daß wir diesen Zwiespalt der Großen vor der Öffentlichkeit nicht mehr hören möchten. Der einzelne mag sich heldisch vorkommen vor der Öffentlichkeit; er ist es im Grunde aber nicht. Ich bitte darum, den Beschluß in diesem Sinne zu fassen, daß wir den Aufruf den Kabinettsmitgliedern durch Unterschrift zur Kenntnis bringen. Sie verstehen, was ich meine. Es ist ein großes Anliegen. Wie bisher darf es nicht mehr weitergehen. Das wird sich zwangsläufig im Wahlkampf zeigen.

Adenauer: Ich kann Herrn Gurk nicht unrecht geben. Ich muß Ihnen ehrlich sagen, eine ähnliche Rede, wie Sie sie gehalten haben, habe ich selbst mindestens viermal gehalten, aber ohne jeden Erfolg. (*Weber:* Das ist schlimm!) Sicher ist das schlimm, Frau Weber, aber was habe ich denn davon, daß das schlimm ist? Ich kann es nur ändern, indem ich die Herren bitte, ihren Hut zu nehmen und irgendwo anders hinzugehen. (*Zuruf:* Tun Sie es doch!) Das ist leicht gesagt, und es hat außerdem schlechte Wirkungen nach draußen. Das kann ich auch nicht machen. Deswegen habe ich mit Herrn Krone gesprochen, die Fraktion möchte mir helfen, wenigstens einige Herren der Fraktion möchten sich gelegentlich den einen oder anderen Bundesminister einmal energisch vorknöpfen. Darauf hören sie vielleicht mehr als auf mich. (*Weber:* Wir Frauen möchten uns auch daran beteiligen!)

Sonst keine Wortmeldungen? Dann können wir diese Frage abschließen. Ich möchte vorschlagen, daß die Herren, die wir gebeten haben, eine Verlautbarung zu fassen, diesen Beschluß trennen in einen zu veröffentlichenden und in einen nicht zu veröffentlichenden Teil, daß sie mir dann den nicht zu veröffentlichenden Teil, den wir ebenfalls hier beschließen, zu treuen Händen überlassen. (*Krone:* Auch an die Fraktion!) Auch an die Fraktion! Ich muß das ganz ehrlich sagen, der Herr Krone hat eine Sisyphusarbeit, und er tut mir von Herzen leid, wenn z.B. in der ersten Sitzung nach der Ungarn-Katastrophe nur ein Drittel der Fraktionsmitglieder anwesend ist. Weiß der Kuckuck, wo da das politische Interesse ist! Ich verstehe so etwas einfach nicht, daß nicht mehr als ein Drittel der Mitglieder anwesend gewesen ist.

Krone: Ich würde auch die Landesvorsitzenden bitten, sich um die Dinge mehr als bisher zu kümmern. Es geht nicht an, daß ein Teil der Fraktion wegbleibt. Darüber muß einmal energisch gesprochen werden. (*Von Hassel:* Wir wissen nicht, was unsere Herren hier tun!)

Zur Rentenreform! Wir haben in der Frage der Rentenreform in der Fraktion einen Weg gefunden, und zwar von unserem Arbeiterflügel Schüttler⁴¹ aus Wiesbaden bis

41 Josef Schüttler (1902–1972), 1930–1933 Geschäftsführer des Christlichen Metallarbeiterverbands Singen, Mitgründer der CDU Singen, ab 1945 Stadtverordneter, 1945–1956 Geschäftsführer der IG Metall Bodensee-Kreis, 1946–1950 Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung und MdL Baden, 1949–1961 MdB, 1960–1968 Arbeitsminister von Baden-Württemberg. – Schüttler lebte in Singen; er war Berichterstatter des Sozialpolitischen Ausschusses des Bundestages.

zu Scharnberg und Hellwig hin. Das ist ein Plus für die Fraktion. Der Kampf geht z.Z. darum, daß wir auf diesem Wege auch die Koalition dazu bekommen, die bis zur Stunde noch sehr verbissen ist. Aber die Fraktion hat hier sehr gut gearbeitet.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Wir kommen zum Punkt „Kommunalwahlen“. Dazu hat das Wort Herr Meyers.

KOMMUNALWAHLEN

Meyers: Herr Bundeskanzler! Liebe Unionsfreunde! (*Adenauer:* Einen Augenblick, Herr Meyers, ich bin auch ein Unionsfreund! – *Heiterkeit.*) Herr Bundeskanzler und übrige Unionsfreunde! Ich werde in meinem Vortrag nur die Punkte anschneiden, bei denen man befürchten kann, daß hier angesetzt werden muß. Im Lande Baden-Württemberg sind so abgleitende Bedingungen im Gegensatz zu den anderen Ländern, daß ich hier insbesondere die Herren der einzelnen Landesverbände bitten möchte, ihre ergänzenden Bemerkungen etwas darauf auszurichten, inwieweit man aus der Lage in Baden-Württemberg allgemeine Richtlinien oder Grundsätze ableiten kann. Es ist überhaupt nicht unbedenklich, aus Wahlen im kommunalen Bereich irgend etwas abzuleiten, das für die Lage der gesamten Partei und damit auch für den Wahlkampf des nächsten Jahres Geltung haben soll. Wenn wir auch davon ausgehen, daß unsere Gegner in der Hauptsache mit bundespolitischen Argumenten gekämpft haben, so ist es naturgemäß nicht im Einzelfalle ausgeschlossen, daß sich für den Wähler örtliche und unpolitische Momente darbieten, wenn er seine Entscheidung fällt. Immerhin gibt es eine Fülle von Dingen, um aus den gegebenen Verhältnissen in einem großen Teil Deutschlands die Konsequenzen zu ziehen, die wir für die Bundestagswahl als notwendig erachten. In fünf Ländern haben Wahlen stattgefunden. Das Wahlinteresse in Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Hessen war stärker als bei den Wahlen des Jahres 1952, während in Niedersachsen die Wahlbeteiligung niedriger war als bei den letzten Kommunalwahlen. Die Wahlbeteiligung der letzten Bundestagswahl⁴² wurde allerdings in keinem der Länder erreicht.

Die Wahlbeteiligung, in Prozentsätzen ausgedrückt, sieht wie folgt aus:

Baden-Württemberg	65,0 %
Niedersachsen	76,6 %
Nordrhein-Westfalen	76,6 %
Hessen	77,9 %
Rheinland-Pfalz	79,0 %

Bei dieser Wahl muß man feststellen, daß der Zug zweifellos zu den beiden großen Parteien gewesen ist. Die CDU verbesserte bei den Kommunalwahlen ihren Stimmenanteil in allen Bundesländern im Verhältnis zu den Kommunalwahlen 1952,

⁴² Um 86 %.

gegenüber den letzten Landtagswahlen verschlechterte sie ihren Stimmenanteil überall. Die Prozentsätze interessieren im Augenblick nicht. Man kann sagen, daß sie am stärksten gegenüber der letzten Kommunalwahl 1952 in Niedersachsen, am geringsten in Rheinland-Pfalz zugenommen hat. Gegenüber den letzten Landtagswahlen waren ihre Verluste in Niedersachsen am höchsten und am niedrigsten in Hessen. Das läßt die labile Situation der CDU in diesen Ländern erkennen.

Im Gegensatz zu uns verbesserten die Sozialdemokraten ihre Position gegenüber den letzten Wahlen in allen vier Bundesländern; selbst dann, wenn man den Anteil der kommunistischen Stimmen abzieht, so haben wir in allen vier Bundesländern eine Verbesserung der SPD gegenüber den letzten Kommunalwahlen und Landtagswahlen zu verzeichnen. Sie liegt am niedrigsten in Rheinland-Pfalz und am höchsten in Hessen und Niedersachsen. Die höchste Zunahme der SPD war in Nordrhein-Westfalen. Die FDP hat in allen Bundesländern verloren, am stärksten in Hessen und am wenigsten in Niedersachsen. Auch gegenüber der Landtagswahl ist sie in Hessen am stärksten zurückgegangen, in Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen geringfügiger. Der Verlust der Freien Demokraten in Hessen bedeutet, daß hier inzwischen die Gründung der Freien Volkspartei erfolgt ist. Der Freien Volkspartei ist es nicht gelungen, die von der FDP abfallenden Wähler aufzufangen. Sie sind wahrscheinlich zur Union oder zu den freien Wählervereinigungen in Hessen übergegangen, und zwar offensichtlich in der Erkenntnis, daß die Freie Volkspartei doch nicht ihre richtige politische Heimat sei. Von den kleineren Parteien, die noch eine Rolle spielen, ist hervorzuheben, daß die Deutsche Partei in Niedersachsen ihren Stimmenanteil gegenüber den Landtagswahlen und Kommunalwahlen um 2 bis 3 % verbessert hat. Das Zentrum verlor gegenüber der Kommunalwahl im Jahre 1952 1,9 %. In Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen waren die freien Wählervereinigungen völlig bedeutungslos. In den anderen Ländern spielten sie eine Rolle; am stärksten waren sie in Hessen. Hier entschieden sich bei der Kommunalwahl 13,4 % der Wähler für derartige Gruppen, 1952 waren es 12,5 %. Hier ist eine echte Wählerreserve für die politischen Wahlen vorhanden. In Rheinland-Pfalz ging der Stimmenanteil der freien Wählervereinigungen von 8,4 % im Jahre 1952 auf 6,9 % zurück.

Wenn man diesen allgemeinen Zug zu den großen Parteien sieht, dann fällt einem auf, daß in einer Reihe von Kreisen dieser Zug durchbrochen ist. Das muß irgendwelche Gründe haben. Deswegen muß man Ort für Ort untersuchen und die Gründe feststellen. Es ist z.B. erstaunlich, wenn man feststellt, daß in einigen Kreisen – z.B. in Ludwigshafen-Land – die SPD sogar bei Berücksichtigung des ihr zugefallenen KP-Stimmenanteils verloren hat. Es gibt noch einige andere Kreise. Es kann sein, daß sich noch ähnliche Ergebnisse in Neustadt an der Weinstraße ergeben. Hier hat die CDU gegenüber 1952 um 6,6 % zugenommen, während die SPD um 3,3 % abgenommen hat, so daß der Unterschied praktisch 10 % beträgt. Im Landkreis Frankenthal hat die CDU 3,4 % zugenommen, die SPD 3,7 % abgenommen; etwas geringer war es in Speyer, etwas mehr in Kirchheimbolanden und im Landkreis Zell, wieder sehr stark im Landkreis Daun, wo die Zunahme der CDU 17,2 % und die der

SPD 4,3 % betrug. In Frankenthal soll ein tüchtiger Geschäftsführer sein. In Darmstadt war es ähnlich. Dort hat Herr von Brentano eine Woche lang in seinem Wahlkreis gearbeitet.

In den Großstädten dagegen, insbesondere im Ruhrgebiet, haben wir erhebliche Rückschläge gegenüber der SPD zu verzeichnen, auch dann, wenn wir unseren absoluten Stimmenanteil verbessert haben, was in einigen Großstädten der Fall gewesen ist, so daß wir die betrübliche Feststellung machen müssen, daß keine Bastion des Ruhrgebietes mehr in unserer Hand ist. (*Lensing*: Das war ein Erdbeben!)

Wir haben nicht das erreicht, was wir im geschäftsführenden Vorstand zumindest erwartet haben; denn alle Städte, in denen wir den Oberbürgermeister stellten – Essen, Köln, Düsseldorf usw. –, sind uns verlorengegangen. Die Großstädte wie Dortmund, Bochum usw. haben alle eine absolute SPD-Mehrheit. Wir können aus diesen Vorgängen auch feststellen, wie es uns ergehen wird, wenn die SPD am Ruder ist. Wir haben den Aufruf des Fraktionsvorsitzenden der Landtagsfraktion, daß man in allen Fällen nach demokratischen Gesichtspunkten vorgehen werde, gehört, aber gehalten worden ist nach dieser Maxime nichts. In den meisten Fällen hat sich die SPD zwei oder drei Bürgermeister zugeschanzt. So steht es z.B. für Viersen fest, daß vor der Wahl die FDP und die SPD sich schriftlich verpflichtet hatten, daß sie gemeinsam den Kandidaten der größten Partei wählen würden. In Rheydt haben SPD, FDP und Zentrum den SPD-Oberbürgermeister gewählt. Das Zentrum hatte sich zunächst wegen einer Fraktionsgemeinschaft an die SPD gewandt, dann ging es mit der FDP zusammen. Das Zentrum geht lieber mit den Marxisten und den Liberalen als mit der CDU. Das ist eine Tatsache, die wir berücksichtigen müssen, wenn wir überlegen, ob das Zentrum in einer Wahlverbindung in den nächsten Bundestag einziehen soll.

Die Wahlentscheidung verschiedener Bevölkerungsgruppen ist für uns interessant. Solche Sondererhebungen über Männer und Frauen sind an einigen Orten durchgeführt worden, besonders in Köln in mehreren Bezirken. Zusammenfassend lautet das Ergebnis, daß entgegen der zuerst geäußerten Meinung sich in Köln die Verhältnisse nicht geändert haben insofern, als immer noch mehr Frauen als Männer die CDU gewählt haben. Zuerst hörte man, daß es anders sei. Anders ist es aber offensichtlich in Hessen. Herr Wolfermann⁴³ hat mir mitgeteilt, man habe bei den getrennten Abstimmungen nach Männern und Frauen festgestellt, daß das Schwergewicht der CDU bei den Frauen über 60 Jahren beibehalten worden sei, daß sich bei den Frauen unter 60 Jahren ein schwaches Übergewicht für die SPD gezeigt habe.

In Hessen hat sich gezeigt, daß die Kreise mit überwiegend katholischer Bevölkerung geringer zunahmten als die Kreise mit überwiegend evangelischer Bevölkerung. Es wurde dabei errechnet, daß die CDU insgesamt in den katholischen Kreisen erfolgreicher war als in den evangelischen Kreisen, daß aber die Verbesserung so

43 Willi Wolfermann (1898–1973), 1924–1930 Generalsekretär der nassauischen Zentrums-
partei, Mitgründer der CDU, 1946–1948 Geschäftsführer des Bezirksverbands Frankfurt,
1948–1957 des Landesverbands Hessen.

war, wie ich es eben ausgeführt habe. In den evangelischen Kreisen stieg die SPD um 9,2 %, in den katholischen Kreisen stieg sie um 6,4 %. (*Zimmer*: Bei uns haben sie mehr Erfolg bei den katholischen Kreisen gehabt.) In Rheinland und in Westfalen war die CDU in den überwiegend katholischen Kreisen erfolgreicher als in den evangelischen Kreisen. In Nordrhein-Westfalen war die Entwicklung der SPD, FDP und des Zentrums in den katholischen Kreisen ungünstiger als in den evangelischen Kreisen. Der BHE verlor in den evangelischen Kreisen mehr als in den katholischen Kreisen. In Hessen war die CDU bei beiden Kommunalwahlen in den industriell bestimmten Gebieten erfolgreicher als in den landwirtschaftlichen Gebieten. Die CDU hat ihren Stimmenanteil in industriellen Kreisen um 2,6 % und in landwirtschaftlichen Kreisen um 2,3 % verbessert. Das Übergewicht der SPD war in Hessen auch stärker in den industriellen Kreisen, und zwar mit 9,4 %, während es bei den landwirtschaftlichen Gebieten 7,8 % waren. Die FDP hat in landwirtschaftlichen Kreisen Stimmen an die FVP abgegeben.

In Nordrhein-Westfalen war die CDU in landwirtschaftlich bestimmten Kreisen erfolgreicher als in den industriellen Kreisen. Die FDP verlor in den industriellen Kreisen stärker als in den landwirtschaftlich bestimmten Kreisen. Die FDP hat aber auch an manchen Stellen absolut zugenommen.

Eine absolute Mehrheit hat die SPD nunmehr in Nordrhein-Westfalen: in Duisburg, Essen, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen, Remscheid, Solingen, Wuppertal, Bottrop, Gelsenkirchen, Gladbeck, Recklinghausen, Bielefeld, Herford, Bochum, Castrop-Rauxel, Hagen, Herne, Lüdenscheid, Lünen, Düsseldorf-Mettmann, Moers, Detmold, Altena usw.; in Rheinland-Pfalz: in Mainz, Worms, Frankenthal, Kaiserslautern, Ludwigshafen, Pirmasens.

Was ist für uns als Ergebnis daraus zu ziehen? Der Zug geht zu den beiden großen Parteien. Unser Gegner im Wahlkampf ist die Sozialdemokratische Partei. Selbst wenn man sich nach der Wahl irgend etwas anderes als die jetzige Koalition vorstellen könnte, dann wäre es doch nur erschwerend, vor der Wahl schon darüber zu sprechen; denn die Bevölkerung wird sagen: Wenn die sich dort zusammentun, dann wählen wir besser gleich die SPD, und dann sind wir auf der Seite der Gewinner.

Ein Journalist – das erwähne ich als Beispiel – hat mir gesagt, daß er einen Artikel bei einer Stelle abgeliefert hat, die von unserer Regierung eingerichtet ist und bezahlt wird. In diesem Artikel habe er auf die Unmöglichkeit des bolschewistischen Systems gegenüber einer vernünftigen Wirtschaftsordnung hingewiesen und dabei auf Marx zurückgegriffen. Der Beamte sei aber gekommen und habe gesagt, er bäte ihn, die Stelle von Marx zu streichen. Er habe dabei verlegen gelächelt und erklärt, er wolle im nächsten Jahr nicht deswegen angefaßt werden, weil er etwas gegen Marx gebracht habe. (*Zurufe*: Hör! Hör!) Umgekehrt macht die SPD viele psychologische Vorbereitungen, von denen Herr Kiesinger gesprochen hat; sie tut so, als ob sie die Regierung im nächsten Jahr absolut sicher übernehme. Hören Sie sich einmal die Reden der SPD an! Jede Rede der SPD-Leute beginnt grundsätzlich mit dem Tenor: Wenn wir im nächsten Jahr die Regierung übernommen haben werden, dann tun

wir das und das. Damit soll dem Hörer insinuiert werden, daß die Tatsache schon feststehe. Das hat die Folge, daß sich ein Teil der Leute darauf einstellt. Das ist unsere Schwierigkeit jetzt. Wir haben also den Zug zur SPD zu sehen. Die Gewinnerin in allen Ländern ist die SPD, die Verliererin in allen Ländern ist die CDU. Die SPD ist unser gefährlichster Gegner, weil sie in der Lage ist, eventuell die CDU in der Regierung abzulösen. Deshalb müssen wir uns gegen diesen Trend – um das Fremdwort zu gebrauchen – wenden; denn im Augenblick besteht die Gefahr, daß sich dieser Trend durch eine geschickte psychologische Werbung der SPD fortsetzt, so daß sich die Unentschlossenen, die ihr Schäfchen ins Trockene bringen wollen, dieser Strömung anschließen.

Diese Aufgabe können wir nur lösen, wenn wir eng zusammenstehen und uns aufeinander abstimmen und alles das, was uns trennt, zurückstellen. Wir müssen zusammenarbeiten, um die Wahlen zu gewinnen. Bei einer größeren Wahlbeteiligung und bei mehr Wahlberechtigten sind die SPD-Stimmen stärker angewachsen als die Stimmen der CDU. Die Stimmen der CDU sind auch absolut zurückgegangen. Wenn die CDU auf dem Lande besser abgeschnitten hat, so ist das nichts Neues. Es scheint auch so zu sein, daß sich ein Teil unserer alten Leute zurückgezogen hat. Alles das ist zu untersuchen. Es kann auch an den örtlichen Verhältnissen und Gegebenheiten zum Teil liegen. Ich weiß, daß in manchen Dörfern über die CDU-Vertreter gesagt wurde: Wie kann ich diese unmöglichen Leute hier wählen? Wir müssen also den richtigen Kandidaten aussuchen, auch wenn das unter Zurückstellung von traditionellen Gesichtspunkten usw. geschehen muß. (*Johnen*: Viel Vergnügen!)

Ja, die gequälten Landesvorsitzenden müssen sich auch mal ärgern! Es ist ganz klar, daß fast die gesamten KP-Stimmen der SPD zugute gekommen sind. Wir brauchen nur an die Sendungen des Freien Senders Berlin und des ADN-Nachrichtensbüros zu denken sowie an die Aufforderungen von KP-Größen vor der Wahl. In Baden-Württemberg hat man gesagt, sie sollten die SPD-Liste wählen. Einsichtige SPD-Leute leugnen das gar nicht. Ein Weiteres ist hinzugekommen: Wir haben die Spaltung im sozialistischen Lager beseitigt und dadurch eine verstärkte Solidarität der Marxisten aller Richtungen und Schattierungen herbeigeführt. Wir sollten uns nicht damit beruhigen und sagen, das ist nun einmal so, sondern wir sollten Abhilfe schaffen.

Die SPD hat aber noch mehr Stimmen als nur die der KP bekommen, und zwar sieht dieser weitere Gewinn, in Prozentzahlen ausgedrückt, wie folgt aus:

Niedersachsen	4,7 %
Nordrhein-Westfalen	3,4 %
Hessen	4,7 %
Rheinland-Pfalz	3,0 %

Wir fragen uns: Woher kommt das? Die SPD hat keine neue Politik gemacht und auch keine neuen Gesichtspunkte gebracht. Deshalb muß der Erfolg auf andere Faktoren zurückzuführen sein. Zunächst sind es Faktoren, die ohne weiteres auch

bei uns eintreten könnten, wenn wir sie uns zu eigen machten. Das ist zunächst der Fleiß. Man muß zugeben, daß die SPD in den Ländern in einem fast nie gekannten Maß fleißig gewesen ist, aber nicht in der offiziellen Versammlungstätigkeit – in Köln sind überhaupt keine großen SPD-Versammlungen gewesen –, sondern man hat durch Flüsterpropaganda geworben. (*Albers*: Durch Kinovorführungen „Im Westen nichts Neues“!) Das ging bis zu engagierten Sprechern in öffentlichen Einrichtungen. Wir mögen zu den Plakaten stehen, wie wir wollen, aber nirgendwo ist so viel geklebt worden wie von der SPD. Die SPD hat von den CDU-Plakaten des Jahres 1953 viel gelernt. Sie hatte nämlich sehr gute Plakate bei dieser Wahl. Dann hat die SPD seit ihrem Münchener Parteitag der Bevölkerung gegenüber eine in Wirklichkeit gar nicht vorhandene, aber immerhin nach außen zur Schau getragene Einheitlichkeit und Geschlossenheit gezeigt. Und das ist äußerst wichtig! Die SPD war tatsächlich bis zum Zerreißen gespannt, aber sie hat nach außen eine Einheitlichkeit gezeigt.

Und bei der CDU ist leider das Umgekehrte der Fall. Wir sind gar nicht so uneins, wie wir nach außen erscheinen. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Doch der Wähler meint, wir seien es. Fleiß, Organisation und nach außen zur Schau getragene Geschlossenheit können den Erfolg allein nicht erklären; denn der Erfolg ist in der Hauptsache politisch zu sehen. Für uns ergibt sich die Frage: Was hat die SPD für Millionen Wähler mehr attraktiv gemacht als die CDU? Wir dürfen dieser Frage nicht ausweichen und uns nicht selber ein unechtes Bild machen und uns nicht selbst betrügen. Das ist in der Diskussion von verschiedenen Seiten angeklungen.

Man kann über Kommunalwahlen, Landtagswahlen und Bundestagswahlen nicht sprechen, ohne daß das eine in das andere übergreift. Das zeigt, daß wir eine innere Verzahnung von uns aus durchführen müssen. Die SPD hat ihre Politik nicht geändert. Wenn nun 1953 der Erfolg bei uns war, dann muß irgend etwas eingetreten sein, dann müssen die Wähler zumindest glauben, daß die Politik der SPD richtiger und attraktiver sei. Das Sprichwort sagt, daß viele Hunde des Hasen Tod seien – wobei ich die anderen nicht mit „Hunde“ bezeichnen möchte –, (*Adenauer*: Aber bitte uns auch nicht mit „Hasen“!) hinter der Parenthese kam noch ein Komma, Herr Bundeskanzler! Ich meine damit: wenn ein solcher zentraler Angriff von allen Seiten kommt. Wir sind noch nie so allein in die Wahlen gegangen wie dieses Mal. SPD, FDP, BHE, DP und FVP waren gegen uns.

Herr Bach ist nicht mehr Oberbürgermeister von Siegen geworden. Die FDP war bereit, ihn zu wählen, aber die zwei FVP-Leute nicht, angeblich mit der Begründung, weil er ein Freund des Bundeskanzlers sei. Die Wahl ist zweimal mit 18 : 18 Stimmen ausgegangen, und dann hat das Los entschieden. Herr Bach hat eben kein Glück im Spiel, sondern mehr Glück auf der seriösen Seite des Lebens, die mit Geld zusammenhängt. (*Heiterkeit*.) Wie die Situation im nächsten Jahr sein wird, weiß ich nicht, und wir werden nur darauf vertrauen können, daß wir auf uns selbst gestellt sind.

Die Methoden im Wahlkampf waren zum Teil unfair. Neulich ist mir gesagt worden, ich hätte irgendwo erklärt, es werde uns noch Hören und Sehen vergehen.

Das bezog sich darauf: Wenn wir an die Mittel denken, die die anderen anwenden, wie Verleumdungen, Verdrehungen usw., dann wird uns Hören und Sehen vergehen. Wir müssen also die letzte Kraft zusammennehmen, um die Hürden des nächsten Jahres zu überwinden. Wir können dem Gegner nicht verbieten, was er uns vorsetzt, wir haben aber den Vorteil, daß wir wissen, wo er uns angreift. Es ist nicht von ungefähr, daß ein Teil der SPD-Führung gesagt hat: Dieses Ergebnis der Kommunalwahlen ist uns einige Monate zu früh gekommen.

Wir müssen elastisch genug sein, die Parolen, die der Gegner nicht anspricht – weil sie für uns sprechen –, anzusprechen, z.B. die Außenpolitik, die für uns im Augenblick eine attraktivere Wirkung hat, als sie jemals für die SPD haben könnte. Es muß gefragt werden: Welches sind denn nun die Ursachen, an denen der Erfolg der SPD herangereift ist? Bis zum vorigen Jahr ist die Politik der CDU im Volk ausgezeichnet angekommen, und zwar aus zwei Gründen: sie war verständlich, und sie wurde verständlich gemacht. Und darauf kommt es an, auf das Bewußtsein des Wählers, was er von der Politik hält.

Man kann eine gute Politik machen, aber wenn sie nicht verständlich gemacht wird und nicht ankommt, dann wirkt sie eben nicht, sondern sie schädigt. Man kann eine schlechte Politik machen – ich nehme das Beispiel Adolf Hitler –, aber wenn man sie durch eine satanische Propaganda dem Volke beibringt, dann wird sie vom Volke so lange vertreten, bis die Katastrophe da ist. Aber wir machen doch eine gute Politik, und daran halten wir fest. Es liegt an uns, daß diese gute Politik dem Volke sichtbar gemacht und nahegebracht wird. Wir haben es versäumt, unsere Politik dem Volke klarzumachen und zu erklären. Was ist denn geschehen, um die Wehrpolitik, die Sozialpolitik, die Agrarpolitik und die sonstige aktuelle Politik dem Volk wirksam näherzubringen?

Wir müssen mehr von den uns zur Verfügung stehenden Mitteln Gebrauch machen; wir müssen die Propaganda der Union koordinieren. Wir müssen den Fonds ausnützen, den der Verteidigungsminister hat, um unsere Politik dem Volke nahezubringen. Wir müssen unsere Politik dem Volke nahebringen. Die SPD-Abgeordneten machen Gebrauch von der Möglichkeit, die Kasernen aufzusuchen, um den Soldaten zu sagen, daß die SPD nicht gegen die Bundeswehr sei, daß es aber die CDU sei, die die schlechte Besoldung verursacht habe. Jetzt braucht nur noch etwas mit dem Benzin zu passieren, und dann ist es unsere Politik gewesen, die das verschuldet hat!⁴⁴ Wir haben neben dem Verteidigungsministerium noch das Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen, das Möglichkeiten der Propaganda hat. Und der Bundesfinanzminister hat sicherlich einige Fonds, um seine Politik dem Volke verständlich zu machen, sonst wüßte ich nicht, wie es möglich wäre, die Mitteilungen aus dem Finanzministerium so gut und so schnell unter das Volk zu bringen. (*Adenauer*: Das „so gut“ wollen wir weglassen!) Herr Bundeskanzler, ich habe gemeint „so gut“ in die Presse, nicht den Inhalt der Mitteilungen. Ich verstehe manche Verlautbarungen nicht, die ich in der

⁴⁴ Anspielung auf mögliche Rationierung aufgrund der Suezkrise.

Presse in Westfalen gelesen habe. Dort stand, die Geschäftsführer hätten beschlossen, am 1. April 1957 werde der Wahlkampf eröffnet. Wir wissen aber, daß in Wirklichkeit der Wahlkampf in diesen Monaten entschieden wird, in denen die Menschen sowieso durch die kalte Witterung nicht gut gelaunt sind und eher geneigt sind, all den schlechten Stimmen zuzuhören. Und wenn Weihnachten vorbei ist, haben die Leute kein Geld mehr. Hier muß eine gute Propaganda einsetzen, um den Trend umzukehren.

Unsere Politik ist früher deshalb angekommen, weil die Leute eine sichere und gute Hausmannskost in der Politik gesehen haben. Das Volk will keine Experimente. Das Volk will das Gefühl der Sicherheit und Ruhe haben; es meint nicht den Bundeskanzler allein, sondern die CDU. Und dieses Gefühl ist bei den Wählern geschwunden. Man hat immer mehr den Eindruck, daß unsere Politik unsicher, nervös und zerfahren wirkt. Wenn Sie heute unter das Volk gehen und die Menschen fragen, dann bekommen Sie zur Antwort: Die Sozialreform ist bisher an der CDU gescheitert. Dabei haben wir die Initiative dafür ergriffen. Aber heute heißt es: Die CDU kann sich nicht einigen, so daß der Eindruck entsteht, nur an der CDU scheitert die Sozialreform. In Wirklichkeit ist es so, daß die bestehenden Schwierigkeiten bei der Sozialreform in perfider Weise von der SPD ausgenutzt werden und auch noch der Bundesrat eingespannt wird, damit dieses Aktivum unserer Politik nicht mehr wirksam wird für die Wahlen.

Es währt immer eine längere Zeit, bis ein großes politisches Ereignis nach unten wirksam wird. Die Geschehnisse in Ungarn und Polen hatten sich bei der Kommunalwahl in Rheinland-Pfalz noch nicht ausgewirkt, weil es noch nicht genügend durchgesickert war. Das Volk sieht in unserer Politik nicht mehr die Politik des gesunden Menschenverstandes. Dazu einige Beispiele: Bei der Diskonterhöhung wußte niemand im Volk, worum es ging, sondern sie meinten, daß irgend etwas mit der Währung nicht in Ordnung sei. Und das beunruhigt. Als dann noch das schreckliche Wort von Sachverständigen von der Aufwertung fiel⁴⁵ – etwas, was in einem ganz anderen Zusammenhang gebraucht wurde –, hat das beim Volk einen verheerenden Eindruck gemacht. Dadurch wurden neue Unruhen in das Volk hineingetragen. Dazu kamen die öffentlichen Fehden unserer Minister auf verschiedenen Gebieten. Es kam das Hin und Her der Wehrgeschichte, die Fragen der Bundeswehr und die Dauer des Wehrdienstes; es kam die schamlose Ausnutzung der Wehrdienstverweigerung durch die SPD. Unsere Sprachregelung geht so weit auseinander, daß sie sich bei Äußerungen zu ein und demselben Ereignis teilweise gegenseitig aufhebt! (*Bewegung.*) Wenn der Bundeskanzler samstags auf dem Rheinischen Parteitag zu dem SPD-Parteitag sagt, das war der Tag der vertagten Entscheidung⁴⁶, dann muß das in jeder CDU-Versammlung wiederkehren. Es durfte nur noch gesprochen werden

45 Diskussion nach dem Vorschlag Erhards vom 11. Juli 1956 (Interview mit „Financial Times“), die europäischen Währungsparitäten den geänderten Verhältnissen anzupassen (AdG 1956 S. 5873f.).

46 Am 14. Juli 1956 in Bad Honnef (UiD vom 19. Juli 1956).

von dem „Tag der vertagten Entscheidung“. Statt dessen gibt ein Sprecher der CDU montags danach die Erklärung ab, daß dieser Parteitag gemäßigt und sehr interessant gewesen sei. Was soll der Wähler sagen, wenn der Vorsitzende das sagt und der Berichterstatter nachher etwas anderes! Wenn unsere Regierung, unsere Fraktion oder Partei etwas sagt – was selten vorkommt –, erscheint das sofort im Rundfunk mit einem Kommentar der SPD, weil das letzte immer haften bleibt.

Wie das abzustellen ist, müssen wir uns überlegen. Wir müssen zumindest erreichen, daß unsere Äußerungen an die SPD-Äußerungen angehängt werden. Die Wehrpolitik hat zweifellos bei Wählern geschadet. Es ist ein sehr schwieriges Problem, aber es hätte uns weniger geschadet, wenn diese Politik dem Volke psychologisch nähergebracht worden wäre. In dieser Hinsicht ist überhaupt nichts geschehen, sondern die Weltentwicklung hat uns gezeigt, daß unsere Politik geradezu die richtige war. Das muß notfalls so weit gehen, daß wir sagen, wenn schon hier an Frankreich herumgemeckert wird, das sind doch keine christlichen Politiker, die das gemacht haben; denn der Herr Mollet ist schließlich Sozialist. (*Adenauer*: Das hat das MRP auch mitgemacht!) Herr Bundeskanzler, ich sage, wenn ich mir die Sprachregelung der SPD zu eigen mache. (*Zurufe*: Das haben wir nicht verstanden! – Unklar. – *Unruhe*.)

Daß wir anders dazu stehen, ist etwas anderes. Ich sehe nicht ein, daß wir wegen unserer Politik für etwas kritisiert werden, was unserer Politik genau konträr ist. Dann muß man es in jeder Form auf den Marxismus abwälzen. Wir können die Wehrpolitik durchaus attraktiv gestalten. Wir müssen nur alle Mittel benutzen. Wir müssen mehr als bisher auf der unteren Stufe und Ebene das Gefühl ansprechen.

Der Luftschutz ist eine zentrale Frage, die von der ganzen Wehrfrage nicht gelöst werden darf. Es wird immer gesagt, Soldaten schafft ihr, aber keinen Schutz. Auch die Erhöhung der Kohlenpreise hat uns sehr geschadet.⁴⁷ Wir werden unglaublich, wenn der Hausfrau gesagt wird, die Preise gehen nicht in die Höhe, und dann kommt die Frau in den Laden und sieht, daß die Preise doch gestiegen sind. Die Frage ist, ob wir nicht in einen Fehler verfallen, dem die SPD im Jahre 1953 völlig erlegen ist. Sie hat 1953 versucht, dem Volke klarzumachen, daß es ihm nicht gutginge. Das ist dann an den Tatsachen gescheitert. Die Frage ist weiter, ob wir unsere Preispolitik dem Volke nicht anders erklären müssen, etwa so, wie es ein Fabrikant gemacht hat, daß wir gegenüberstellen, was konnte man für eine Lohnstunde in den Jahren 1951, 1952, 1953 und 1956 kaufen in Westdeutschland und in der Ostzone, und das dann auf die übrigen Länder ausdehnen und sagen, da ziehen Löhne und Preise nach.

Die Sozial- und Rentenreform ist eines der Kernstücke unserer Politik. Hier muß etwas geschehen, sonst fehlt es nur noch, daß die SPD im nächsten Jahr die Früchte unserer Vorarbeit erntet. Wir müssen auch eine gute psychologische Propaganda treiben. Neben unseren Wahlplakaten hingen die Verfügungen für die ersten Wehrpflichtigen. Und das wurde natürlich von den Gegnern ausgenutzt. Das gilt auch für die Diskussion über die Renten im Bundestagsausschuß, die bei einer

⁴⁷ Am 20. Oktober 1956 (AdG 1956 S. 6037).

geschickten Taktik zu vermeiden gewesen wäre. Eine gute Politik allein nützt nichts, sondern wir müssen sie auch als gut bei den anderen verkaufen.⁴⁸

Damit komme ich zum Kernproblem, nämlich zu der Abstimmung unserer Politik zwischen denjenigen, die sie machen, und denjenigen, die die Politik verkaufen müssen. Hier muß gekoppelt werden, so daß man sagen kann, hier ist eine Verzahnung. Neue Parolen dringen nur sehr schwer durch. Bei der Vergeßlichkeit des Volkes sind sie auch rasch vergessen. Ungarn kann von uns gar nicht genug in Versammlungen und auf Plakaten angesprochen werden, damit die Leute das nicht vergessen. Sie möchten gerne vergessen, wenn sie einen Schock bekommen haben. Wir müssen die Nacht des 7. November im Volke wachrufen⁴⁹; denn es hat sie zum Teil noch nicht zur Kenntnis genommen. Dann müssen wir daraus die Konsequenzen ziehen für uns. Ohne ein gerüttelt Maß von Kleinarbeit und Fleiß ist das allerdings nicht zu machen. Herr Heck kommt gerade aus Amerika. Er hat dort erfahren, daß der Abgeordnete von Haus zu Haus geht und den Leuten sagt: Ich bin euer Abgeordneter. Ihr habt mich vielleicht nicht gewählt, aber ich bin es nun einmal, und nun wendet euch an mich, damit ich eure Wünsche berücksichtigen kann.

Ein anderes Beispiel: Es gibt in Siedlungsgemeinschaften reine sozialistische Wohnbezirke. Dabei sind diese Siedlungen aufgrund unserer Initiative gebaut worden. Warum kommen wir nicht an mit unserer Politik? Ist es wirklich so, daß diejenigen, die in den Lagern CDU wählten, in ihren neuen Heimen oder Wohnungen nicht mehr CDU wählen? Vielfach ist es ja so, daß diese Leute Arbeitsplätze mit der Auflage bekommen, der SPD beizutreten. Das geht so weit, daß neulich der Schulkamerad eines Landtagsabgeordneten ein Parteibuch herauszog und sagte: Ich wähle zwar CDU, aber ich muß Mitglied der SPD sein, weil ich sonst meinen Arbeitsplatz verliere.

Haben wir genügend getan, um unsere Parolen zug- und schlagkräftig unter das Volk zu bringen? Mehr Parolen als jetzt werden wir im nächsten Jahre nicht bekommen. Haben wir noch als Union die Hand am Puls des Volkes? Ist es so, daß wir noch wissen, was unten eigentlich los ist? Mit dem äußeren Aufbau unseres Volkes hält der innere Aufbau nicht Schritt, sondern hier gibt es gewissermaßen eine umgekehrte Kurve. Während der äußere Aufbau immer mehr vollendet wird, geht unser Volk im inneren immer mehr auf den krassesten Materialismus zurück. Sorgen wir dafür, daß unser Volk sich vom Materialismus abwendet; denn auf dieser Ebene werden wir von den Marxisten immer geschlagen werden.

Ist es nicht so, daß wir uns durch die viele Tagesarbeit viel zu weit von unserer Grundlage entfernt haben? Ist es nicht so, daß wir zurückkehren müssen zu dem Prinzip und zu dem Gesetz – um mit Goethe zu sprechen –, zu dem wir angetreten sind? Wir müssen wieder einmal fernab vom Getriebe der Großstadt unsere Grundlagen erarbeiten und sie dem Volke sichtbar machen. Das ist das Resümee. Wir haben im Kreuzfeuer aller gestanden, aber wir haben uns nicht nur zu behaupten vermocht,

48 Vgl. dazu auch HOCKERTS S. 394–399.

49 Wahlsieg Eisenhowers und Feuereinstellung am Suezkanal.

sondern wir haben noch zugenommen. Wir haben aber den Wahlkampf entscheidend verloren im Hinblick auf unseren einzigen Gegner, auf die SPD. Und jetzt gilt es, das wieder wettzumachen. Es ist nicht so, als ob die Kommunalwahlen nun erkennen ließen: Hier ist jede Liebesmüh vergeblich.

Ich habe absichtlich einzelne Dinge aus den Kommunalwahlen nicht gebracht, die das Bild sofort verändern könnten. In den bürgerlichen Vereinigungen stecken viele Stimmen für uns. Aber die Chancen, die wir haben, können wir nur dann nutzen, wenn das eintritt, was der Herr Bundeskanzler gesagt hat, daß wir nämlich jeder Ursache bis in die kleinste Verästelung, bis in die Kapillare, in die haarfeinen Röhrchen hinein nachgehen, um sie in Zukunft auszuschalten. Wir müssen als Partei, als Regierung und als Bundestagsfraktion nach außen eine geschlossene Einheit bilden, zu der das Volk Vertrauen hat, weil es sich dann sagt, hier wird eine vernünftige Politik getrieben; denn vernünftig ist nicht eine uneinheitliche, hektische Politik, sondern eine einheitliche und geschlossene Politik des gesunden Menschenverstandes. Wenn wir also die genannten Mängel in den Bezirken, Kreisen, Ländern und im Bund beseitigen, haben wir die Chance, das deutsche Volk im nächsten Jahr davon zu überzeugen, daß es nicht der Unsicherheit und dem Experiment, sondern einer ruhigen Entwicklung in Sicherheit entgegengeführt wird. *(Beifall.)*

Adenauer: Wir danken Herrn Meyers für seinen Vortrag, aus dem wir sicher alle manches gelernt haben. Ich hoffe, daß die Diskussion darüber sehr fruchtbar werden wird. Es steckt eine Reihe von Anregungen darin für die Wahlen im nächsten Jahr.

Aber jetzt ist die Zeit gekommen, eine kurze Pause zu machen. Wir haben jetzt 2 Uhr. Ich würde vorschlagen, eine halbe Stunde Pause zu machen.

Lemmer: Zur Geschäftsordnung! Herr Krone hat mich gebeten, den Entwurf einer Verlautbarung zu machen, die wir herausgeben wollen. Wenn das geschehen soll, müßte es jetzt geschehen. Wir haben Freitag, und es ist 14 Uhr, sonst kommt es nicht mehr in die Presse.

Adenauer: Bis wann muß es an die Presse gelangen? *(Zuruf: Bis 16 Uhr!)* Meine Damen und Herren! Wir können das wirklich nicht übers Knie brechen. Wir wollen es sofort um einhalb 3 Uhr behandeln.

Mittagspause von 14.00 bis 14.30 Uhr.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich möchte ein kurzes Korreferat zu dem Vortrag von Herrn Meyers halten, und zwar fühle ich mich deshalb dazu berufen, weil ich diese Dinge mit großer Aufmerksamkeit verfolgt habe. Ich möchte folgendes an die Spitze stellen: In fünf Orten, die ich kenne – es sind drei Großstädte und zwei Kleinstädte –, liegt offenbar der Mißerfolg an den örtlichen Streitigkeiten und Zwistigkeiten innerhalb der CDU, und man sagt dort ganz offen, diese Klüngelwirtschaft will man einfach nicht mehr haben. Ich meine, die Herren Landesvorsitzenden und die Landesvorstände müssen sich gerade um diese Dinge einmal besonders kümmern. Es ist im Grunde genommen nicht von solcher Bedeutung, ob im Dorfe X oder Y

die Sache so oder so steht, aber wir haben gesehen, wie derartige Verhältnisse auch wieder – um den gleichen Ausdruck wie Herr Meyers zu gebrauchen – einen gewissen Trend auf die Leute ausüben, die nicht wissen, wohin sie gehören.

Ich darf in diesem Zusammenhang eine Wahrnehmung wiedergeben, die mir von einem Herrn gesagt worden ist, der sehr viel in unserer Partei herumkommt, und zwar ist das das mangelnde Selbstgefühl unserer Leute an der Spitze auf die Erfolge der Partei. Er hat mir gesagt: Während in den Versammlungen die Zuhörer durchaus gut seien, seien aber insbesondere die Kreisvorsitzenden und die Landesgeschäftsführer diejenigen, die immer Zweifel und Sorge hätten. Ich bin der Auffassung, daß hier auch die Landesvorsitzenden und die Landesvorstände unbedingt nach dem Rechten sehen müssen; denn wenn der Kreisvorsitzende oder der Kreisgeschäftsführer schon als lahmer Mann dahinkommt, ohne den rechten Stolz und ohne Vertrauen in die Partei und in den Sieg, was sollen dann die anderen machen?

Ich möchte ein Wort sagen zur Wehrfrage. Zweifellos hat die Wehrfrage eine Rolle gespielt, aber man soll sich darüber klar sein, daß sie nicht die entscheidende Rolle gespielt hat, wenn auch nach der Mitteilung aus Köln die Frauen in der Hauptsache SPD gewählt haben. Nach den Umfragen – sie sind noch nicht veröffentlicht – „Was interessiert dich am meisten?“ steht die Wehrfrage an dritter Stelle. Bei weitem an der Spitze steht die Frage der Renten. Diese Frage ist von einer viel größeren Bedeutung, als sich viele, auch Abgeordnete, träumen lassen. (*Arnold*: Sehr richtig!)

Wenn Sie z.B. hören, daß in Essen 30 % der Wähler Rentenbezieher sind, und wenn Sie sich daran erinnern, daß die Sozialdemokraten – ich weiß nicht, wie lange schon – jedem Rentenempfänger, wenn er seine Renten abholt an der Post, ein entsprechendes Blatt in die Hand drücken gegen uns, wenn Sie sich weiter vor Augen halten, daß wir auf der anderen Seite für die Landwirtschaft mit dem Grünen Plan gesorgt haben, daß wir für die Steuerzahler Steuerermäßigungen in Höhe von dreieinhalb Milliarden beschlossen haben, daß wir dem Mittelstand geholfen haben, aber nichts für die sehr große Schicht der Rentenempfänger, dann müssen wir doch an unser Gewissen appellieren und sagen, hier haben wir in der Tat gefehlt. Ich habe heute morgen davon gesprochen, wie das gekommen ist. Wir konnten nicht rechtzeitig eine Vorlage bringen. Ich habe schließlich eingreifen müssen, und dann ist sie keineswegs – wer würde so etwas behaupten können – hundertprozentig gut ausgefallen; das wird sie auch nicht, und wenn zehn Leute zehn Jahre lang daran arbeiten. Das habe ich doch mitgemacht, das werden mir einige Herren, die solche Sitzungen mitgemacht haben, sicher bestätigen.

Ich habe am vergangenen Dienstag fünf Stunden lang mit den Sachverständigen der Koalition zusammengesessen⁵⁰, und jeder von diesen Herren hatte eine eigene wissenschaftliche Meinung, und jede Meinung war die allein richtige. Das war nachher so unerträglich, daß ich mir gesagt habe, mir ist von alledem so dumm, als ging mir

50 Am 20. November 1956 mit den Fraktionsvorsitzenden der Koalition und Experten für die Sozialreform. – Zu den Kontroversen in der Koalition HOCKERTS S. 399–416.

ein Mühlrad im Kopf herum. Hier hatten sich die Menschen wirklich verbissen in ihre eigene Meinung. Ich hoffe, daß es unserer Fraktion gelingen wird – und es muß ihr unter allen Umständen gelingen –, noch vor Weihnachten die Sache im Bundestag durchzubringen. Wie mir Herr Storch eben gesagt hat, ist Herr Sieveking nicht der Auffassung, daß die Mehrheit des Bundesrates den Vermittlungsausschuß anrufen wird. Wenn wir das vor Weihnachten durchkriegen, dann ist das von der allergrößten propagandistischen Bedeutung, auch wenn es gerade vor Weihnachten fertig wird, damit diese große Zahl von armen Menschen endlich zur Ruhe kommt.

Zweifellos hat diese Angelegenheit bei der Wahl eine Rolle gespielt. Es hat auch eine Rolle gespielt die Frage der Beamten. Die Beamten sind, weil sie sich von uns vernachlässigt fühlen, vielfach in das sozialdemokratische Lager übergegangen, was ich aus verschiedenen Gründen für sehr gefährlich halte, nicht nur aus parteipolitischen Gründen. Ich hoffe, daß wir das auch bis zur Bundestagswahl in Ordnung bringen. Das Wirtschaftswunder hilft uns – vielleicht hat Herr Meyers das nicht so präzise ausgedrückt – auch nichts mehr. Man gewöhnt sich an Wunder. Wir müssen etwas anderes an diese Stelle setzen. Herr Meyers hat es angedeutet. Ich habe es mir notiert: Sicherheit! Ich halte das für sehr wichtig. Was die Menschen jetzt haben wollen, das ist die Sicherheit dafür, daß ihnen das erhalten bleibt, was sie jetzt haben. Wenn allerdings die führenden Persönlichkeiten der Partei und die Minister der Bundesregierung Unsicherheit zeigen – und das haben wir getan –, dann ist das natürlich verheerend in seiner Wirkung. Darum ist es unbedingt notwendig, daß wir in der Partei, in der Bundesregierung und in der Bundestagsfraktion Sicherheit zeigen, und zwar die Sicherheit des Erfolges, den wir gehabt haben in den sieben Jahren, die wir jetzt an der Arbeit sind. Wir haben doch eine Fülle von Erfolgen aufzuweisen!

Alles das, was die Sozialdemokraten prophezeit haben, hat sich als Fehlprophezei erwiesen, so daß es uns eigentlich leichtfallen müßte, die Opposition auch in der öffentlichen Meinung zu erledigen. Aber es ist uns nicht leichtgefallen. Woran liegt das? Das liegt daran – verzeihen Sie, wenn ich das den Landesvorsitzenden sage –, daß die SPD nicht föderalistisch aufgebaut ist. Die SPD hat ihren zentralistischen Parteiapparat nach dem Kriege neu aufgebaut, und innerhalb der ganzen SPD-Organisation folgt man den Weisungen des Vorstandes; vor allem – das ist ungemein wichtig – besetzt der Parteivorstand die einzelnen Ämter innerhalb der Partei, so daß er zweierlei Möglichkeiten hat: er kann 1. ungeeignete Elemente entlassen und 2. gute Leute aufsteigen lassen. Das geht uns bei unserer Organisation doch vollkommen ab. Ich denke nicht daran, Ihnen vorzuschlagen, das zu ändern; das wird auch nicht möglich sein, aber bitte bedenken Sie, welche außerordentlich große Hilfe das für die Sozialdemokratische Partei ist, insbesondere, daß sie die Leute emporsteigen lassen kann, während es bei uns so ist, daß derjenige, der als Kreisgeschäftsführer irgendwo sitzt, auch dort bis an sein Lebensende sitzen bleibt, es sei denn, er sucht sich selbst eine andere Stellung. Das gilt auch für andere Stellungen innerhalb unserer Partei.

Weiter hat die SPD uns voraus den Rückhalt an den Gewerkschaften. Auf der Hamburger Tagung hat sich mehr als je zuvor herausgestellt, daß sich die

Gewerkschaften zum größten Teil als die Kerntruppe der Sozialdemokratie fühlen. Die Propaganda wird getrieben auf dem Wege zum und vom Arbeitsplatz, und wir haben einstweilen dem nichts gegenüberzustellen. Dazu kommt noch, daß unsere Partei auf dem Gebiet der sonstigen Propaganda – ich denke nicht an die Kommunalwahlen – mehr oder weniger schläft. Es wird zwar allerhand geschrieben und auch viel Rednermaterial verschickt, aber weiß der Kuckuck, woran es liegt, es regt sich nichts!

Heute morgen hat Herr Seidel – der sich entschuldigen läßt, weil er wegfahren mußte – von den Ungarn-Versammlungen in Bayern gesprochen, die so außerordentlich stark besucht worden seien. Ich weiß nicht, wieviel Ungarn-Versammlungen in den übrigen Teilen der Bundesrepublik von der CDU abgehalten worden sind. Die Frage mag hier und da gestreift worden sein, aber daß wir unsere Politik bei der Bevölkerung entsprechend ausgewertet haben, das scheint mir nicht der Fall zu sein. Das ist eine Frage, die mir seit geraumer Zeit durch den Kopf geht. Vielleicht werden Sie, Herr Meyers, wenn wir über die Vorbereitungen zur Bundestagswahl sprechen, etwas darüber vorzubringen haben.

Meine Damen und Herren! Wir machen zuwenig aus uns! Wenn ich z.B. sehe, wie bescheiden und wie wenig machtbewußt unsere Fraktion im Bundestag gegenüber den Sozialdemokraten auftritt, wie man in den Ausschüssen immer nur daran denkt, um Gottes willen, lassen wir den Sozialdemokraten soweit wie möglich entgegenkommen, so kann ich nur sagen, man gewinnt eine Wahl nur in der Offensive, indem man die Schwächen des Gegners schonungslos darlegt. Sonst kann man keine Wahl gewinnen. Es gibt Bundestagsabgeordnete, über deren Tätigkeit in ihrem Wahlkreis man nur sehr Gutes hört. Es gibt aber auch Bundestagsabgeordnete, über deren Tätigkeit in ihrem Wahlkreis man überhaupt nichts hört. Der Herr Johnen hat zwar gestöhnt, als Herr Meyers von der Kandidatenauslese gesprochen hat, aber wir müssen hier noch Überlegungen anstellen, wie wir darüber hinwegkommen.

Ich erinnere mich, daß ich bei der letzten Bundestagswahl die Vorsitzenden der Fraktion gebeten hatte, mir schriftlich mitzuteilen, welche Bundestagsabgeordneten sie entbehren könnten. Ich habe keine Mitteilung darüber bekommen; sie waren alle unentbehrlich! Das geht nun nicht. Wir haben in unserer Bundestagsfraktion namentlich auf einem Gebiet doch die Vorzeichen einer bedenklichen Lücke, nämlich bei der Arbeitnehmervertretung. Wen haben wir da noch? Nur noch sehr wenige Leute. Da müssen junge und frische Leute heran, so daß ich der Auffassung bin, die Kommunalwahlen waren ein eklatanter Mißerfolg für uns. Darüber wollen wir uns klar sein. Sie sind vielfach schlecht ausgefallen, weil in den Ortsparteien ein Klüngel herrschte bis dorthinaus und die CDU-Wähler das einfach nicht mehr mitmachen wollten. Ich wiederhole: Ich könnte, wenn es gewünscht wird, fünf solcher Orte nennen, von denen ich das weiß; es handelt sich um drei Großstädte und zwei Kleinstädte.

Die Kommunalwahlen haben ein Weiteres gezeigt. Wir sind zuwenig lebendig und haben zuwenig getan. Unsere örtliche Organisation scheint nicht zu klappen. Da die Kommunalwahlen doch die Generalprobe für die Bundestagswahlen waren, haben

wir alle Veranlassung, unsere Organisation nachzuprüfen. Wir müssen weiter – es ist schade, daß Herr Heck nicht hier ist, aber Herr Meyers wird es für ihn empfangen – mit unseren Erfolgen ganz anders als bisher sofort an die Öffentlichkeit gehen. In dieser Beziehung tun wir sozusagen nichts. Ich weiß nicht, woran es liegt. Ist das Bescheidenheit? Ist es übertriebene Bescheidenheit? Ist es Trägheit? Oder was ist es eigentlich? Wir gehen mit unseren Erfolgen viel zuwenig an die Öffentlichkeit. In den letzten drei Monaten vor der Wahl läßt sich das, was wir in drei Jahren versäumt haben, nicht mehr nachholen. Es tut mir sehr leid, daß die Großstädte verlorengegangen sind. Aber nun müssen wir unsere Kraft daransetzen, daß wir die großen Städte wiederbekommen. Wir müssen vor allem dafür sorgen, daß die Organisation unserer Partei in den großen Städten nicht einfach sagt, die Mehrheit ist sozialdemokratisch. Das ist dummes Zeug. Es gibt nämlich eine große Zahl von Wählern, die jetzt bei den Kommunalwahlen aus irgendwelchen Gründen SPD gewählt haben, aber das sind nun keineswegs eingeschriebene Mitglieder der Sozialdemokratie. Wir sollten durch die Landesvorsitzenden an alle örtlichen Organisationen die Aufforderung richten, daß sie sich Rechenschaft geben müssen, daß sie die Organisation verbessern müssen, damit sie bis zur Bundestagswahl schlagkräftiger geworden sind. Wir müssen das Ziel haben, bei den nächsten Kommunalwahlen das wieder zu erreichen, was wir jetzt verloren haben. Die Lehre müssen wir unter allen Umständen daraus ziehen.

Heck: Herr Pettenberg möchte die Entschließung vorlesen, weil sie noch an die Presse gehen muß.

Pettenberg: „Der Bundesvorstand der CDU forderte auf seiner Sitzung am Freitag nach einem Bericht des Bundeskanzlers das deutsche Volk eindringlich auf, die ernststen Lehren aus dem tragischen Geschehen in Ungarn zu beherzigen. In erschütternder Weise ist die Richtigkeit der von der Bundesregierung und Bundespartei beharrlich (*Adenauer:* Ich würde sagen, „an der auch der Vorsitzende der CSU, Dr. Seidel, teilnahm“!) verfolgten Politik bestätigt worden, durch Zusammenarbeit mit ihren verbündeten Mächten und durch baldige Realisierung des deutschen Wehrbeitrages für das westeuropäische Verteidigungssystem die Sicherheit der Bundesrepublik zu festigen.

Die CDU erwartet von allen politischen Kräften unseres Volkes, daß sie bereit sind, nunmehr an der bisherigen Sicherung unseres Landes undoktrinär mitzuwirken und damit die Gefahren für den Frieden unserer Heimat und die Freiheit unseres Volkes zu bannen. Die deutsche Sozialdemokratie hat mit der von ihr bisher eingenommenen oppositionellen Haltung sich in Gegensatz zu den Sicherheitsbedürfnissen unseres Landes und zur Wehrpolitik ihrer Bruderparteien in allen anderen Ländern gestellt, wo von den Sozialisten die Wehrdienstpflicht ihrer Völker vorbehaltlos bejaht wird. Von dieser beklagenswerten Ausnahmestellung abzugehen und durch positive Mitarbeit die Wehrgesetzgebung der Bundesrepublik zu vollenden, erachtet die CDU als nationales Gebot der Stunde.“ (*Unruhe. – Adenauer:* Den Satz habe ich nicht verstanden. – *Zurufe:* Wir auch nicht!) Ich wiederhole: „Von dieser beklagenswerten Ausnahmestellung abzugehen und durch positive Mitarbeit die Wehrgesetzgebung

der Bundesrepublik zu vollenden, erachtet die CDU als nationales Gebot der Stunde.“
(*Erneute Unruhe.* – *Adenauer:* Das verstehe ich nicht! Soll das eine Aufforderung an die SPD sein?) Das ist gemeint!

Adenauer: Warum denn? Das könnte man vielleicht im Bundestag sagen, aber doch nicht in einem Beschluß unseres Parteivorstandes. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Für diejenigen, die die letzte Bundestagssitzung über diese Frage mitgemacht haben, bedeutet das doch wieder – ich kann mir nicht helfen – eine Demütigung vor der Sozialdemokratie. (*Zuruf:* Richtig!) Wir haben doch gar keine Veranlassung, uns vor der Sozialdemokratie zu demütigen! Wenn sie es nicht will, dann soll sie es doch bleiben lassen! (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Lemmer: Herr Bundeskanzler! Ich verstehe es ganz anders. Ich setze damit die Sozialdemokratie moralisch ins Unrecht. Aber sie wird nach menschlichem Ermessen bei ihrer Politik bleiben. Wir haben damit noch einmal an sie – nach den Erfahrungen von Ungarn – die Aufforderung gerichtet, von ihrer bisherigen Politik abzugehen. Sie wird es nicht tun; sie bleibt eigensinnig und unterscheidet sich von den Sozialisten anderer Länder, z.B. von Mollet und Spaak, die am europäischen Verteidigungssystem mitarbeiten. Unsere Sozialdemokratie sagt zu allem nein! Das wollte ich sagen, um sie ins Unrecht zu setzen, nicht aber, um uns zu demütigen, im Gegenteil, das wird der SPD sehr unangenehm sein.

Adenauer: Das wird nach meiner Meinung in einem Kreis der Bevölkerung so ausgelegt, daß wir nicht mehr den Mut hätten, allein den Weg zu gehen. Herr Lemmer, Sie verkennen vollkommen die Atmosphäre in der Bundesrepublik. Für Berlin würde ich Ihnen recht geben, hier nicht. Ich bin so wütend auf das deutsche Volk, das kann ich Ihnen gar nicht sagen; denn viele davon erblicken in allem eine gewisse Schwäche.

Kiesinger: Ich würde den Gedanken aggressiver fassen. Wir haben keinen Grund, verbindliche Töne anzuschlagen, nachdem wir von diesen Leuten dauernd Prügel bekommen. Man könnte sagen: „Welch anderen Beweises bedarf es noch, um die SPD davon zu überzeugen, daß ...“ Damit haben wir sie nicht aufgefordert.

Lemmer: Ich will sie ja nicht schonen, sondern angreifen!

Von Hassel: Das muß irgendwie in der Überschrift zum Ausdruck kommen.

Pettenberg: Wenn man den Anfang wegläßt: „Durch positive Mitarbeit die Wehrpflichtgesetzgebung der Bundesrepublik zu vollenden, erachtet die CDU als das nationale Gebot der Stunde.“

Meyers: Ich würde nichts von der Wehrpflicht sagen.

Pettenberg: Man kann den ganzen Satz weglassen: „Die CDU erwartet von allen politischen Kräften unseres Volkes, daß sie bereit sind, nunmehr an der militärischen Sicherung unseres Landes undoktrinär mitzuwirken und damit die Gefahren für den Frieden unserer Heimat und die Freiheit unseres Volkes zu bannen.“

Kunze: „Militärisch“ müssen wir streichen!

Arnold: „Militärisch und undoktrinär“ würde ich weglassen.

Adenauer: Ich würde es etwas primitiver fassen.

Pettenberg: „Nunmehr ...“

Adenauer: Lassen Sie doch das „nunmehr“ weg! (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Kiesinger: Dieses „nunmehr“ klingt so, als ob wir selber der Meinung seien, daß große Teile des deutschen Volkes uns nicht unterstützen und als ob nun dieses Ereignis uns entgegenkomme. Das sollten wir so nicht formulieren, denn das ist psychologisch nicht gut.

Adenauer: Darf ich vorschlagen, daß die Herren Lemmer und Kiesinger die Sache noch einmal durchsehen, nachdem wir Kritik geübt haben?

Lemmer: Damit ich nicht politisch mißverstanden werde! Mir kam es darauf an zu sagen: Wer wagt es nach der Lehre von Ungarn jetzt noch, die Obstruktion fortzusetzen?

Adenauer: Den Satz würde ich so akzeptieren!

Lemmer: Wunderbar! Nichts anderes war mit dem gemeint, es sind nur ein paar andere Worte.

Adenauer: Darauf kommt es aber an. Also, das würde ich akzeptieren, das ist ausgezeichnet! (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Darf ich jetzt um Wortmeldungen bitten zu der Frage der Kommunalwahlen!

Lübke: Liebe Parteifreunde! Es sind heute nicht viel Kollegen aus dem Kabinett hier, die zu Ihnen sprechen könnten über die Fragen, die heute angeschnitten worden sind. Ich darf zu den Fragen des Kabinetts folgendes sagen: Im gesamten hat das Team die Verantwortung für alles, was im Kabinett geschieht. Wenn aber der einzelne in seinem Ressort seine Gedanken nicht verwirklichen kann, ist das im wesentlichen seine persönliche Verantwortung. So kann man es wohl nennen. (*Zurufe:* Unklar!) Wenn der eine oder andere Kollege seine Zuflucht draußen in der Öffentlichkeit sucht, dann tut er das vielleicht unbewußt aus dem Gefühl heraus, daß er sich im Kabinett nicht durchsetzen kann. (*Adenauer:* Das war sibyllinisch! Haben Sie sich gemeint oder andere?) Ich darf sagen, ich gehöre nicht zu den lautesten Mitgliedern im Kabinett. Ich habe meine Politik, die am 20. Oktober vom Herrn Bundeskanzler in der Regierungserklärung festgelegt wurde⁵¹, weiterführen können mit Unterstützung des Kabinetts, speziell mit Unterstützung des Kabinettschefs. Ich habe niemals, auch nicht in schwierigen Stunden, irgendwelche Hemmungen im Kabinett gehabt, und in den Fällen, wo ich angeblich zu den streitenden Ministern gehörte, habe ich jedenfalls niemals einen anderen Ort gewählt als das Kabinett. Das Kabinett hat sich in meinem Falle hinter mich gestellt. Das darf ich in Gegenwart des Herrn Bundeskanzlers sagen. Und wenn Sie von dem Streit der Minister sprechen, so können Sie das ruhig weiter tun; denn ich rechne mich nicht dazu.

Zu den Kommunalwahlen! Nach den Feststellungen, die ich getroffen habe, haben wir in der bäuerlichen Bevölkerung ein starkes Anwachsen der CDU-Stimmen zu verzeichnen. Das bezieht sich auf die gesamten deutschen Länder. (*Meyers:* Mit Ausnahme von Ostwestfalen, da hat die FDP zugenommen.) Dinslaken war immer ein fester SPD-Kreis; er hätte deshalb auch nicht als neugewonnen in Ihrer Liste

51 Regierungserklärung vom 20. Oktober 1953 (Sten.Ber. 2.WP Bd.18 S. 11–22).

erscheinen dürfen. (*Meyers*: Als absolut neu!) Nein, bei der Wahl 1953 hat dieser Kreis mehr SPD-Stimmen als CDU-Stimmen gehabt. Der Kreis ist immer für die SPD gewesen. Herr Meyers hat die Frage gestellt: Wie haben wir unsere Politik verteidigt?

Ich darf Ihnen hier einmal etwas aus dem Nähkästchen sagen; denn hier ist niemand, der es in die Presse bringt. (*Meyers*: Vorsicht!) Wir haben seit etwa einem Jahr einen Vertrag mit bestimmten Pressestellen, bei denen ich nur den absoluten Erfolg bezahle.⁵² (*Zuruf*: Wieso?) Es wird hier nach Millionen-Auflagen gezahlt. Wir haben in der Zeit des Grünen Planes 18 Millionen gehabt, und heute haben wir es auf 28 Millionen Auflagen gebracht, und zwar mit den Nachrichten, die wir in diese Presse bringen. Darüber hinaus haben wir zwei Volksbegehren von uns aus gesteuert, Herr Bundeskanzler, erschrecken Sie bitte nicht. Wir haben bei einem EMNID-Institut eine Befragung gesteuert. EMNID hat folgende Frage gestellt: Sind Sie der Meinung, daß für die Landwirte zuviel geschieht, zuwenig, oder ist es richtig? Wenn wir die Antworten des „zuwenig“ und „richtig“ zusammenrechnen, kommen wir im Durchschnitt bei der ländlichen, mittelstädtischen und großstädtischen Bevölkerung auf 65 %. Der Rest teilt sich auf in „zuviel“ oder „kein Interesse“.

Ich glaube also, daß auf dem Gebiete von unserer Seite aus genügend geschaffen ist, um an die Landbevölkerung und die städtische Bevölkerung heranzukommen. Trotzdem stehe ich auf dem Standpunkt, daß sich die Preisentwicklung, und zwar die ungehemmte Preisentwicklung, sehr zum Ärger unserer Hausfrauen ausgewirkt hat. Unsere Hausfrauen haben überall, sicherlich auch in Köln, nicht nur die Wehrpflicht gegen sich gelten lassen, sondern auch die Preise. Nehmen Sie ruhig an, daß das wesentlich auf meinem Rücken ausgetragen wird, aber Sie wissen, daß ich die Linie vertrete, daß wir auch den Verbraucher nie ohne leistungsfähige Landwirtschaft lassen können, sonst hätten wir in diesen kritischen Tagen wegen der Lebensmittelversorgung nicht so ruhig sein können. Wir haben nicht ein Kilo draußen zu bestellen brauchen, um unsere Vorräte zu ergänzen.

Wenn z.B. bei den Hausfrauen bekannt wurde, daß wir im vorigen Jahr bei den ruinösen Schweinepreisen 1,5 Millionen gebraucht haben, um die Schweine ins Ausland zu bringen, so darf ich sagen, daß wir in diesem Jahr 15 Millionen mehr allein an Lagerkosten ausgegeben haben, um die Fleischmengen in Deutschland zu subsumieren; das war notwendig, damit wir in diesem Sommer und Herbst keine Preissteigerung bekamen. So ist die Situation. Die Vorratshaltung kostet in diesem Jahr 205 Millionen. Dabei geschieht offenbar nichts für den Verbraucher! Es heißt immer, man soll sich mehr an die Hausfrauen halten, was meiner natürlichen Veranlagung sogar durchaus entsprechen würde. (*Heiterkeit.*) Aber ich habe keine Zeit dazu. In

52 Es handelte sich dabei um das Redaktionsbüro Hermann Bernick (Düsseldorf), durch das das Ministerium Texte in die Presse streuen ließ; die Vergütung lag bei einer Mark pro 1.000 Auflage (frdl. Auskunft des damaligen Pressesprechers des Ministeriums Dr. Hans Eiche).

Nürnberg hat sich der Weißbrotpreis um 10 Pf, der Roggenbrotpreis um 5 Pf und der Brötchenpreis um 1 Pf erhöht. Das ist eine ganz ungewöhnliche Steigerung. Es handelt sich um 480 Bäckereien. Die Staatsanwaltschaft beschäftigt sich mit der Sache, und die polizeilichen Untersuchungen sind im Gange. Wir haben die Hoffnung, daß wir das wieder zurückdrängen können. Wir sind gerade dabei, die Preissteigerungen durch öffentliche Mittel auszuschalten, damit aber auch die Bäcker zu veranlassen, die Brotpreise nicht anzurühren.⁵³ Die vernünftigen Leute im Bäckerverband gehen mit uns, aber man kann solche Ausschreitungen nicht verhindern, es sei denn, man hätte einen Wirtschaftsapparat, der von uns abgeschafft worden ist. Deshalb meine ich, wir haben in diesem Punkt, ganz abgesehen von dem zuständigen Ministerium, auch unsere Verantwortung.

Ich habe festgestellt, daß von den katholischen Frauenverbänden nur ein einziger Verband nicht in der sogenannten Verbrauchergemeinschaft ist. Diese Verbrauchergemeinschaft ist eine von der SPD und den Gewerkschaften gesteuerte große Gemeinschaft. Sogar der katholische Mütterverband ist dabei! Die bekommen von der Zentrale das ganze Material. Am Vorabend der Wahl brachte eine illustrierte Zeitung Bilder und stellte dar, in welchem Umfang die Bundesregierung und ich daran schuld seien, daß die Preise für die Lebensmittel angestiegen sind. Wir tun alles, um die Hausfrauen über den wahren Sachverhalt aufzuklären und ihnen beizubringen, daß das nicht von uns aus geschieht.

Wenn wir die Fehler, die wir gemacht haben, bei der nächsten Wahl vermeiden, wenn wir in Hausfrauen-Versammlungen stärker als bisher aktiv werden und die Hausfrauenverbände aus den Klauen der Gewerkschaften und der SPD herausziehen, dann werden die nächsten Wahlen anders ausfallen.

Zimmer: Ich möchte auf die Ausführungen von Herrn Meyers eingehen, ohne damit meinem Landesvorsitzenden vorzugreifen, der generell zu dem Ergebnis der Wahlen in Rheinland-Pfalz Stellung nehmen wird. Zunächst zur KP! Vor zwei Jahren wurden wir über den Fortgang dieses Prozesses befragt. Ich habe mich damals gegen den Fortgang ausgesprochen, weil ich der Meinung war, die KP stört uns nicht, aber sie wird der SPD Mandate zutreiben.

Nach dem Ausspruch des Urteils war ich allerdings der Meinung, daß man 1. nunmehr im Interesse der Autorität des Bundesverfassungsgerichts dem Urteil radikal

53 Obwohl der Milch- und Getreidepreis gesunken war, forderte das Bäckerhandwerk eine Preisanhebung wegen gestiegener Kosten für Kohle, Löhne und andere gewerbliche Preisfaktoren. Die gestiegenen Kosten hatten in Nürnberg zur Schließung von 22 kleineren Bäckereien geführt. – Im Streit um die Erhöhung des Brotpreises wurde am 13. März ein Kompromiß zwischen der Bundesregierung und dem Backgewerbe erzielt. Während das Backgewerbe eine generelle Erhöhung des Brotpreises um 5 Pf. gefordert hatte, einigte man sich auf einen Vorschlag, nach dem das Zweipfundbrot um 3 Pf. und das Dreipfundbrot um 4 Pf. teurer werden sollte. Die Mehrbelastung für eine vierköpfige Familie sollte sich nach Berechnungen danach auf DM 0,60 pro Monat belaufen (vgl. „Deutsche Bauernzeitung“ vom 21. März 1957).

Geltung verschaffen müsse, auch im Hinblick auf die Möglichkeit rechtsradikaler Elemente, 2. daß es auf der kommunalen Ebene keinen großen Unterschied macht, ob die SPD in den kommunalen Parlamenten sekundiert wird durch offene KP-Mandate oder ob sie einen eigenen Zuwachs bekommt. Auf der Bundesebene jedoch ist es ein großer Unterschied, ob wir im Bundestag 15 SPD-Mandate mehr haben oder nicht.

Unter diesem Gesichtspunkt waren die Ausführungen des Herrn Meyers in der Sache nicht ganz richtig. Formal ist es so, daß in Ludwigshafen, in Mainz, in Kaiserslautern, in Worms und in Frankenthal nunmehr die SPD die absolute Mehrheit bekommen hat, aber praktisch hatte sie bisher in diesen Städten bereits mit den Kommunisten die absolute Mehrheit. Sie hatte dort auch schon SPD-Bürgermeister, so daß sich also in der Praxis in diesen Städten nichts geändert hat. Ludwigshafen hatte bisher 25 SPD-Abgeordnete und 5 KP-Abgeordnete. Jetzt hat es 30 SPD-Abgeordnete. An der Zahl hat sich nichts geändert. In Mainz waren es bisher 24 von 47 Abgeordneten, also die absolute Mehrheit. Jetzt hat die SPD 27 von 51. Die CDU hat dort 3 Mandate gewonnen. In Kaiserslautern hatte sie 22 von 43; jetzt hat sie 24 von 47, wo sich die Zahl erhöht hat. Genauso ist es in Frankenthal. Dort ist die Mandatsziffer der SPD lediglich um die der KP vermehrt worden, was aber an der Situation nichts ändert; denn die KP ging bei uns bisher mit der SPD durch dick und dünn.

Aufgrund Ihrer Ausführungen, die ich persönlich sonst im wesentlichen bejahe, möchte ich doch bitten, einmal im Bundessekretariat über die Dynamik und Bewegung der Wähler etwas nachzudenken und Prüfungen vorzunehmen. Die SPD hat Zuwachs von der KP, von jungen Leuten, von Frauen, ja offenbar auch von der CDU bekommen, die nicht ganz sicher waren. Umgekehrt hat die CDU bei uns offensichtlich einen Teil der früheren FDP-Stimmen bekommen. Es gibt eine nicht ganz einfache Fluktuation der Wähler, wenn ich auch zugebe, daß einige direkt von rechts nach links herübergegangen sind. Demgegenüber gibt es einen natürlichen Bereich der CDU-Wählerschaft und einen Bereich, in den wir niemals richtig hineinkommen; es sind Wähler, die wir nicht ansprechen können. Es gibt einen bürgerlichen Stamm von Wählern, bei denen für die CDU Hopfen und Malz verloren ist. Das sind die Leute, von denen der Herr Bundeskanzler früher wiederholt gesagt hat: Wir sind interessiert an einer gut geführten liberalen Partei. Es gibt also eine Reihe von Wählern, die von uns nicht angesprochen werden können, aber wir haben ein Interesse daran, daß diese Wähler irgendetwie gebunden werden, damit sie nicht zu Hause bleiben oder zur SPD überlaufen.

Ich möchte einen Punkt herausgreifen, der mit der aktuellen Politik nichts zu tun hat. Nach meiner Meinung profitiert die SPD zunehmend von der zwar langsam, aber sicher erfolgenden soziologischen Verschiebung in unserem Volke, nämlich die soziologische Verschiebung vom Selbständigen zum Unselbständigen. Die SPD ist im letzten Jahr mehr als bisher die Partei der Arbeitnehmer – der Lohn- und Gehaltsempfänger – geworden, und wir vernachlässigen diese Schicht. Die SPD ist

für diese Leute die „Partei der kleinen Leute“. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf diese Angelegenheit lenken.

Es ist eine Hauptaufgabe der CDU, daß sie sich bei den kommenden Bundestagswahlen nach dieser Seite besser abschirmt. Es darf nicht so bleiben, wie es jetzt in den Betrieben der Fall ist, daß die Leute glauben, die Partei der kleinen Leute sei die SPD. Diese Stimmungen und Schwingungen machen die Wahl für uns so schwer. Wir müssen im Bewußtsein dieser Leute wieder mehr eine Partei der kleinen Leute werden. Die beste soziale Partei war die CDU. Sie hat die stärkste und nachhaltigste Sozialpolitik betrieben in diesem Jahr. Das sage ich in meinen Versammlungen, aber das ist nicht genügend sonstwo zum Ausdruck gekommen.

Wir müssen den Arbeitern zum Bewußtsein bringen, daß wir ihre Partei sind, die ihnen den Arbeitsplatz besorgt hat usw. Verzeihen Sie, ich sage das hier ein bißchen scharf, es sind auch nicht gerade neue Entdeckungen, auf die ich den Akzent gelegt wissen möchte, aber ich möchte doch darum bitten, daß die Bundesgeschäftsstelle überlegt, wie wir neben den materiellen Argumenten, wie Wohlstand und Lebensstandard, noch stärker an die ethischen Motive und Werte appellieren können.

Dichtel: Herr Meyers hat davon gesprochen, daß man die Dinge nur sehr schwer beurteilen könne. Das ist richtig. Bei uns in Baden-Württemberg liegt die Problematik zum Teil im Wahlgesetz begründet. Die Dinge sind sehr undurchsichtig. Ich habe mir von 18 Wahlkreisen in Südbaden die Ziffern geben lassen; die amtlichen Ergebnisse liegen noch nicht vor. Daraus ersehen Sie die Kompliziertheit dieses Systems. Wir haben in 18 Wahlkreisen 795 CDU-Vertreter, 374 SPD-Vertreter, 106 FDP-Vertreter und – das ist der Knalleffekt – 1.470 Vertreter von Freien Listen. Im Wahlkampf mußten wir bei der Bekämpfung der Freien Listen sehr vorsichtig sein, denn der Wähler der Freien Liste von heute ist der Bundestagswähler der CDU im nächsten Jahr.

Wir haben zwar in der CDU etwas zugenommen, aber der eigentliche Gewinner ist die SPD, die stärker als wir zugenommen hat.⁵⁴ Man kann aber nicht viel Neues sagen. Die enge Verbindung zwischen der SPD und den Gewerkschaften macht sich bei jeder Wahl für uns verhängnisvoll bemerkbar. In Freiburg hat die SPD vier oder fünf Gewerkschaftssekretäre von sich aufgestellt. Das bedeutet einen Schock für das Bürgertum, aber in den Arbeitnehmerkreisen hat es hervorragend gewirkt.

Wir haben uns bei der Einführung der Wehrpflicht der staatspolitischen Notwendigkeit gebeugt, aber für einsichtige Politiker war es absolut klar, daß wir dafür etwas zahlen mußten. Und diese Zahlung ist auch eingetreten. Man hat bei dieser Wahl noch stärker als bisher an das Gefühl appelliert. Man appelliert an das Mütterchen, an die Frau, an die Jugend. Ich habe auch in den Kreisen der Jugend – und zwar von der Universität her – in starkem Maße Gedankengänge gefunden und festgestellt, die ich als sehr bedauerlich empfinde. Ungarn hat sich bei uns in den Wahlen noch nicht ausgewirkt. Eine öffentliche Meinung kann man in so kurzer Zeit nicht umstoßen.

54 Ergebnis und Bewertung in UiD vom 29. November 1956.

Ich bin aber der Meinung, daß sich die Situation für die CDU seit den Vorgängen in Ungarn wesentlich gebessert hat, weil sie die Richtigkeit der CDU-Politik beweisen.

Wir müssen mit unserer Propaganda sofort beginnen! Wenn der Bundestag und die Bundesregierung noch etwas Wirksames tun wollen, nämlich für die Wahl, dann muß es gleich geschehen. Im Februar oder März nächsten Jahres werden diese Maßnahmen – das sage ich ganz offen – nur noch als Wahlspeck betrachtet. Wir kommen mit der Rentenreform sowieso schon sehr spät heraus. Aber auch andere Maßnahmen, die unsere Situation erleichtern und die zudem nicht viel Geld kosten, müssen jetzt getroffen werden. Was nach dem Februar kommt, wird von der Öffentlichkeit nicht mehr positiv abgenommen. Ich habe daher eine Bitte: Machen Sie Überstunden, damit die Sache möglichst bald gemacht wird! Später hat es nicht mehr viel Sinn.

Johnen: Das Landespräsidium von Nordrhein und Westfalen ist im Begriff, eine genaue Wahlanalyse zu machen. Sie wird in der Form einer Denkschrift herausgegeben, wobei wir unsere eigenen Fehler – soweit wir sie erkennen – bekanntgeben, aber auch mit dem Finger darauf zeigen, wo andere schuldig sind. Die Denkschrift wird in einigen Wochen erscheinen.⁵⁵ Richtig ist, daß wir das Mehr, was die SPD bekommen hat, nicht verkleinern sollen. Der Trend zur SPD ist da. Die SPD hat allein in Nordrhein seit der letzten Wahl einen Zuwachs von 561.000 Wählerstimmen! Nordrhein hat 5,4 Millionen Wähler, aber die SPD hat 561.000 Wähler mehr. Daran ist nicht vorbeizukommen.

Ich darf aber auch etwas zugunsten der CDU sagen. Sie ist nicht ganz so schlecht, wie es hier klingt. Die CDU hat in Nordrhein in den letzten Jahren in folgenden Fällen die absolute Mehrheit erzielt:

1952 in 423 jetzt in 432 kreisangehörigen Städten und Gemeinden

1952 in 72 jetzt in 78 Ämtern

1952 in 10 jetzt in 12 Landkreisen.

Demgegenüber steht aber sachlich und optisch folgendes: Wo die CDU die absolute Mehrheit nicht hat, stellt sie jetzt in den meisten Städten und Kreisen nicht mehr den Oberbürgermeister oder den Landrat, weil sich die übrigen Parteien im Schnitt gegen die CDU verschworen haben. Das ist allerdings nicht überall der Fall. Es gibt auch eine Reihe von Ausnahmen. Dabei sind einige interessante Dinge festzustellen. Wo in Landkreisen eine sehr hohe Wahlbeteiligung war, hat die CDU in den meisten Kreisen an Stimmen verloren, die höheren Ziffern gingen zugunsten der SPD; die höhere Wahlbeteiligung in den Großstädten ging zugunsten der CDU. Das ist genau umgekehrt das, was unsere Wahlarithmetiker immer behauptet haben. Die geringste Wahlbeteiligung hat die Stadt Köln mit 65,6 %. Ich will das nicht herabsetzen, wenn ich jetzt sage, daß Jülich 84,9 % hatte.

In diesem kleinen Kreis von 60.000 Einwohnern sind allein fünf Landesminister anderer Parteien aktiv gewesen, um den Kreis zu zerreden. Das ist aber offenbar

55 Analyse in ACDP III-002-053/1.

nicht gelungen, wobei die große Versammlung, die Herr Ministerpräsident Arnold gehalten hat, zum Wesentlichen beigetragen hat, aber auch Frau Brauksiepe eine gute Unterstützung lieferte.

Wir kommen nicht daran vorbei, daß wir in den Bezirken, wo wir nicht mehr die absolute Mehrheit haben, die Spitze in den Parlamenten im wesentlichen verloren haben. Das Zentrum hat seltsamerweise in einer Reihe von Kreisen gewonnen und in einer Reihe von Kreisen verloren. Interessant ist folgendes: Ein Teil der Zentrumsliste hat mit dem Zentrum nichts zu tun. Sie geht nicht bis zur Kreisebene, sondern es sind zerspaltene CDU-Listen in den Gemeinden. Die Gemeinderatsmitglieder haben sich nicht einigen können; die einen laufen unter Zentrum, die anderen unter CDU. Wir glauben festgestellt zu haben, daß ein Teil sehr junger Leute Zentrum gewählt hat. Das ist sehr bedenklich für uns. Das sind die jungen Leute, die die SPD nicht wählen wollen, aber die CDU wegen der Wehrfrage nicht gewählt haben und deshalb auf das Zentrum ausgewichen sind. Das ist immerhin etwas, was wir bei der Bundestagswahl beachten sollten.

Die FDP hat bei uns wesentlich abgenommen. Die Freie Volkspartei ist kaum zum Zuge gekommen. Wo sie zum Zuge gekommen ist, handelt es sich nicht um FVP, sondern um frühere Freie Wählervereinigungen, die deshalb, weil sie keine Reserveliste hatten, sich Freie Volkspartei genannt haben. Nach der Wahl haben sie mit der FDP wieder eine Fraktion gebildet. Der BHE ist auf 2,2 % abgesunken. Er hat bei uns nie eine Rolle in größerem Ausmaß gespielt.

Ich darf jetzt sagen, worauf – von uns aus gesehen – das bei uns wenig gute Ergebnis zurückzuführen ist. Die Vorverlegung des Wahltermins vom 4. November auf den 28. Oktober hat vor allen Dingen in den Großstädten den Wahlkampfplan restlos durcheinandergebracht. Die Säle waren belegt und nicht mehr zu bekommen. Die Redner fielen aus, weil sie woanders waren. In den Großstädten ist auf der CDU-Seite ein großes Durcheinander entstanden. Dazu fiel die Reise des Bundestages mitten in den Wahlkampf. Es ist nicht daran vorbeizusehen, daß ein großer Teil der Bundestagsabgeordneten sich beim Bund entschuldigt hat mit dem Wahlkampf und sich bei uns entschuldigt hat mit der Tätigkeit im Bund. (*Unruhe und Bewegung.* – *Krone*: Auch Abgeordnete des Landes. – *Adenauer*: In Berlin waren sie auch. Ich weiß nicht, was sie da getan haben.)

Dazu kommt folgendes: Die Länder sind restlos im Stich gelassen worden mit den Finanzen. Wir haben als Landesverband nicht gewußt, wie wir die Kommunalwahlen bezahlen sollen, und das wenige Geld, das gekommen ist, kam zu spät. Es ist zum Teil jetzt noch nicht da! (*Zurufe*: Hört! Hört!) Man kann ohne Finanzen keinen Wahlkampf führen. Die Bundesgeschäftsstelle und der Herr Bach – er ist leider nicht hier – sollten sich inzwischen überlegen, daß ein Kommunalwahlkampf viel teurer ist als ein Wahlkampf für den Bundestag; denn wir müssen doch in jeden einzelnen Ort hinein. Sachlich waren es die Preise, die Wehrpflicht, die Sozialreform usw.

Nun zur Frage der Kandidaten! Sie haben drei Großstädte erwähnt. Ich will die Städte nicht nennen. Daß Köln darunter ist, sehe ich an Ihrem Gesicht genauso,

wie Sie es sonst im Gesicht von Herrn Lemmer sehen.⁵⁶ (*Heiterkeit.*) Man kann keine Kandidaten aufstellen, die die Bevölkerung und auch die CDU nicht mehr wollen. Ich darf ein bekanntes Wort abwandeln: Es sollte hier keine Erbhöfe für die Kandidaten geben. Ich habe verlangt, daß die Ortsparteien geheim wählen, weil ich auf dem Standpunkt stehe, wenn einer 10 Jahre lang Landrat gespielt hat, dann ist es die Bevölkerung müde, und sie möchte mal einen anderen sehen. (*Weber: Wie war es denn bei Ihnen?*) Ich habe mich zwingen lassen! Der gesamte Kreistag hat mich einstimmig wiedergewählt. (*Zuruf: Das ist sehr verdächtig!*) Das ist sehr verdächtig, aber ein Kreis, der aufbauen muß, hat sie alle nötig. Es wäre gut, wenn in den Kreisen geheim gewählt würde.

Zu der Frage, die Herr Zimmer angeschnitten hat, folgendes: Die „Partei der kleinen Leute“ wollen wir nicht sein. (*Zimmer: Auch sein!*) Wir sind eine Partei für die gesamte Bevölkerung. (*Zimmer: Aber die kleinen Leute gehören auch dazu!*) Die SPD läuft sich die Beine ab, daß sie die großen Leute bekommt. Es ist sehr gefährlich zu proklamieren: Wir sind die Partei der kleinen Leute. Die SPD hatte in einem Arbeiterviertel einer Stadt einen Akademiker aufgestellt. Die CDU hatte einen Gewerkschaftssekretär aufgestellt. Und der Gewerkschaftssekretär ist haus- hoch hineingefallen! Der SPD-Mann, ein Mediziner, ist von den Arbeitern gewählt worden, weil er eben SPD war. Der Gewerkschaftssekretär ist von den Arbeitern nicht gewählt worden, weil er CDU war. Man kann das nicht über einen Kamm scheren.

Herr Bundeskanzler! Sie haben von der Mutlosigkeit der Würdenträger gesprochen. Dem muß ich widersprechen. Sie haben von dem anonymen Mann gesprochen, der viel in der Partei herumkommt und der Ihnen das zugetragen hat. Dieser Mann irrt! Es gibt natürlich Kreisvorsitzende, die plötzlich einmal mutlos geworden sind, weil sie von oben nichts hörten, aber im Schnitt ist es nicht so. Sicher sagen einem die Kreisvorsitzenden, wenn man dort redet, ihre Sorgen, aber nach unten geben sie ihre Sorgen nicht weiter, sondern da säen sie Vertrauen. Aber wem sollen sie ihre Sorgen anders denn sagen als den Parteirednern? Das ist doch der richtige Ort, wo sie ihre vermeintlichen oder echten Sorgen anbringen können. Dafür muß man doch Verständnis haben. (*Adenauer: Das war kein Parteiredner!*) Dann war es um so schlimmer! (*Adenauer: Nein, nein, Herr Johnen, so ist es nicht!*)

Schade, daß Herr Seidel nicht hier ist. Ich wollte ihm etwas wegen Ungarn sagen. Wir haben in der Landtagsfraktion am Montag beinahe den ganzen Vormittag diese Frage behandelt und auch sofort etwas getan. Das Landespräsidium hat sofort beschlossen, eine Versammlung durchzuführen. In Bochum war dann eine große Versammlung für Ungarn mit einer Rede von Herrn Arnold. Dort waren, obwohl die Wahl gerade vorbei war, 17.000 Menschen auf den Beinen, und zwar gegen den

⁵⁶ Der Stimmenzuwachs der SPD in Köln betrug 30 %, jener der CDU nur 12,5 %. Analyse in „Kölner Rundschau“ vom 30. Oktober 1956 „Und jetzt: Helm fester binden!“

Widerstand der gesamten Stadtverwaltung.⁵⁷ (*Adenauer*: Das ist eine Ausnahme!) Wir hatten eine Einstweilige Verfügung erwirkt, weil uns die SPD die zugesagte Werkhalle nicht geben wollte. Sie tat es mit der Begründung, die Weltlage sei entspannt und die Kundgebung daher nicht mehr erforderlich. Es ist in Nordrhein-Westfalen so, daß z.Z. keine Versammlung stattfindet, die nicht mit Ungarn beginnt oder endet.

Ich halte es für viel besser, wenn zentral neben der Plakatierung an den Litfaßsäulen noch die Reden im Wortlaut verteilt werden, als wenn wir jetzt in jedem Kreis nach Schema F eine Ungarn-Versammlung machten, die sich verbraucht. Man kann wohl in 14 Tagen oder 3 Wochen in einer größeren Stadt eine Kundgebung veranstalten, aber hier spielt doch auch wieder die Geldfrage die Hauptrolle. So eine Versammlung kostet rd. DM 80.000,-. Und wenn man nichts hat, ist das ein hoher Betrag. Doch war es für uns ganz klar, daß etwas geschehen mußte. Herr Ministerpräsident Arnold hat sich persönlich sehr dafür eingesetzt. Auch das Geld mußte beschafft werden. Für Westfalen sind die Dinge etwas schwieriger, weil es dort verhältnismäßig wenig Städte und Landkreise gibt, wo die CDU die absolute Mehrheit erzielt hat und die Kombination der anderen Parteien sehr scharf gegen die CDU ist. In Westfalen verlor die CDU – nach den Worten Lensings – in allen Großstädten, bedeutenden Mittelstädten und Landkreisen die Führung. Wir werden Ihnen die Denkschrift zustellen, weil wir alle aus dem Ergebnis der Kommunalwahlen für die Bundestagswahlen lernen wollen und müssen.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, Herr Bundeskanzler, wenn bei der Kandidatenaufstellung Ihre Autorität noch einmal ganz klar zum Vorschein käme, daß Sie uns helfen und sich selber nicht mißbrauchen lassen, indem es nämlich heißt: Auch der Bundeskanzler ... (*Adenauer*: Jetzt streicht er mir den Linus Kather aufs Brot!)

Sie denken an Ihre Todsünden selber! Es werden aber massive Kandidaten auf mich zukommen, die glauben, sie hätten den Wahlkreis für immer gepachtet, und sagen, der Bundeskanzler selber hält mich für unentbehrlich. (*Krone*: Sie glauben doch nicht alles, Herr Johnen!) Nein, aber es ist bedenklich, wenn einer das sagt. Ich möchte, Herr Bundeskanzler, daß Sie sich nicht mißbrauchen lassen. Ich möchte weiter, daß Sie nicht nur der Bundestagsfraktion den Mut zuschieben, Prädikate zu erteilen, sondern daß Sie es auch mal selber tun. Wenn nämlich der Parteivorsitzende und die Fraktion sagen, der Johnen beispielsweise ist ersetzbar, dann wirkt das viel mehr, als wenn die Fraktion gegen jemand ausgespielt wird.

Die Kandidatenaufstellung wird diesmal um so schwieriger, weil jeder, der einen sicheren Wahlkreis hat, auf der Reserveliste noch einmal gesichert werden will, und diejenigen, die von der Reserveliste kommen, wollen alle an die erste Stelle. Das ist eine Aufgabe, die nur gelöst werden kann, wenn die verantwortlichen Stellen nicht gegeneinanderschießen, sondern wenn sie einig sind.

⁵⁷ Ungarn in Not! Europa auch? Rede auf der Kundgebung des NW-Landespräsidiums der CDU am 10. November 1956 in Bochum. Hrsg. vom CDU-Landespräsidium NW o.O. o.J. Vgl. HÜWEL S. 312; Bericht in der „Welt“ vom 12. November 1956.

Altmeier: Rheinland-Pfalz hat ebenfalls eine Wahlanalyse erstellt, über die wir uns morgen in Mainz mit den Kreisvorsitzenden unterhalten werden. Ich kann die Zahlen nicht alle nennen, sondern werde die Analyse nach Bonn geben.⁵⁸ Bei den Kommunalwahlen entsteht die Frage: Womit kann man sie vergleichen? (*Zurufe*: Mit den Kommunalwahlen!) Ja, nur mit Kommunalwahlen, und wenn man das tut, dann haben wir in Rheinland-Pfalz gegenüber 1952 mit einem Plus von rund 3 % abgeschnitten. Das hat zur Folge, daß in keiner Stadt unseres Landes die CDU irgendeine Position verloren hat.

In Mainz haben wir noch nie die Mehrheit gehabt, weil die SPD und die Kommunisten zusammen die absolute Mehrheit dort hatten; das gleiche gilt auch für Ludwigshafen. Es hat sich nur geändert, daß jetzt die Stimmen auf die SPD allein gefallen sind. Wir haben die Tatsache zu verzeichnen, daß die bei allen früheren Wahlen abgegebenen kommunistischen Stimmen immer unter den Tisch gefallen sind. Jetzt aber, nachdem die Kommunistische Partei nicht mehr da ist und die Leute SPD wählen, ist die SPD gestärkt worden, d.h., bei diesen Kommunalwahlen wurden diese früheren kommunistischen Stimmen zum ersten Mal wirksam. Jetzt liegen sie im Pott drin. Solange die Kommunistische Partei nicht verboten war, lag sie, weil sie immer unter 5 % blieb, nicht drin. Das ist eine Feststellung, die bei uns gemacht worden ist.

Wenn wir die letzte Landtagswahl mit der jetzigen Kommunalwahl vergleichen, kommen wir zu der Feststellung, daß wir von 46,8 % auf 41,1 % bei der Kommunalwahl zurückgegangen sind. Das ist ein Minus von 5 %, denen aber die schon immer vorhandenen Freien Listen – die rund 8 bis 9 % ausmachen – gegenübergestellt werden müssen. Von diesen 8 bis 9 % der Freien Listen können wir – bei einigermaßen Optimismus – für eine politische Wahl mindestens die Hälfte, wahrscheinlich noch mehr, für die CDU rechnen, so daß man ohne Übertreibung sagen kann, die Kommunalwahlen 1956 sind identisch mit der Landtagswahl im Jahre 1955. Insofern sind wir auch bei diesem Vergleich nicht pessimistischer Auffassung.

Ich darf daran erinnern, daß wir bei der Wahl im vergangenen Jahr zum ersten Mal im Landtag die absolute Mehrheit bekommen haben. Vergleichen wir freilich diese Kommunalwahlen mit der Bundestagswahl, dann ergibt sich – das ist aber nicht nur in Rheinland-Pfalz so, sondern überall –, daß die Diskrepanz zwischen diesen beiden Ergebnissen 11 % beträgt. Die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl wies 87,5 % auf, während sie jetzt 79 % beträgt. Wenn ich nun diesen Unterschied von 8 % als stille Reserve ansehe und zähle die Reserve der Freien Listen – von denen ich eben gesprochen habe – hinzu, dann wird das Bild schon ganz anders, als wenn man nur die reinen Zahlen sieht.

Verhindern müssen wir jeden unnötigen Schritt der Zersplitterung des bürgerlichen Lagers. So ist z.B. bei dieser Kommunalwahl zum ersten Mal die Deutsche Partei in der Pfalz aufgetreten, die 3,6 % der Stimmen auf sich vereinigt hat, die aber unter

58 Wahlergebnis Kommunalwahlen 11. November 1956. Koblenz, im November 1956, erstellt durch die Landesgeschäftsstelle (streng vertraulich) in: ACDP III-001-012.

den Tisch gefallen sind, weil sie unter der 5%-Grenze blieben. Dieses Auftreten ist vom Standpunkt der Koalition aus unverständlich. Der Koalitionspartner muß doch wissen, daß er bei uns im Lande nicht landen kann.

Es wurde von getrennten Wahlen zwischen Männern und Frauen in Köln gesprochen. Auch wir haben in unserem Lande durch das Statistische Landesamt solche Versuche in einigen Orten durchgeführt. Dabei hat sich zum ersten Mal ergeben, daß – wie in Köln – mehr Männer als Frauen CDU gewählt haben.

Ein Wort zur Wehrfrage! Der Zwanzigjährige, der demnächst Soldat wird, fragt nicht nach den großen Gesichtspunkten der Politik. Es kann nicht bestritten werden, daß der junge Wähler, der zum ersten Male an die Wahlurne ging, aus Ärger darüber, daß man ihm ein Jahr abnimmt, SPD gewählt hat. Das hat wohl in vielen Fällen dazu geführt, daß auch die Mutter mit dem jungen Mann die gleiche Konsequenz gezogen hat.

Ein Wort zur FDP! Die FDP hatte bei uns im Lande in ihrer besten Zeit einen Stand von 16 %. Sie ist bei der letzten Landtagswahl auf 12 % zurückgefallen. Diese 12 % hat sie bei den Kommunalwahlen gehalten. Man geht nicht fehl in der Annahme, daß sie sie deshalb gehalten hat, weil es bei uns überhaupt keine FVP gab. Sie war nirgendwo aufgetreten. Die FDP ist bei uns in der Regierung, wodurch sie zweifellos profitiert hat in den Augen ihrer Anhänger. Sie hat aber auch dadurch profitiert, weil sie in der Politik nicht à la Dehler verfahren hat. Die FDP ist also bei uns in den letzten anderthalb Jahren nicht schwächer geworden.

Die Versammlungstätigkeit war bei uns sehr groß, auch wenn andere Mitteilungen an den Herrn Bundeskanzler gekommen sind, wie ich aus einem Telegramm schließen muß, das er mir geschickt hat. Die Versammlungen waren aber für alle Parteien schlecht besucht. Ich weiß z.B., daß unser Finanzminister, der der FDP angehört⁵⁹, im Großen Saal des Kurfürstlichen Schlosses in Mainz vor 69 Leuten gesprochen hat.

Wir haben unter dem Motto „Ungarn“ überfüllte Versammlungen im ganzen Lande gehabt, die jeden Abend abgerollt und uns zweifellos zugute gekommen sind. Aber umgekehrt hat die SPD auch das Verhalten der Engländer und Franzosen in Ägypten ausgenützt und Parolen ausgegeben wie: Es sind alles Lumpen, man kann machen, was man will, die reden alle von Demokratie, und zum Schluß machen sie alle dasselbe. Die Vorgänge von Frankreich und England in Ägypten und am Suezkanal haben uns zweifellos geschadet.

Unsere Kommunalwahl brachte ein Ergebnis, das wir kaum erwartet haben. Es wirkte sich in der Weise aus, daß überall da, wo die SPD zunahm, auch die CDU zugenommen hat. Die CDU hat nirgendwo an die SPD verloren, sie hat überall in den Kreisen und Städten, wo die SPD stärker geworden ist, auch Mandate gewonnen. Der Herr Bundeskanzler hat von einem eklatanten Mißerfolg gesprochen. Ich möchte das nicht für uns gesagt haben. Herr Bundeskanzler, das Wort vom Klüngel ist ein kölsches Wort. Ich möchte es nicht ... (*Adenauer*: Der Klüngel ist aber überall!) Ich

59 Wilhelm Nowack.

möchte nicht sagen, daß er bei uns war. (*Adenauer*: Ich weiß zwar keinen Fall, Herr Altmeier, aber Sie sind doch kein Engel! Wie oft haben Sie schon geklüngelt, und wie oft habe ich auch geklüngelt! – *Heiterkeit*.) Das ist eine ganz gute Tugend!

Man muß in den Versammlungen zu den Leuten zunächst etwas von der Selbstverwaltung sagen, um dann im weiteren Verlauf des Vortrages auf die hohe Politik zu kommen. Und dann kommt Leben in die Bude! Vorher hören die Leute nicht richtig zu. In diesem Wahlkampf hat die Bundespolitik im Vordergrund der Auseinandersetzungen gestanden. Die SPD war außerordentlich wirksam. Was wir als Invasion in diesen 14 Tagen des Wahlkampfes von der SPD hatten – und zwar waren darunter die höchsten Spitzen –, das geht auf keine Kuhhaut. Dagegen haben wir mit den CDU-Rednern aus der Bundesrepublik schlechte Erfahrungen machen müssen. Tatsache ist, daß wegen der Wehrdebatte am Donnerstag oder Freitag soundso viele Bundestagsabgeordnete in letzter Minute einfach die Versammlungen abgesagt haben. Das war sehr deprimierend für uns. Die Redner waren angekündigt, und die Leute fühlten sich betrogen. Einen Feld-, Wald- und Wiesen-Redner wollen sie nicht hören.

Es hätte auch die Regie in Bonn darauf eingestellt sein müssen, daß man 48 Stunden vor der Wahl nicht den Mittelstand mit der Verabschiedung des Ladenschlußgesetzes verärgern durfte.⁶⁰ Das hätte man nach meiner Meinung verhindern müssen. Freitags wurde dieses Gesetz verabschiedet, und 48 Stunden später, sonntags, sind wir zur Wahl gegangen.

Wir haben den Tatbestand zu verzeichnen, daß auf der einen Seite die CDU zwar nicht kleiner geworden, daß aber auf der anderen Seite die SPD durch die Kommunisten und die anderen angeführten Umstände mächtig angewachsen ist. Splittergruppen von ehemals sind nicht mehr da. Alles andere ist mit der SPD gegangen. Wir müssen also aus diesen Kommunalwahlen lernen, und ich stimme all dem zu, was hierzu gesagt worden ist. Es hat sich gezeigt, daß ein Drang zur SPD vorhanden ist. Daraus müssen wir unsere Aufgabe erkennen, die bei den Bundestagswahlen auf uns zukommt.

Adenauer: Ich möchte Herrn Heck bitten, das Kommuniqué zu verlesen.

Heck: „Der Bundesvorstand der CDU nahm auf seiner Sitzung am Freitag, dem 23. November 1956, an der auch der Vorsitzende der CSU, Dr. Seidel, teilnahm, einen politischen Bericht des Parteivorsitzenden Bundeskanzler Dr. Adenauer mit starker Zustimmung entgegen. Der Vorstand fordert das deutsche Volk eindringlich auf, die ernststen Lehren der heutigen Vorgänge in Ungarn zu beherzigen.

In erschütternder Weise ist die Richtigkeit der von der Bundesregierung und der CDU beharrlich verfolgten Politik bestätigt worden, durch Zusammenarbeit mit ihren Verbündeten und den freien Völkern und durch baldige Realisierung des deutschen Wehrbeitrages für das westeuropäische Verteidigungssystem die Sicherheit der Bundesrepublik zu gewährleisten. Die CDU erwartet von allen politischen Kräften unseres Landes, daß sie bereit sind, an der Sicherheit unseres Volkes ohne Rücksicht auf

⁶⁰ Am 9. November 1956 in der 170. Sitzung des Bundestages – Gesetz vom 28. November 1956 (BGBl I S. 875).

Partei-Interessen mitzuwirken und damit die Gefahren für den Frieden und die Freiheit unserer Heimat zu bannen. Das ist das nationale Gebot der Stunde.

Die deutschen Sozialdemokraten haben sich mit der von ihnen bisher betriebenen Politik in Gegensatz zu den Sicherheitsbedürfnissen unseres Landes, aber auch zur Wehrpolitik ihrer Bruderparteien in allen anderen europäischen Ländern gestellt, wo von den Sozialisten die Wehrdienstverpflichtung ihrer Völker vorbehaltlos bejaht wird.

Mit dem tapferen ungarischen Volk, das beispiellose Opfer für seine Freiheit und Unabhängigkeit bringt, fühlen sich alle Deutschen mit herzlicher Sympathie verbunden. Die CDU ruft alle Schichten unserer Bevölkerung auf, durch noch größere materielle Opfer mitzuhelfen, sein unermeßliches Leid zu lindern. Mit dem Hinblick auf die gegenwärtige Weltlage fordert der Vorstand der CDU ferner erneut nachdrücklich den Zusammenschluß der europäischen Staaten. Er ersucht die Bundesregierung, ihre Europapolitik unbeirrt weiterzuführen. Die Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes und EURATOM müssen mit allen Kräften vorangetrieben werden.“⁶¹

Fricke: „Sein Leiden“ ist nicht klar; ich würde sagen „die Leiden des ungarischen Volkes“. (*Zustimmung.*)

Kiesinger: Eine Verbesserung! Herr Zimmer sagte es mir. Ich würde nicht sagen „ihre Europapolitik unbeirrt“, sondern „mit verstärkter Energie fortzusetzen“.

Adenauer: Damit sind Sie einverstanden? (*Zustimmung.*)

Dann darf ich Herrn Heck bitten, das andere noch zu verlesen.

Heck: Der Bundesvorstand zur Regierungspolitik! Das ist nicht zur Veröffentlichung, sondern nur für die Kabinettsmitglieder bestimmt.

„Der Bundesvorstand der CDU richtet an das Kabinett die eindringliche Mahnung, dafür zu sorgen, daß die Regierungspolitik einheitlich und geschlossen in Erscheinung tritt. Es muß vermieden werden, daß einzelne Bundesminister durch eigenwillige Erklärungen den Anschein erwecken, als ob die Bundesregierung keinen einheitlichen Kurs verfolge.

Der Bundesvorstand fordert, daß das Kabinett die Führungsaufgabe, die der Bundesregierung gestellt ist, in Festigkeit und Geschlossenheit erfüllt.“

Adenauer: Sind Sie damit einverstanden? (*Zustimmung.*)

Weber: Wird die Presse auch nichts erfahren?

Adenauer: Das kann die Presse ruhig hören. Es weiß doch jeder, daß einzelne Minister ihren eigenen Gang machen. Wenn das also irgendwo liegenbleibt, dann habe ich nichts dagegen.

Sollen wir nicht Herrn Krone für seine Zwecke noch ein Wort über die Rentenreform sagen, auch intern? (*Krone:* Ja!)

„Wir richten also die dringendste Bitte an die Fraktion, dafür zu sorgen, daß noch in diesem Jahr die Gesetze über die Rentenreform im Bundestag verabschiedet werden.“

Auch damit sind Sie einverstanden? (*Zustimmung.*)

⁶¹ Druck: UiD vom 29. November 1956.

Meyers: Wir haben das Resümee zu ziehen: Wo haben wir noch Wählerreserven? Zunächst bei den Freien Wählervereinigungen. Diese Wählervereinigungen dürfen wir nicht auf die Seite der Sozialisten oder der Liberalen treiben. Wir werden uns überlegen müssen, ob nicht aus dem größten Zuwachs, den die SPD bekommen hat, eine Konsequenz zu ziehen ist. Welche Konsequenz zu ziehen ist, möchte ich nicht sagen, damit es morgen nicht in der Zeitung steht.

Es ist ohne Zweifel, daß wir politisch den Marxismus – ungewollt – so gestärkt haben, wie es noch nie in Deutschland der Fall gewesen ist. Sie hatten meine ersten Sätze nicht gehört, Herr Altmeier, deswegen waren Ihre Schlußfolgerungen nicht ganz klar. Wenn es gelänge, die KP wieder zu sprengen von der SPD und die KP käme morgen in den Bundestag, dann wäre unsere Politik erheblich leichter, vor allem, wenn das Sprachrohr Reimann⁶² aus dem Osten im Bundestag wäre. Das deutsche Volk glaubt nicht an Gegner, die es nicht sieht.

Adenauer: Das Bundesverfassungsgericht steht auf dem Standpunkt, daß die KP bis zum Untergang der Welt verboten ist. Sehen Sie zu, daß eine SED gegründet wird; dann ist die Sache vorbei. (*Zimmer:* Unser Kampf in Rheinland-Pfalz geht gegen die vereinigte sozialistisch-kommunistische Opposition!) Nennen Sie sie doch SED!

Meyers: Zur Kandidatenaufstellung! Es sollte für jeden Wahlbezirk der beste Kandidat ausgesucht werden. (*Zuruf:* Wer entscheidet das?) In den mittleren Städten ist die Persönlichkeit, die bekannt ist, schon eine halbgezwonnene Kommunalwahl. Und wenn es einer ist, der fehl am Platze ist, dann ist es soviel wie eine halbverlorene Kommunalwahl. Zu einer intensiven Vorbereitung der Bundestagswahl gehört, daß die Landesvorsitzenden die Wahlanalyse der einzelnen Kreise genau studieren. Es ist durchaus möglich, daß der Geschäftsführer – weil daraus sein eigenes Versagen hervorgehen kann – nicht bereit ist, die Konsequenzen zu ziehen. Ich möchte anregen, daß die Landesverbände einen verantwortlichen Politiker für den Bundestagswahlkampf benennen, der verantwortlich ist nach unten und nach oben. Er soll mit dem Landesvorsitzenden die Wahlanalyse durchgehen. Wir müssen dafür sorgen, daß der Ruf unserer Partei wiederhergestellt wird, und zwar insofern, als wir die große Volkspartei sind. Es ist so, daß man in weiten Bereichen der Wähler, die zu uns gehören, die Meinung vertritt, die wirkliche Vertretung des Arbeitnehmers sei die SPD. Hier wird viel mit Flüsterpropaganda gearbeitet. Wir wollen den Vorteil daraus ziehen, daß wir als große Volkspartei alle Schichten umfassen. Wenn wir diese Lehre aus den Kommunalwahlen ziehen und im einzelnen den Gründen nachgehen, die das völlig abweichende Ergebnis zur Folge hatten, werden wir auf Momente stoßen, die wir für die Bundestagswahl gut verwenden können.

62 Max Reimann (1898–1977), bis 1933 Parteisekretär der KPD, 1946–1947 und 1950–1954 MdL Nordrhein-Westfalen, 1947–1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates, 1948–1956 Parteivorsitzender, 1948–1949 MdPR, 1949–1953 MDB (bis 1951 Vorsitzender der KPD-Fraktion).

Adenauer: Herr Meyers hat einige Sachen vorweggenommen. Dazu gehört die Anregung, einen Wahlkreisleiter für jeden Bundestagswahlkreis zu bestellen. Das wollen wir zunächst zurückstellen. Damit darf ich diesen Punkt als erledigt ansehen. Wir kommen zum Punkt 3 der Tagesordnung.

EINSETZUNG EINES AD-HOC-AUSSCHUSSES

Adenauer: Es ist in der heutigen unruhigen Zeit des öfteren nötig, von seiten der Partei einen Beschluß zu fassen, der eine gewisse Autorität hinter sich hat. Wir können nun nicht jedes Mal diesen großen Vorstand einberufen. Das dauert zu lange, und es leisten auch zu wenige dem Ruf Folge. Deswegen sind wir auf den Gedanken gekommen, vom Parteivorstand aus einen Ausschuß einzusetzen, der für ihn in einigen Fällen schon einen Beschluß fassen kann, insbesondere für die Öffentlichkeit bestimmt.

Die SPD faßt in ihrem Parteivorstand zu jedem auftretenden Ereignis sofort einen Beschluß und bringt ihn an die Öffentlichkeit.

Der Ausschuß würde sich wie folgt zusammensetzen: dem Vorsitzenden, den vier stellvertretenden Vorsitzenden, den drei geschäftsführenden Vorsitzenden, dem Bundesgeschäftsführer, dem Bundesschatzmeister, dem Fraktionsvorsitzenden, dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden. Das sind zwölf Personen. Nun möchten wir auch einige Landesvorsitzende dabei haben, jedoch unter der Voraussetzung, daß die Landesvorsitzenden gewillt sind, binnen 24 Stunden hier zu erscheinen.

Sind Sie mit dem Gedanken an sich einverstanden? (*Zustimmung.*)

Dann bliebe uns noch übrig, einige Landesvorsitzende zu benennen, die bereit sind, sofort zu erscheinen. Ich hätte auch nichts dagegen, wenn neben dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion und seinem Stellvertreter noch ein Dritter dazukäme. (*Weber:* Es muß wenigstens eine Frau dabeisein!)

Wir müssen überhaupt die Frauen etwas poussieren, damit die besser wählen.

Darf ich um Vorschläge bitten! Ich würde z.B. Herrn Johnen vorschlagen. Herr Arnold ist ja ohne weiteres dabei. Herr Johnen, sind Sie einverstanden? (*Johnen:* Ja!)

Herr Altmeier, können Sie kommen und als Ihr Vertreter Herr Zimmer? (*Altmeier:* Ja!)

Hellwig: Ich möchte anregen, daß die Benennung des Stellvertreters den Vorsitzenden überlassen bleibt, je nachdem, was zur Beratung steht.

Adenauer: Darum geht es nicht, Herr Hellwig. Es muß sich etwas herauskristallisieren. (*Weber:* Herr Lücke aus der Fraktion!) Herr Krone wird noch jemand benennen aus der Fraktion. (*Fricke:* Ich schlage Herrn Lemmer vor, damit auch aus Berlin jemand dabei ist. Herr Lemmer ist auch Landesvorsitzender in Berlin.) Herr Lemmer wird also auch dazugehören. Jetzt müssen wir noch eine Frau dazuhaben. (*Krone:* Das sollen die Frauen selber sagen! – *Johnen:* Sie sind vorsichtig! – *Heiterkeit.* – *Krone:* Keine aus der Fraktion!) Sie wollen keine aus der Fraktion? (*Jochmus:* Ich würde

vorschlagen, daß wir uns innerhalb der Frauenorganisation darüber beraten, wen wir benennen. – *Weber*: Wir werden am Sonntag darüber reden, und dann schlagen wir jemand vor.⁶³)

Gut, dann wollen wir es so machen. Wir können damit das Thema verlassen.

Ich würde vorschlagen, jetzt zu den Bundestagswahlen überzugehen, weil wir in dem ganzen, beinahe hätte ich gesagt Zores, aber da hat Herr Altmeier Bedenken ... (*Altmeier*: Nein, Herr Bundeskanzler, der Ausdruck ist mit uns identisch!) Herr Meyers hat das Wort.

VORBEREITUNG DER BUNDESTAGSWAHLEN

Meyers: Ich darf die Landesvorsitzenden bitten, sich persönlich darum zu kümmern, daß die Bundestagswahlkreise wenigstens einen Geschäftsführer haben. Wir haben nach der Aufstellung, die mir gestern überreicht worden ist, ein Fehl von 42 Geschäftsführern. Es sind 42 Bundestagswahlkreise noch nicht besetzt. (*Adenauer*: 42!) Es gibt eine Reihe von Kreisen, die mehrfach besetzt sind, aber das hier ist das tatsächliche Fehl, das mir Herr Müllenbach gestern mitgeteilt hat. Es ist unmöglich, in einem Bundestagswahlkreis die richtige Vorbereitung zu treffen, wenn nicht ein Mann dafür hauptamtlich zur Verfügung steht. Ich bitte Sie, einmal die Herren zu überprüfen, die in den Lehrgängen gewesen sind. Ich habe das Ergebnis gesehen. Das ist außerordentlich wohlwollend. Es sind nur 6 als völlig ungeeignet genannt worden. Die Beurteilung der bisherigen Lehrgangsteilnehmer ergibt folgendes Bild: 45 gut, 26 durchaus brauchbar, 6 nicht geeignet. Herr Müllenbach, darf ich Sie bitten, das den Landesvorsitzenden persönlich mitzuteilen, damit die Bescheid wissen. Die 6 ungeeigneten Leute kann ich mit den fehlenden gleichsetzen, so daß sich insgesamt ein Fehl von 48 ergibt. Wir müssen die fehlenden Voraussetzungen aber jetzt in den entscheidenden Monaten schaffen, später hat es keinen Zweck mehr. Wir müssen die Leute, die in den einzelnen Orten als Vertrauensleute wirken, erfassen. Die Landesverbände haben bisher einen Teil ihrer Vertrauensleute bezahlt. Leider fehlt Westfalen noch vollständig. Herr Lensing ist leider nicht da. Die anderen Verbände haben geschrieben, daß ihre Organisation noch vervollständigt werden wird.

Das ist alles außerordentlich wichtig, weil wir jetzt im Begriff sind, die Propagandamittel der Partei umzustellen, und zwar in dem Sinne, daß das „Monatsblatt“ aktualisiert wird. Das wird nicht mehr eine Ablagerung längerer Aufsätze sein, die die Mitglieder nicht lesen, sondern es soll aktiviert werden in dem Sinne, daß diese Zeitschrift das geistige Rüstzeug gibt für die Mitglieder unserer Partei, insbesondere für die Vertrauensleute. Die UiD wird in einer Auflage von 8 bis 10.000 erscheinen.

63 Vorstandssitzung der Frauenvereinigung am 24./25. November 1956 in Königswinter. Vorgeschlagen wurden zunächst Dr. Martha Heep und Anne-Marie Heiler; am 11. Februar 1957 wurden Dr. Berta Konrad, Hanna Brauweiler und Dr. Ilse Bab genannt (ACDP IV-003-001/3).

Ziel der UiD ist es, den Vertrauensmann zu informieren und ihn mit Argumenten zu versehen. Die UiD muß die von der Bundesregierung und der Partei geleistete parlamentarische Arbeit in ansprechenden Beiträgen verdeutlichen. Darüber hinaus muß sie auch den Slogan des Wahlkampfes in die Hand nehmen. (*Anhaltend starke Unruhe. – Glocke des Präsidenten.*)

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie dringend, doch die Privatgespräche zu unterlassen. Sie können draußen reden!

Meyers: Die Zeitschrift muß überschaubar sein. Der Sinn dieser Umstellung ist also der, unsere Auffassung möglichst am nächsten Tage in die Hände unserer Vertrauensleute und Mitglieder gelangen zu lassen, damit sie für den politischen Tageskampf geschult werden. Auf diese Weise bekommen wir zugleich eine Sprachregelung. Ich darf darum bitten, daß dieses System möglichst bald verbessert und verfeinert wird. Herr Krone hat es übernommen, einen Nachrichtendienst⁶⁴, der alle 14 Tage erscheint, für alle katholischen Pfarrhäuser und bekannten Leute im katholischen Raum herauszugeben. Dieser Nachrichtendienst soll mindestens bis zur Wahl erscheinen. Das gleiche hat Herr Schröder für den evangelischen Raum übernommen. Sie werden erkennen, daß die Sprache verschieden sein muß, so daß man beide nicht zusammenlegen kann. Man kann das auch nicht mit der UiD zusammenlegen, weil dieser Kreis nicht von der Partei unterrichtet werden soll, sondern von anderen.

Wenn wir diese drei Dinge ab 1. Januar den Lesern zustellen, haben wir eine sehr breite Wirkungsmöglichkeit, wobei der vopolitische Raum genauso wichtig ist wie der politische Raum. Aber wir dürfen den politischen Raum nicht unterschätzen. Es erschallt immer wieder der Ruf: Wir erfahren die Nachrichten viel zu spät! Die Zustellung ist hier zwar teurer – das wird zugegeben –, aber wenn es über die Bezirke, Kreise usw. geht, dann hat es nicht viel Sinn. (*Johann:* Dann ist die Bundestagswahl vorbei!) Ja! Ich darf Sie bitten, diese Angelegenheit zu unterstützen, weil hier eine gute Möglichkeit der Propaganda besteht.

Wir haben im geschäftsführenden Vorstand seit langem eine Frage erörtert, Herr Bundeskanzler, die ich in diesem Zusammenhang aufwerfen möchte, daß nämlich die Landesverbände nach den Pressetagungen – die wir jetzt durchführen – von sich aus Kontakt mit den Zeitungen, auch den Heimatzeitungen usw., aufnehmen sollen. Die Redakteure sind durchaus ansprechbar. Wir müssen versuchen, daß wir einen persönlichen Kontakt mit diesen Leuten bekommen. Wir müssen sie darauf aufmerksam machen, was wir an ihrer Politik auszusetzen haben, wobei wir natürlich die Korrespondenz schaffen, daß sie sich auch darüber aussprechen, was sie an unserer Politik zu beanstanden haben. Die Landesvorsitzenden sollten sich dieser Frage annehmen; denn die Presse beherrscht einen sehr großen Raum, insbesondere auch

64 Möglicherweise handelt es sich um Aktivitäten der Gemeinschaft für christlich-soziale Schulung und öffentliche Meinungsbildung, die neben der PSK weitere, vor allem an katholische Kreise gerichtete Informationsdienste herausgab (z.B. „kurz und aktuell“). – Hinweise in NL Krone ACDP I-028-061/1, Einzelheiten jedoch nicht zu ermitteln.

die Heimatpresse. Wenn man es persönlich macht, sind die Herren auch ansprechbar. Sie fühlen sich gewissermaßen in unser Vertrauen gezogen, und der ganze Ärger, der sonst mit der Druckerschwärze abreagiert wird, wird dann sicherlich nicht mehr in den Blättern seinen Niederschlag finden.

Wir müssen auch an die Verbände aller Art herantreten, auch an den Deutschen Sängerbund, an die Sportverbände usw. Es ist erschütternd, wenn wir lesen, daß als Nachfolger von Herrn Kolb⁶⁵, der Vorsitzender der Deutschen Turnerschaft war, Herr Zinn oder Herr Weyer in Frage käme. Von einem CDU-Mann ist weit und breit nichts zu sehen. Herr Albers, Sie waren oder sind doch auch ein alter Fußballer. (*Albers*: Herr Dr. Adenauer war auch Ehrenmitglied eines Fußballverbandes! – *Adenauer*: Ich hatte viel in der Sportbewegung zu sagen. Man muß sich nur darum kümmern!)

Wir müssen in alle Vereine hinein, auch in die Karnevalsgesellschaften. Wir müssen dafür sorgen, daß sich dort die Gespräche nicht zu unseren Ungunsten entwickeln. Wenn nach einer Vereinsfeier oder nach dem Singen sich die Leute zusammensetzen und ein Mann von uns dabei ist, dann werden sie nicht gegen die Regierung sprechen. Aber wenn keiner von uns dabei ist, dann wird vielfach Flüsterpropaganda getrieben.

Eine weitere große Frage ist die: Wie kommen wir in die Betriebe hinein? Ein Unternehmer hat vor der Kommunalwahl in seinem Betrieb eine Schrift mit 3.000 Exemplaren herausgegeben. Diese Schrift befaßt sich auf der ersten und zweiten Seite mit den Vorteilen der freien Marktwirtschaft und den Nachteilen der Planwirtschaft, auf der dritten Seite mit dem Bundeskanzler und seiner Außenpolitik, wobei das Bild abgedruckt ist, auf dem der Bundeskanzler mit dem belgischen König Baudouin fotografiert ist. Darunter steht ein Zitat von Victor Hugo, das ich nicht unterschlagen möchte: Das Alter ist jene Lebensstufe im Dasein des Menschen, die das größte Maß an Freiheit und Unabhängigkeit gewährt; frei von Ehrgeiz und Eigenliebe, unabhängig von den vielen, die noch ihren Lebensabend vor sich haben. Was will das Alter für sich selbst? Es lebt nur noch einer Aufgabe. (*Adenauer*: Das geht an uns, Frau Weber!)

Diese drei Seiten können uns einen Hinweis geben für unsere Publizistik. Dort ist auch eine Tabelle, die die früheren und jetzigen Preise gegenüberstellt, wobei festgestellt wird, daß die Bundesrepublik nur gegenüber den Vereinigten Staaten im Nachteil ist. Ein solches Blatt ist unbezahlbar. Ich will das für unsere eigene Propaganda benutzen. (*Zurufe*: Können wir die Zahlen bekommen?) Ja! Damit diese und ähnliche Fragen möglichst schnell an die Landesverbände kommen, hatte ich vorgeschlagen, auch um eine Verzahnung der Politik zu erreichen, für jeden Landesverband einen Politiker zu benennen, der die Möglichkeit hat, sich mit diesen Dingen zu befassen.

65 Walter Kolb (1902–1956), seit 1946 Oberbürgermeister von Frankfurt, seit 1950 MdL Hessen (SPD), seit 1950 Vorsitzender des Deutschen Turner-Bundes.

Es wird davon gesprochen, daß die Bundesgeschäftsstelle nicht genügend wirksam sei. Die Schwierigkeiten bei der Bundesgeschäftsstelle liegen in der Frage: Wie können sich die Dinge wirkungsvoll nach unten effektuieren?

An dieser Stelle möchte ich eine Zäsur machen, damit wir diese Angelegenheit vorweg besprechen können. (*Gurk und Dichtel sind im Begriff, den Saal zu verlassen.*)

Adenauer: Meine Herren! Müssen Sie unbedingt weg? (*Dichtel*: Ich muß von Karlsruhe mit dem Zug weiterfahren!) Da fahren noch so viele Züge! Aber wir müssen alle viele Überstunden opfern; tun Sie es auch bitte!

Sie haben, Herr Meyers, nicht die Junge Union erwähnt. Es würde uns interessieren, auch darüber etwas zu hören, welche Rolle Sie der Jungen Union bei der Vorbereitung der Bundestagswahl zuweisen wollen. Sie haben beim vopolitischen Raum nur die evangelischen und katholischen Pfarrhäuser sowie Vereine erwähnt. Im vopolitischen Raum gibt es aber noch eine ganze Anzahl großer Verbände, bei denen wir sehr viel ausrichten können.

Ich möchte Ihnen weiter vorschlagen ..., Herr Meyers spricht sehr schnell und mitunter leise, und es war zeitweise unruhig bei seinem Vortrag. Ich weiß wirklich nicht, ob man ihm bei seinem Vortrag [und] seinen Vorschlägen so ohne weiteres folgen konnte. Das scheint mir nicht der Fall zu sein. Würden Sie daher bitte, Herr Meyers, das Wesentliche Ihres Vorschlages zu Papier bringen und das den Mitgliedern des Vorstandes zuschicken; denn so schnell, wie es jetzt geschehen ist, fürchte ich, können wir eine so wichtige Sache nicht abtun. Dabei gebe ich Ihnen ohne weiteres recht, Herr Meyers, daß Sie Ihre Zeitungen usw. mal machen können. Darüber kann man nachher kritisieren. Aber die anderen Sachen, die muß jeder einmal in Ruhe überlegen. Sind Sie damit einverstanden? (*Zurufe*: Einverstanden. – *Meyers*: Ich bin einverstanden, wenn das nicht in das nächste Jahr hineinkommt; denn Ende Mai sind die Wahlen entschieden!) Dann würde ich vorschlagen, Herr Meyers, daß Sie dazuschreiben: „Wenn Sie binnen einer Woche nicht geantwortet haben, nehme ich Ihr Einverständnis an.“ Dann hören Sie auch nachher keinen Widerspruch etwa der Art: Das haben wir damals bei dem schnellen Vortrag und bei der Unruhe nicht oder nicht richtig verstanden. Ich erachte es als einen Ihrer wichtigsten Vorschläge, die Durchschlagskraft der Zentrale nach unten zu verstärken.

Ich würde vorschlagen, zwei Dinge zum Beschluß zu erheben:

1. für jeden Bundestagswahlkreis einen Geschäftsführer zu bestimmen, und zwar mindestens einen; damit sind Sie einverstanden? (*Zustimmung*) und 2. für jeden Kreis einen Wahlleiter einzusetzen.

Soll das identisch sein? (*Meyers*: Nein, nicht identisch sein. Für jeden Landesverband soll es ein Politiker sein!)

Sie haben von einem Wahlleiter für jeden Kreis gesprochen. Nun weiß ich nicht, meinen Sie damit den Bundestagswahlkreis oder was?

Meyers: Herr Bundeskanzler! Wir müssen uns mißverstanden haben. Ich habe vorweg gesprochen von einem politischen Beauftragten für jeden Landesverband, und

dann habe ich gesagt: Jeder Bundestagswahlkreis muß wenigstens einen Geschäftsführer haben.

Adenauer: Wollen Sie den politischen Beauftragten und den Wahlkreisleiter in einer Person haben?

Meyers: Das wird im einzelnen unterschiedlich sein. Wenn ich z.B. an den Kreisgeschäftsführer von Mannheim⁶⁶ denke – einer der besten, die wir haben –, so wird er das in seiner Person mitmachen können. Das muß der Landesverband selbst übernehmen.

Adenauer: Sie wollen in jedem Bundestagswahlkreis einen Wahlkreisleiter haben? (*Meyers:* Ja, als Empfehlung!) Sie wollen ihn haben! Sagen Sie doch ruhig ja!

Sind Sie damit einverstanden, daß in jedem Bundestagswahlkreis ein Wahlkreisleiter bestellt wird?

Johnen: Wenn sich Bundestagswahlkreise aus mehreren politischen Kreisen mit einer eigenen Organisation zusammensetzen, müssen sie in jedem politischen Kreis einen Wahlkreisleiter haben.

Adenauer: Ich bin der Ansicht, da soll man gerade einen Wahlkreisleiter bestimmen; denn es handelt sich darum, für eine Bundestagswahl einen Mann in einem Wahlkreis verantwortlich zu machen, damit es nicht der eine auf den anderen abschieben kann.

Johnen: Der kennt doch den anderen politischen Kreis gar nicht!

Meyers: Aus der Praxis möchte ich Herrn Johnen beipflichten. Ich würde sagen: Mindestens einen! Ich weiß z.B. aus Mönchengladbach, Rheydt und Viersen, daß man hier nicht einen nehmen kann.

Adenauer: Ja, es ist lachhaft, aber es ist guter CDU-Brauch. Ich habe es selbst erlebt und erfahren. Dann ist für die Bundesgeschäftsstelle die Sache viel schwerer.

Meyers: Aber für die Sache ist es wichtig, wenn wir den Beschluß fassen „mindestens einer“, – damit überhaupt jemand da ist.

Heck: Ich glaube, daß es keine besonderen Schwierigkeiten geben wird. Es ist klar, daß der Wahlleiter nicht auf einem Stuhl sitzen bleibt. Wenn es zwei, drei Kreisverbände sind, werden die Kreisvorsitzenden oder die gewählten Vertreter dieser Kreise zu einem Komitee zusammengefaßt, dessen Vorsitzender der Wahlkampfleiter ist. Es gibt Bundestagswahlkreise, wo personell solche Schwierigkeiten vorhanden sind, daß man zweckmäßigerweise gesondert marschiert; aber das sollte der Ausnahmefall sein.

Wir sollten anstreben, für jeden Bundestagswahlkreis einen Wahlkampfleiter zu bestellen, der sämtliche Kreisvorsitzenden mit hinzuziehen muß. In den Fällen, wo es aus persönlichen Gründen nicht geht, kann man im Einzelfall darauf verzichten. Das mag der Landesverband entscheiden.

Scharnberg: Ich bin der Meinung, der Wahlkampfleiter im Wahlkreis ist der Bundestagsabgeordnete, niemand anderes.

Adenauer: Um Gottes willen!

66 Heinrich Groß.

Scharnberg: Wer soll denn das bezahlen? Und weswegen sollen wir die Bundestagsabgeordneten entlasten; die müssen sich doch um ihren Wahlkreis kümmern.

Adenauer: Die sollen ja reden! (*Scharnberg:* Das ist dasselbe!) Nein, das sind ganz andere Aufgaben, Herr Scharnberg!

Kiesinger: Der Bundestagsabgeordnete kann es unmöglich sein. Der Bundestagsabgeordnete muß sich selbstverständlich einsetzen in Versammlungen und Reden halten. Wo es möglich ist, einen Wahlkampfleiter ohne Schwierigkeiten einzusetzen, ist das ein ganz logischer Gedanke. Man sollte es tun. Es gibt aber sicher in einigen Wahlkreisen Schwierigkeiten, wo Kreisvorsitzende sagen werden, wir machen die Sache nach bewährtem Muster, wie wir es in vielen Kreisen gewohnt sind. Wo es partout nicht geht, in Gottes Namen, aber in vielen Kreisen wird es gehen. Deshalb meine ich, wir sollten diesen sehr einfachen Gedanken billigen.

Adenauer: Wir sollten es so machen. Sie sind einverstanden? (*Zustimmung.*)

Ich bekomme gerade die Mitteilung, daß die britischen und französischen Truppen im Suez-Gebiet heute angewiesen worden sind, den gesamten Rückzug zu beginnen.

Dann möchte ich noch einmal rekapitulieren, was nach meiner Auffassung unbedingt vom Bundestag an großen Gesetzen zu verabschieden ist: die Rentengesetzgebung und die Beamtenengesetzgebung. Wir dürfen das Beamtengesetz nicht erst am 1. April verabschieden, sondern das muß unter allen Umständen vorher geschehen. Das ist sehr wichtig. Dann spielen eine große Rolle die Althausbesitzer. Da kann nichts mehr geschehen vom Bundestag, aber wir werden von der Bundesregierung eine Denkschrift darüber herausgeben, was mit dem Althausbesitz geschehen soll, wie geholfen werden kann in den nächsten Jahren, so daß also diese Frage von unserer Partei aus agitatorisch aufgegriffen werden kann.

Es ist von den liberalen Parteien gesprochen worden. Dazu möchte ich ein Wort sagen. Nach meiner Meinung sollten wir alles vermeiden, was zwischen den liberalen Parteien den Bruch vergrößern kann. Wir haben nur den Schaden davon. Wir sollten die Entwicklung in Ruhe abwarten. Ob sie wieder zusammenkommen oder nicht, kann z.Z. kein Mensch sagen. Ich glaube allerdings, daß die Entscheidung bei den Herren in Düsseldorf liegt. (*Arnold:* Die wissen genau, was sie wollen! – *Meyers:* Das ist eine Bruchpartei, die aber weiß, was sie will.)

Ich möchte bitten – Herr Zimmer ist nicht hier –, das Wort von der soziologischen Verschiebung nicht in die ganze Sache hineinzuworfen. Die soziologische Verschiebung hat keineswegs zur Folge, daß die Arbeitnehmer alle zur SPD gehen; im Gegenteil, wenn wir auf die Unternehmer einwirken könnten – ich möchte das namentlich Herrn Hellwig ans Herz legen –, daß sie gute Facharbeiter zu Angestellten machen, damit sie nicht mehr alle 14 Tage ihre Lohntüte, sondern jeden Monat ihr Gehalt bekommen, dann sind sie aus der Gewerkschaft heraus und werden uns zugänglich. Ich würde aber dringend darum bitten, solche Erwägungen, daß wir die Partei der kleinen Leute seien, nicht anzustellen. (*Weber:* Sind wir nicht!) Ob es stimmt oder nicht, das wollen wir jetzt nicht untersuchen. Wir müssen dafür sorgen – das ist schon lange mein Wunsch –, daß wenigstens einige bekannte Persönlichkeiten

im öffentlichen Leben, die in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht eine Rolle spielen, Mitglied unserer Partei werden, damit wir nicht gelten als die Partei der Speißer und der kleinen Bürger.

Ich darf in diesem Zusammenhang noch einmal auf die Kommunalwahlen zurückkommen, und da bin ich im Gegensatz zu Ihnen, Herr Ministerpräsident Altmeier, anderer Auffassung; denn wenn ich mir verschiedene Orte, die ich kenne, vor Augen halte, dann sage ich Ihnen, der Klüngel ist so stark, wie er nie vorher gewesen ist. Und das erregt doch bei den anderen, namentlich bei den jungen Leuten, den größten Unwillen. Gott sei Dank hat es die Junge Union durchgesetzt, daß sie bei den Kommunalwahlen in stärkerem Maße zum Zuge gekommen ist als je zuvor. Daraus kommen doch unsere Nachfolger.

Und endlich bleibe ich auch dabei und kann Ihnen nur nochmals dringend ans Herz legen: Wir dürfen unter keinen Umständen die Mutlosigkeit bei unseren Leuten hochkommen lassen. Wir haben gar keine Veranlassung dazu. Wir sind schlapp seit über einem Jahr, aber wir müssen arbeiten und zeigen, was wir erreicht haben. Wenn wir das tun, bin ich für den Erfolg der Wahl nicht ängstlich. Es hängt buchstäblich nur von uns ab, ob wir siegen oder nicht.

Ich bitte Sie auch, bis zur nächsten Vorstandssitzung – die am besten im Monat Januar stattfindet – zu überlegen, welche besonderen Stichworte wir für die Wahl gebrauchen können. Das ist außerordentlich wichtig. Herr Bach ist leider nicht mehr da. Er hat mir geschrieben und vorgeschlagen – was auch einer von Ihnen hervorgehoben hat –, wir sollten sagen: Sicherheit, keine Experimente! So will ich es ausdrücken. Denken auch Sie einmal über die Sache nach. Wir müssen einige gute Schlagworte haben, die sich leicht einprägen und die attraktiv sind.

Ein letztes Wort zum Rundfunk! Ich habe neulich mit einem Intendanten einer der größten Rundfunkanstalten gesprochen. Er hat mir gesagt, daß sich die CDU-Mitglieder seines Beirates – das gelte auch für die Beiräte anderer Rundfunkanstalten – um die Sache viel zu wenig kümmern. Und daran liege es, daß wir so wenig berücksichtigt würden. Die sozialdemokratischen Mitglieder bekümmern sich ganz anders darum. Ich möchte bitten, Herr Heck, dafür zu sorgen, daß wir ein Verzeichnis der CDU-Mitglieder in den Rundfunkbeiräten bekommen. (*Heck*: Haben wir!) Dann wollen wir jedem Landesvorsitzenden eins zuschicken. Es wäre sehr gut, wenn die Landesvorsitzenden von Zeit zu Zeit mit den Mitgliedern des Rundfunkrates Zusammenkünfte abhielten. Ich werde dafür sorgen, daß beim Presse- und Informationsamt alle Rundfunksendungen aus der ganzen Welt Tag und Nacht abgehört werden. In den Fällen, wo besonders eklatante Verstöße gegen die Neutralität des Rundfunks festzustellen sind, soll den betreffenden Landesvorsitzenden entsprechende Mitteilung gemacht werden, damit sie mit Hilfe der Mitglieder der Beiräte einschreiten können.

Krone: Im Stuttgarter Rundfunk war ein Gespräch geplant zur Frage: „Wie sieht es heute aus, und müssen wir Soldaten haben?“ Als Sprecher waren vorgesehen ein SPD-Mann, ein BHE-Mann, ein FDP-Mann und ein CDU-Mann, d.h. 3 : 1. Wir haben

dagegen protestiert. An der Spitze des Rundfunks steht ein Mann aus unseren Reihen! (Zurufe: Hört! Hört! – Dr. Malburg⁶⁷! – Gurk: Eine große Enttäuschung!)

Adenauer: Das ist doch gleichgültig, ob das eine Enttäuschung ist, aber es ist so!

Krone: Wir haben von hier aus erreicht, daß es nicht mehr so gemacht wird; denn so geht es ja nicht.

Dichtel: Herr Dr. Krone, Ihre Schlußbemerkung, wir haben von hier aus erreicht, daß es nicht mehr so gemacht wird, möchte ich aufgreifen. Auf dem Parteitag der nordwürttembergischen CDU⁶⁸ ist das Verhalten des Süddeutschen Rundfunks sehr eingehend behandelt worden. Der Intendant ist dort wegen der Rundfunksendung zur Wehrfrage, die nicht gefragt war, in aller Öffentlichkeit angeschossen worden. Wir gehen also den Dingen schon nach, und ich bin davon überzeugt, daß dieser Schuß auf dem Parteitag für den Intendanten sehr heilsam gewesen ist. Wenn dazu noch die Forderung von Bonn gekommen ist, dann wird es schon klappen.

Adenauer: Das war also eine Doublette umgekehrt, mit zwei Kugeln ein Billard!

Meyers: Ich bin der Ansicht, wir sollten unsere Winterarbeit etwas mehr auf das Gefühl abstellen. Wir haben bisher zu wenig das Gefühl angesprochen. Der von mir erwähnte Geschäftsführer in Mannheim hat z.B. eine Filmvortragsfolge zusammengestellt: Deutschland ist unteilbar. Die Filme hat er von Herrn Oberländer bekommen, der die Filme hat. Herr Oberländer hat gesagt, daß die Filme fast ausschließlich von der SPD angefordert würden. Die Flüchtlinge sind von den Filmen sehr stark gepackt worden. Sie haben ihre Dankbarkeit darüber zum Ausdruck gebracht. (Gurk: Mit überragendem Erfolg!) Wir haben das allen Landesverbänden mitgeteilt.

Adenauer: Wann haben Sie das mitgeteilt? (*Kraske:* Etwa vor einem halben Jahr an die Landesverbände.) Und kein Landesverband hat reagiert!

Meyers: Solche Abende sind für die Flüchtlinge mehr wert als eine logische Darstellung beispielsweise unseres Wirtschaftssystems. Wir werden in den gefühlsmäßigen Dingen von der SPD geschlagen. Wir sollten heute den Beschluß fassen: „Jede öffentliche Veranstaltung der CDU endet mit einem Gedenken an die Deutschen jenseits des Eisernen Vorhanges.“ Dadurch wird zwar die Lage – leider – um keine Nuance besser, aber wir schaffen ein Gegenmittel gegen das Argument, wir wollten nicht die Wiedervereinigung, weil dann die Vorherrschaft des Katholizismus in Deutschland nicht mehr vorhanden sei. Mit solchen Argumenten wird gegen uns gearbeitet.

Adenauer: Das hat zwei Seiten. Wie die Dinge augenblicklich liegen, würden wir die Deutschen enttäuschen, wenn wir ihnen sagten: Bald seid ihr wieder mit uns zusammen. Deswegen müssen wir das in etwas anderer Form machen. Daß wir sie nicht vergessen werden – ja; aber das muß in einer Form geschehen, damit nicht in

67 Dr. Fritz Malburg (geb. 1910), 1951–1953 DUD, 1953–1976 Chefredakteur Politik Süddeutscher Rundfunk.

68 Am 27./28. Oktober 1956. – Protokoll nicht zu ermitteln.

einem halben Jahr gesagt werden kann: Ihr habt immer davon gesprochen, und es ist nichts eingetreten.

Was wir eben gehört haben, daß wir die Filme nicht anfordern, das erfüllt mich doch mit einer großen Besorgnis. Die Filme werden nicht angefordert, obwohl es den Landesparteien vor einem halben Jahr mitgeteilt worden ist. Herr Heck sagte mir, man könnte den Landesparteien vorschlagen und anbieten, was man wolle, man bekomme einfach keine Antwort darauf. Was ich jetzt sage, kann ich nicht beweisen, aber ich habe so das Gefühl, als ob unsere Landesverbände nicht genug täten. Bei den Landtagswahlen mögen sie noch etwas tun, aber sonst weiß ich wirklich nicht, was sie tun. Ich will nicht sagen, es sind alle, aber hören Sie bitte mal den Herrn Heck. Herr Heck soll sein Herz ausschütten und sagen, wie die ganzen Dinge bei uns sind. Das ist bei uns eine gewisse Trägheit oder meinetwegen auch ein – damit es christlich klingt – Vertrauen auf Gottes Barmherzigkeit, wobei ich Ihnen sagen möchte: Gott hat dem Menschen Hände gegeben, um zu arbeiten, und Verstand, um zu denken. Die Barmherzigkeit kommt im Jenseits, aber nicht im Diesseits.

Von Hassel: Wir tun gut daran zu versuchen, die Gesetzgebung in solche Dinge, die noch wirksam werden, und solche, die auf die Wahl selbst keinen Einfluß haben, zu teilen. (*Krone:* Ist geschehen!) Ich habe die Sorge, daß wir sonst in eine hektische Entwicklung kommen. Es ist gesagt worden, daß das Beamtengesetz zum 1. April in Kraft treten soll. (*Adenauer:* „Vorher“ habe ich gesagt!) Daß die Beamtenbesoldung noch nicht zu einem Abschluß gebracht worden ist, verteuert die ganze Sache so sehr, daß wir demnächst in den Ländern an einem Punkt ankommen, wo wir eine Lösung mit 170 % nicht mehr verkraften können. (*Altmeier:* Unmöglich!) Den Vorwurf, den ich Herrn Schäffer mache, ist der, daß er nicht schon längst eine Lösung mit 160 % akzeptiert hat. So hat man herumgefeilscht mit 155, dann mit 157,5 und jetzt mit 160%.⁶⁹ Die Dinge werden jetzt schon nur mit Zustimmung des Bundesrates gemacht werden können, weil wir unserem Beamtenrechtsausschuß im Bundestag nicht mehr über den Weg trauen. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Ich darf darum bitten, von der Bundestagsseite her mit den Ländern darüber zu sprechen, um diese Dinge so schnell wie möglich zu realisieren.

Zur Situation bei den Rundfunkanstalten! Es trifft völlig zu, daß die Sozialdemokraten dort besonders fleißig sind. Lassen Sie mich dazu sagen: Sobald die Brüder eine solche Fernsehsendung machen wie neulich in Stuttgart, müssen wir sofort mit Protesten reagieren. Ich habe am nächsten Tag unserem Freund Müller einen Brief geschrieben, aber die Stuttgarter Landesregierung hat keinerlei Einfluß auf den Stuttgarter Rundfunk. (*Zurufe:* Hört! Hört!) Herr Müller hat reagiert, und es

⁶⁹ Besoldungssätze, berechnet auf der Grundlage der Grundgehälter von 1927; sie waren im Februar 1956 im Vorgriff auf das Bundesbeamtenbesoldungsgesetz auf 155 % angehoben worden; zusätzlich gab es für Dezember ein halbes Monatsgehalt extra (Beschluß des Beamtenausschusses des Bundestages vom 9. November 1956) als Überbrückung bis zum Inkrafttreten des Gesetzes (vom 27. Juli 1957 – BGBl I S. 993).

ist dann zu einer interessanten Sendung gekommen. Die Beteiligten aus dem Bundesverteidigungsministerium und die Skribenten dieser Fernsehsendung sind vor den Fernsehschirm gekommen, wobei diese Skribenten gegenüber Strauß, Baudissin⁷⁰ und noch einem Herrn, den ich nicht kenne, einen schlechten Eindruck gemacht haben. Unsere Leute haben hervorragend abgeschnitten.

Die Sozialdemokraten reagieren nach Sendungen spontan durch Leserbriefe an die Rundfunkanstalten, aber wir rühren uns nicht. Die SPD hat auch in den Wehrmachtsteilen ihre Leute und wirkt dort auf ihre Weise. Sie schaltet sich sofort ein und wird vorstellig, während unsere Leute sich etwas verlassen fühlen, weil ihnen von unserer Seite aus das Rückgrat nicht ausreichend gestützt wird.

Auch in den Sozialversicherungsanstalten, in den Arbeitsämtern usw. sind die SPD-Leute fleißiger als unsere Leute. Das liegt daran, daß die SPD überall ihre Funktionäre hat, die von morgens 8 bis nachts um 12 Uhr für diese Dinge tätig sind. Bei uns sind es ehrenamtlich tätige Menschen, die nebenbei ihren Beruf haben. Wenn wir es nicht fertigbringen, einige Leute draußen für diese Dinge hauptamtlich freizustellen, dann sind wir nicht in der Lage, weder physisch noch geistig, die Dinge auf die Dauer zu beherrschen. Dieses Riesenkorps sozialdemokratischer Funktionäre ist überall tätig, als Geschäftsführer in Wohnungsbaugesellschaften, als Sekretäre in den Gewerkschaften, in Krankenkassen usw. Bei der Struktur unserer Partei können das unsere Leute gar nicht. Es ist eine unserer wichtigsten Aufgaben, gut geschulte Geschäftsführer heranzubilden.

Unsere heutige Sitzung ist reichlich in Moll verlaufen. (*Weber*: In Dur!) Nein, in Moll; aber für Schleswig-Holstein bin ich der Meinung, daß wir durchaus keinen Grund haben, den Kopf hängen zu lassen und so zu tun, als ob die Wahl schiefgehen müßte. Die Reaktion in Schleswig-Holstein auf die Wahlen in den anderen Ländern ist die gewesen, daß bei mir zwei Dutzend Leute – darunter ein Landrat und zwei hauptamtliche Bürgermeister – gewesen sind, die gesagt haben, auf der Woge von 1953 wollten wir nicht zu Ihnen kommen; denn das sieht aus wie März-Gefallene, aber jetzt sind wir bereit, in die CDU einzutreten.

Ich habe das Gefühl, wenn wir mit Schwung hinausgehen und unsere Politik verteidigen, dann sind auch die Leute bereit, von ihrer Abneigung gegen die CDU abzugehen. Mit Fleiß und Zuversicht schaffen wir es schon. Wenn draußen Mutlosigkeit ist, dann holen sie den Kiesinger, den Meyers, den Heck oder auch mich, und dann werden wir schon irgendwelche Ansatzpunkte finden.

Wir haben bei uns in Schleswig-Holstein jede Woche kommunalpolitische Tagungen mit unserer ersten Garnitur. Dort haben wir gute Ergebnisse. Die Leute gehen abends nach Hause und sagen: Großartig, die CDU ist wieder da! (*Beifall*.)

Adenauer: Schleswig-Holstein ist eines der Länder, die die Partei hat. Das kommt daher – ich darf das in Ihrer Gegenwart sagen, Herr von Hassel –, daß Sie Ihre ganze

⁷⁰ Graf Wolf Baudissin (geb. 1907), 1955–1958 Leiter Unterabteilung Innere Führung im Verteidigungsministerium, dann Truppendienst (zuletzt Brigadegeneral), 1961–1967 NATO.

Kraft daransetzen, um das Ziel zu erreichen. Wenn wir etwas in Moll gesprochen haben – nach meiner Ansicht mit Recht –, dann hat das den Zweck, daß jeder von uns sich in Ruhe überlegen soll: Was können wir in den nächsten Monaten besser machen? Das ist doch der ganze Zweck unserer Zusammenkunft: Was können wir besser machen als bisher? Wir wollen deswegen nicht den Kopf hängen lassen.

Sie haben von den Funktionären der SPD gesprochen. Sie haben vollkommen recht damit. Wir können zwar unseren Apparat nicht auf diese Stärke bringen, aber ich möchte Sie bitten, einmal zu überlegen, was wir machen können. Ich hatte in diesen Tagen den Vorstand der Jungen Union bei mir.⁷¹ Sie hatten verschiedene Wünsche, die sich erfüllen lassen. Ich habe sie gebeten, auch diese Fragen einmal zu überlegen. Wir können auch mit Hilfe von Studenten unseren Apparat für die Bundestagswahl verstärken.

Stoß: Es ist von den Filmen gesprochen worden. Ich darf für meinen Kreis sagen, daß wir die letzte Landtagswahl zu einem großen Teil mit diesen Filmen erfolgreich bestritten haben.

Was den Süddeutschen Rundfunk anbetrifft, so ist die Sache bereits eingehend im Ausschuß „Politik und Zeitgeschehen“ behandelt worden. In der nächsten Sitzung des Rundfunkrats wird diese Frage ebenfalls sehr eingehend erörtert werden. Der Intendant und die anderen Herren sind von allen Seiten im Ausschuß sehr scharf kritisiert worden.

Es ist richtig, wir haben bei den Sozialversicherungsträgern einen sehr schweren Stand. Dann: Wir können fast überall feststellen, daß das sozialdemokratische Element dort dominierend ist. Deshalb müssen wir alles daransetzen, bei einer Neubesetzung auch unsere Leute hineinzubringen.

Durch den Ausgang der letzten Kommunalwahl ist für uns kein Anlaß gegeben, nun den Kopf hängen zu lassen. Die Wahlergebnisse in Baden-Württemberg lassen noch keine Schlußfolgerung zu für die Bundestagswahl. Es sind zwar gewisse Tendenzen erkennbar, aber wenn wir mit Mut und Entschlossenheit an die Arbeit gehen, werden wir auch mit der Situation fertig werden.

Kunze: Neben der Rentenreform müssen wir auch an die Lastenausgleichsreform denken; denn das ist ein Thema, das wesentlich mehr Leute anspricht als die gesamte Rentenreform. Es handelt sich um einen Betrag von 10 bis 12 Milliarden. Diese Sache müßte irgendwie erwähnt werden.

Ich möchte auch bitten, daß wir bei der Beamtenbesoldung schnell vorwärtsmachen. Vor 14 Tagen habe ich als Vertreter von Krone die Vertreter des Beamtenbundes empfangen. Wir sind dabei gut, auch in der Presse, behandelt worden. (*Von Hassel:* Was haben Sie denn versprochen?) Nichts! Wir haben nur gesagt, wir hielten die Sache für notwendig, nur müßten wir die Länderfinanzminister warnen vor einer allzu großen Reform. Aber 48 Stunden später lesen wir in der Zeitung, daß der Herr

71 Gerhard Stoltenberg, Friedrich Zimmermann, Bert Even, Heinz Schwarz am 20. November 1956.

Bundeskanzler den Herrn Kramel⁷² empfangen und ihm gesagt habe, das sei nicht ausreichend. Hier fehlt noch die erforderliche Abstimmung mit uns.

Noltenius: Ich möchte Sie bitten, Herr Bundeskanzler, diese Frage noch einmal zu überprüfen. Das ist nämlich nicht unbedingt so, wie es in diesem Augenblick erscheint. Wir haben in Bremen eine Untersuchung gemacht mit einem ganz anderen Ergebnis. Wir haben das Ergebnis dem Herrn Schäffer zur Verfügung gestellt. Ich werde auch Ihnen die Aufstellung überreichen. Wir brauchen dieses Spezialthema heute abend nicht zu vertiefen. Aber die Sache ist doch etwas anders. So schlecht sind nämlich die Beamtengehälter nicht, auch die unteren nicht. (*Widerspruch und Unruhe.*)

Stoltenberg: Wir in der Jungen Union sind bemüht, der Bundesgeschäftsstelle möglichst viele Vertrauensleute namhaft zu machen. Neben der Wehrpolitik hat sich bei den Kommunalwahlen auch sehr stark die Sozialpolitik ausgewirkt. Mit der Kombination beider Themen hat man uns im Industriegebiet des Westens sehr geschadet. Weiter kommt auf uns zu, daß wir der SPD die politische Initiative in der Frage des Jugendarbeitsschutzgesetzes⁷³ überlassen haben. Die Frage wird gelöst werden müssen, weil die augenblickliche Regelung unbefriedigend ist. Ich richte an den Herrn Fraktionsvorsitzenden die Bitte, diese Frage mit in das Dringlichkeitsprogramm aufzunehmen.

Wir haben für Anfang April eine Aktion vorbereitet, wo wir versuchen wollen, von der Jungen Union 1.000 Veranstaltungen im Bundesgebiet durchzuführen unter dem Thema „Unser Ja zur Wiederbewaffnung und zur Wehrpflicht“. Auf jeder Veranstaltung soll ein junger Referent sprechen. Wir haben die Bitte, daß uns die älteren Referenten aus den Ländern helfen möchten. Wir bitten auch darum, die Landesverbände instand zu setzen, die Veranstaltungen finanziell zu unterstützen. Wenn wir vor den Wahlen eine solche Aktion durchführen, dann wird das eine gute Wirkung auf die Wahl haben.

Adenauer: Wir kommen zum Punkt „Bundesparteitag“.

VORBEREITUNG DES BUNDESPARTEITAGES 1957

Heck: Auf der letzten Vorstandssitzung war für die Durchführung des Parteitages vom Parteivorstand die Stadt Hamburg und auch die Stadt Hannover genannt worden. Der geschäftsführende Vorstand wurde ermächtigt, nach Feststellung der Möglichkeit, den Parteitag durchführen zu können, zu entscheiden, in welche Stadt der Parteitag verlegt werden solle.

72 In der Vorlage: Kramer. – Guido Kramel (1903–1975), 1957–1961 MdB (CSU), Vorsitzender des Bundes Bayerischer Beamtenverbände. Kramel war am 16. November bei Adenauer.

73 Vgl. BT-Drs. 2429 (SPD-Entwurf vom 6. Juni 1956) und BT-Drs. 2672 (CDU/CSU-Entwurf vom 3. September 1956); Gesetz vom 27. Juli 1957 – BGBl I S. 1058.

Wir haben in der Zwischenzeit festgestellt, daß es in Hannover aus technischen Gründen nahezu unmöglich ist, einen Parteitag durchzuführen. Die Gründe dafür brauche ich wohl nicht darzulegen. Daraufhin hat der geschäftsführende Vorstand aufgrund der Ermächtigung vom Vorstand entschieden, daß der Parteitag in Hamburg in der Zeit vom 12. bis 16. Mai stattfinden soll.

Die Erfahrungen auf den bisherigen Parteitagen haben gezeigt, daß die Gestaltung des Programms unter den folgenden Erscheinungen sehr leidet: 1. kommt jede einzelne Gruppe und sagt, wir müssen noch dieses oder jenes Thema behandeln, dabei wollen sie alle, die Heimatvertriebenen, die Kriegssachgeschädigten, die Arbeitnehmer, der Mittelstand usw., zum Zuge kommen; 2. unsere Parteitage werden vielfach als Veranstaltung angesehen, mit der vor der Öffentlichkeit dokumentiert werden soll, wer nun die führenden fünf, sechs oder sieben Leute der Partei sind. Das ist aber nicht der Sinn eines Parteitages.

Im übrigen sind unsere Parteitage mit Referaten so vollgepfropft, daß wir zu einer allgemeinen Aussprache nur sehr wenig kommen. Und genau das ist es, was uns die Presse, deren Berichterstattung die halbe Wirkung des Parteitages ausmacht, so übelnimmt. Sie sagt, die CDU macht das aus taktischen Gründen, damit sie nicht zu diskutieren braucht. Sie will um des Himmels willen nicht nach außen zeigen, daß es innerhalb der Partei zweierlei Meinungen gibt.

Wir müssen also bei der Gestaltung des Programms von vornherein diese beiden Gesichtspunkte berücksichtigen. Beim Programm des Parteitages ist es klar, daß die Außenpolitik, Europa, die deutsche Einheit und die Wiederbewaffnung behandelt werden müssen. Da wir auf dem letzten Parteitag in Stuttgart den weiten Bereich der Sozialpolitik behandelt haben, muß diesmal ein zweiter Bereich vor den Bundestagswahlen aufgegriffen werden, und zwar ist das der Sektor der Wirtschaftspolitik. Dazu drei Stichworte: Es wäre nötig, 1. ein wirtschaftliches Konjunkturprogramm der CDU auszuarbeiten, 2. ein wirtschaftliches Strukturprogramm und 3. ein wirtschaftliches Rationalisierungsprogramm. Ich nehme nur die drei Stichworte, weil über diese drei Themen Herr Hellwig und der Wirtschaftspolitische Ausschuß Vorarbeiten geleistet haben. Ich möchte dem Bundesvorstand empfehlen, den Wirtschaftspolitischen Ausschuß zu beauftragen, für diesen Sektor ein Programm auszuarbeiten, und zwar so zeitig, daß es noch rechtzeitig vor dem Parteitag im Bundesparteivorstand und Parteiausschuß beraten werden kann.

Wir sind bei unserem letzten Parteitag sehr ins Gedränge gekommen am Schluß. Das hat den Ablauf des Parteitages gestört. Die Themen, die für die Kriegssachgeschädigten, die Heimatvertriebenen, die Sowjetzonenflüchtlinge, die Spätheimkehrer usw. anstehen, sollen auf einer Sondertagung, die vom Vorstand beschlossen worden ist, im nächsten Frühjahr separat behandelt werden.

Bei der Behandlung des wirtschaftspolitischen Themas muß man auf die sozialistischen Utopien von München⁷⁴ antworten. Wenn wir das Thema zentral behandeln

74 SPD-Parteitag vom 10. bis 14. Juli 1956.

und dabei ausreichend Zeit für die Diskussion lassen, dann werden wir von diesem Parteitag – der gar nicht mit großen Wahlkampf Schlagworten ausgefüllt werden soll – aus einen guten Start haben.

Adenauer: Ich höre heute zum ersten Mal von diesem Programm und kann infolgedessen keinen definitiven Standpunkt einnehmen. Aber ich habe doch große Bedenken gegen einen Teil Ihres Programms. Zunächst möchte ich an die Spitze stellen, daß wir den Brauch, den die Sozialdemokraten haben – daß nämlich jeder Antrag eine gewisse Zeit vor dem Parteitag beim Parteivorstand eingereicht werden muß –, unter allen Umständen einführen sollen, damit es nicht geht wie in Stuttgart, daß Gott weiß was für Anträge gestellt werden, und kein Mensch weiß nachher Bescheid. Und wenn wir einmal miteinander vergleichen, was wir angenommen haben, dann stellen wir Dinge fest, die sich einander widersprechen.

Dann vermisse ich durchaus ein geistiges Thema. Ich bin nach wie vor der Auffassung, daß der wichtigste Punkt in unserer Partei der christliche Boden ist, auf dem wir stehen. Und das muß doch vor einer so entscheidenden Wahl sehr gut ausgeführt und betont werden. Es müssen die Gefahren, die uns durch den Kommunismus und den Materialismus drohen, dargestellt werden, und zwar anhand dessen, was man in den anderen Ländern erlebt. Die Pflicht zu Europa müssen wir herausstellen. Es müssen die Grundsätze des Christentums, denen wir unsere ganze Politik zugrunde legen, aufgezeigt werden. Darauf lege ich den denkbar größten Wert.

Mit Ihrem Vorschlag, Herr Heck, nehmen Sie es mir nicht übel – sind Sie ein bißchen realistisch! Ich würde überhaupt davor warnen, über die Wirtschaftspolitik zu sprechen. Sie wollen jetzt in einer Zeit der höchsten Konjunktur ein Konjunkturprogramm aufstellen! Wie wollen Sie das denn machen? Die Höchstkonzunktur führt doch ab von der Sozialen Marktwirtschaft, und wir haben doch bisher immer die Planwirtschaft grundsätzlich abgelehnt. Sie könnten höchstens sagen: Was tun wir, wenn der jetzige Boom wegfällt? (*Hellwig:* So ist es gemeint!) Aber ob man das jetzt schon sagen soll, weiß ich nicht. Wir wissen nicht, wie die Wirtschaftspolitik aussieht. Ob man sagen soll, was tun wir, wenn die Sache nachläßt, das weiß ich nicht, verehrter Herr Hellwig! Über Rationalisierungsprogramm können Sie sprechen, solange Sie wollen, doppelt so lang und so schön, wie das in München gemacht worden ist. Ich habe nichts dagegen. Das hat kaum ein Mensch gelesen, und keiner hat es verstanden. Das ist also nicht so schlimm. Aber in einer so gefährlichen wirtschaftspolitischen Situation von Wirtschaftspolitik und Konjunkturprogramm zu sprechen, das halte ich für sehr riskant.

Ich darf wiederholen: Wir müssen unter allen Umständen ein geistiges Thema behandeln. Wir müssen weiter von Europa sprechen, wie es jetzt werden soll. Das sollten wir nicht in die Außenpolitik einbeziehen, sondern Europa zu einem Schlagwort für unsere Propaganda machen. Wenn wir von der Aufrüstung sprechen, dann müssen wir auch sagen, was wir für die Jugend außerhalb der Aufrüstung haben wollen; denn unsere Jugend kann jedem, der die Dinge ruhig betrachtet, die größten Sorgen machen. Ein Thema, das mir am Herzen liegt, wäre die Freizeitgestaltung. Das

ist ein wichtiges und vor allem friedliches Thema. Ich möchte wirklich gern als ein sehr friedlicher Mann auf diesem Parteitag erscheinen, und ich möchte gern, daß die ganze CDU als eine sehr friedliche Gesellschaft da erscheint. Daher werden Sie wohl mit mir einverstanden sein, daß ein geistiges Thema dort hingehört.

Hellwig: Wie ein Programm aussehen wird im Mai 1957, kann im Augenblick niemand sagen, aber das, was wir in Stuttgart behandelt haben, ist in Arbeit. Wir müssen nämlich ernsthaft überlegen: Wie erhalten wir eine große Zahl von selbständigen Gewerbetreibenden im Mittelbetrieb und Kleinbetrieb gegenüber dem Sog der Großindustrie? Das ist das, was hier als Strukturprogramm gesehen wird und was ich in der Mittagspause mit dem Stichwort „Umsatzsteuer“ gemeint habe.

Auch „Der Weg zu Europa“, aus dem im Augenblick ganz bestimmte wirtschaftspolitische und sozialpolitische Hindernisse geräumt werden müssen – Gemeinsamer Markt usw. –, ist sicher ein Thema für den Parteitag. Niemand bedauert mehr als diejenigen, die sich zwangsläufig von uns mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu befassen haben, daß diese Dinge gewissermaßen für sich gesehen und gemacht werden. Warum will man nicht einmal die Wirtschafts- und Sozialpolitik auf dem Parteitag in einen großen Zusammenhang stellen? Z.B. „Wirtschaftspolitik aus christlicher Verantwortung“ oder „Sozialpolitik aus christlicher Verantwortung“, damit wir endlich von der Idee wegkommen, daß Wirtschafts- und Sozialpolitik nur das Versprechen von Geschenken materieller Art an bestimmte Gruppen zu sein hätte. (*Arnold:* Das Gesellschaftsbild der CDU!)

Adenauer: Das würde mir viel besser passen. Dieser Vorschlag von Herrn Arnold ist wirklich gut. Da haben Sie alles drin. Ich würde es sehr begrüßen, wenn das gemacht werden könnte. Manchmal sind Leute, die sogar nicht zu unserer Partei gehören, zu mir sehr offen. Glauben Sie mir das eine, der Bundestag und damit unsere Partei kommen mehr und mehr – ich will nicht sagen, mit Recht, aber verstehen Sie mich wohl, Herr Hellwig – in den Geruch, Vertreter rein materieller Interessen zu sein; dann ist es der Mittelstand, jetzt sind es die Arbeitnehmer, dann sind es die Steuerzahler, jetzt sind es die Bauern usw. usw. Es gibt genug Wähler im Lande, die sich darüber ihre Gedanken machen.

Ich darf diejenigen unter uns, die vom ersten Tage an in der CDU gewesen sind, daran erinnern, daß wir bei der Gründung der CDU vor zehn Jahren von ganz anderen Gesichtspunkten an all das herangegangen sind. Und das müssen wir uns selbst und auch den anderen wieder ins Gedächtnis zurückrufen. Wir müssen sagen, daß wir damals – eine verständliche Reaktion – eingetreten sind gegenüber dem Nationalsozialismus, daß wir uns aus dieser Reaktion heraus zusammengefunden haben.

Die Gefahr, in der wir jetzt schweben, nämlich dem materialistischen Kommunismus anheimzufallen, ist ungeheuer groß. Und diese Gefahr wird noch viele Jahre groß sein. Wir müssen uns deshalb zurückfinden auf unserem ursprünglichen Fundament. Das ist doch eigentlich dasjenige, was uns von allen anderen Parteien unterscheidet.

Zu den liberalen Parteien folgendes: Ich habe einmal mit Churchill über die liberale Weltanschauung gesprochen und ihn gefragt: Warum gibt es keine liberalen Parteien mehr? Darauf hat er mir geantwortet: Es hat eine Zeit gegeben – er war früher selbst liberal –, da waren die Grundsätze der liberalen Parteien deren Alleingut. Jetzt aber sind sie Allgemeingut in allen anderen Parteien geworden. Infolgedessen braucht man keine liberalen Parteien mehr.

Unsere Sorgen um Wohnungen, um die Wirtschaft, um die Sozialpolitik usw. sind doch im großen und ganzen identisch mit den Sorgen der anderen Parteien, aber in dem einen Punkt – und das ist nach meiner Meinung der entscheidende Punkt – unterscheiden wir uns von allen Parteien, nämlich in der Anschauung, daß nicht die materiellen Güter das Höchste für die Menschheit sind, daß der höchste Wert nicht im Portemonnaie liegt, sondern in der Freiheit, im Wert der Persönlichkeit. Und das läßt sich nur gründen auf den christlichen Grundsätzen.

Das sollten wir gerade zu Beginn des Wahlkampfes an die Spitze stellen und einmal sehr offen und nachdrücklich vor dem deutschen Volke bekennen. Darin unterscheiden wir uns grundsätzlich von der Sozialdemokratie, geschweige denn von den kleineren Splittergruppen.

Zum Parteitag 1957! Bei der Behandlung der Außenpolitik würde ich die Wehrfrage einschließen, nicht gesondert bringen. Ich würde es besonders begrüßen, wenn wir einen Punkt behandelten, wie es Herr Arnold gesagt hat: Das gesellschaftliche Ordnungsbild der CDU.

Man soll die Jugend nicht nur betrachten als Gegenstand des Waffentragens, sondern man soll sich überhaupt mit der Jugend beschäftigen.

Sie müssen sich überlegen, ob man bei dem Thema „Gesellschaftliches Ordnungsbild“ über Freizeitgestaltung sprechen soll. Ich bin der Auffassung, daß unsere weltanschauliche Grundlage noch einmal ausgerichtet und vor der ganzen Welt bekannt werden soll, gerade weil dieses Europa, dessen Mittelpunkt wir sind, in einer so ungeheuren Gefahr schwebt gegenüber dem Materialismus. (*Kunze*: Aber nicht mit dem Namen „Christliches Abendland“!) Davon habe ich nicht gesprochen.

Sind Sie im großen und ganzen mit einem solchen Programm einverstanden? (*Zustimmung*.)

Sind Sie auch damit einverstanden, daß die Anträge, die auf dem Parteitag eingebracht werden sollen, mindestens drei oder vier Wochen vorher bei der Bundesgeschäftsstelle eingereicht werden müssen? (*Zustimmung*.) Das müssen wir den Landesparteien mitteilen, Herr Heck!

Heck: Es kann sein, daß viele Anträge eingereicht werden, so daß wir mit drei bis vier Wochen nicht auskommen werden. Ich würde sagen sechs Wochen.

Adenauer: Die Sozialdemokraten lassen die Anträge, die nicht passen, einfach unter den Tisch fallen. Die kommen nicht alle zur Abstimmung, sondern nur diejenigen, mit denen der Parteivorstand einverstanden ist.

Krone: Der Parteivorstand kann eigene Anträge stellen und damit andere Anträge überdecken.

Johnen: Sechs Wochen ist besser! Sagen wir, bis zum 1. April. Das ist ein richtiges Datum!

Adenauer: Sagen wir, bis zum 31. März müssen die Anträge eingegangen sein. Damit sind Sie einverstanden? (*Zustimmung.*)

Wir haben noch den Punkt „Verschiedenes“ auf der Tagesordnung. (*Johnen:* Ich bin für Streichung dieses Punktes!)

Wenn keine Wortmeldungen mehr vorliegen, dann darf ich die heutige Sitzung schließen. Wir können wohl in dem Bewußtsein nach Hause gehen, daß wir einen guten Anfang mit der Vorbereitung der Bundestagswahl 1957 gemacht haben.

18

Bonn, 7. Februar 1957

Sprecher: Adenauer, Albers, Bach, Dichtel, Eplée, Erhard, Fricke, Gerstenmaier, Gradl, Gurk, von Hassel, Heck, Krone, Kunze, Lensing, Lindrath, Lübke, Meyers, Oberländer, Scharnberg, Stoltenberg, Storch, Frau Weber, Wegmann, Zimmer.

Bericht über die politische Lage. Vorbereitung der Bundestagswahlen. Frage der Kandidatenaufstellung. Rednereinsatz. Bundesparteitag 1957.

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 14.00 Uhr

Teildruck in SCHWARZ: Reden S. 350–353

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie alle und freue mich, daß Sie so zahlreich hier erschienen sind. Entschuldigt haben sich:

Ministerpräsident Dr. Gebhard Müller, dienstliche Gründe; Dr. Hedwig Jochmus, dienstliche Gründe; Bundesminister Lemmer, dienstliche Gründe; Kultusminister Simpfendorfer, dienstliche Gründe; Dr. Hellwig, dienstliche Gründe; Kultusminister Osterloh, Urlaub; Bundesminister Wuermeling, Urlaub; Johnen, krank.

Mein Husten ist ein Raucherkatarrh. Ich will Ihnen sagen, wieso. Ich war am Sonnabend in Berlin auf einer gesellschaftlichen Unterhaltung der Landwirte¹; hauptsächlich waren es Leute aus der Ostzone. Dort war ein Rauch, wie ich ihn noch

¹ Aufenthalt in Berlin vom 1. bis 3. Februar 1957 anlässlich der „Grünen Woche 1957“ (TERMINKALENDER).